

Zur Geschichte Österreichs und Preußens

Text zur Veranstaltung in der Akademie 50 plus im Sommersemester 2010

von Thomas Goering, Köln

Inhaltsverzeichnis:

Österreich und Brandenburg/Preußen bis Ende des 15. Jh.	S. 3
Österreich und Brandenburg/Preußen vom 16. Jh. bis Ende des 17. Jh.	S. 9
Österreich und Brandenburg/Preußen Ende des 17. Jh. bis Mitte des 18. Jh.	S. 19
Österreich und Preußen Mitte bis Ende des 18. Jh.	S. 29
Österreich und Preußen 1. Hälfte des 19. Jh.	S. 37
Österreich und Preußen 2. Hälfte des 19. Jh.	S. 47
Österreich und Preußen 1. Hälfte des 20. Jh.	S. 60
Literatur	S. 75

Österreich und Brandenburg/Preußen bis Ende des 15. Jh.

Österreich

Vor-Habsburgische Zeit

Der größte Teil des Territoriums des heutigen Österreich war um 15 v. Chr. ans Römische Reich angegliedert, und zwar als Provinz Regnum Noricum mit den Städten Vindobona (Wien) und Carnuntum (nahe Wiens).

In der Völkerwanderung ab dem 3./4. Jh. drangen die Goten sowie ab dem 6. Jh. auch Slawen und Awaren in dieses Gebiet ein und ließen sich hier nieder.

Im 6. Jh. bildete sich hier das slawische Reich Karantanien (Kärnten), das bis Mitte des 8. Jh. bestand. Ferner wanderten auch Bayern und (im heutigen Vorarlberg) Alemannen in das heutige österreichische Gebiet ein.

Mitte des 8. Jh. suchten die Karantanen Schutz vor den sie bedrohenden Awaren. Daher wurde Karantanien an das unter fränkischer (karolingischer) Oberhoheit stehende Bayern angegliedert. Nach fränkischem Sieg über die Awaren in der Mitte des 9. Jh. wurde das österreichische Gebiet eingeteilt in eine nördliche "Marcha Orientalis" (Ostmark, Niederösterreich) und eine südliche "Marcha Carantanis" (Kärnten).

Zwar ging die Ostmark bereits Anfang des 10. Jh. an die Ungarn verloren; sie konnte jedoch schon wenige Jahrzehnte später nach ostfränkischem bzw. deutschem Sieg über die Ungarn auf dem Lechfeld (955) wieder zurückerobert werden.

Diese wieder errichtete Ostmark (auch als "Ostarrîchi" oder "Österreich" bezeichnet) stand nun erneut unter bayerisch-fränkischer Herrschaft; daneben existierte ein Herzogtum Kärnten.

Ab Mitte des 12. bis Mitte des 13. Jh. herrschte das bayerisch-fränkische Adelsgeschlecht der Babenberger über Österreich (in der Vor-Habsburgischen Zeit immer ohne Kärnten) und betrieb hier eine systematische Rodungs- und Kolonisierungs-Politik.

Nach Aussterben der Babenberger wurde der böhmische König Ottokar Przemysl zum Herzog Österreichs gewählt. Als Rivale Rudolfs v. Habsburg im Kampf um die Königswürde im Römisch-Deutschen Reich wurde er jedoch von diesem militärisch besiegt - und verlor so nach rund 20 Jahren der Herrschaft auch die Würde des Herzogs von Österreich an Rudolf v. Habsburg (1278)

Beginn der Habsburger-Herrschaft

Den Babenbergern folgten somit ab 1278 als Herrscher Österreichs die Habsburger, die von 1438 bis 1806 sogar auch fast durchgehend die römisch-deutsche Königs- und Kaiserwürde besaßen.

Nach der Hab(icht)sburg an der (schweizerischen) Aare nannte sich dieses seit dem 10. Jh. urkundlich nachweisbare Grafengeschlecht. Ihre ursprünglichen Stammlande lagen teils in der späteren Schweiz und teils im Elsass.

1273 wurde mit Rudolf I. erstmals ein Habsburger zum römisch-deutschen König gewählt. Durch seinen Sieg über den damaligen König von Böhmen Ottokar II. Přemysl 1278 erwarb er für das Haus Habsburg die Herzogtümer Österreich und Steiermark.

Zwar gingen im 14. und 15. Jahrhundert die habsburgischen Gebiete in der (Ende des 13. Jh. nach schweren Konflikten der lokalen Eliten mit den Habsburgern entstandenen) Schweiz

verloren, - zugleich aber kamen schon im 15. Jahrhundert Kärnten, Krain und Tirol in habsburgischen Besitz.

Zwischen 1335 und 1363 erlangten die Habsburger unter Herzog Rudolf IV. Kärnten, Krain und Tirol durch Erbschaft. Dadurch entstand ein Länderkomplex in den Ostalpen, der auch als Herrschaft zu Österreich bezeichnet wurde (und in der Ausdehnung ungefähr dem heutigen Österreich entsprach).

Rudolf IV. von Habsburg war der umtriebige Herrscher des deutschen Spätmittelalters. Er initiierte vielerlei Maßnahmen, die vor allem die Bedeutung der Stadt [Wien](#) heben sollten, - so u. a. den Bau des Stephansdoms als Gegenstück zum Prager St. Veits-Dom sowie die Gründung der Universität "Rudolphina" als Pendant zur Prager Universität "Carolina". So brachte er seine Residenzstadt Wien in Konkurrenzstellung zur Residenz seines Schwiegervaters Kaiser Karl IV.

...

V. a. aber ließ Rudolf das [Privilegium maius](#) fälschen, das **Österreich** zum **Erzherzogtum** erhob und ihm innerhalb des Reiches wichtige Privilegien zu verschaffen half, so u. a. die Unteilbarkeit seines Herrschafts-Gebietes und eine eigenständige Gerichtsbarkeit (ohne Möglichkeit seiner Untertanen, in Rechtsstreitigkeiten den Kaiser selbst anzurufen).

Kaiser [Karl IV.](#), aus dem Geschlecht der [Luxemburger](#) bestätigte das Privilegium Maius zwar nicht, da es von seinem italienischen Gelehrten [Francesco Petrarca](#) als Fälschung erkannt wurde. - Erst ca. 100 Jahre später jedoch bestätigte es dann der habsburgische(!) Kaiser [Friedrich III.](#) (1453), - und später auch die Habsburger [Rudolf II.](#) und [Karl VI.](#) (Erst mit der Auflösung des [Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation](#) verlor dieses "Privilegium" seine Bedeutung. 1852 wurde es von dem Forscher [Wilhelm Wattenbach](#) als Fälschung nachgewiesen.)

Die Erhebung des Herzogtums Österreich zum Erzherzogtum geht also auf das [Privilegium Maius](#) zurück - die Folge hiervon:

Die habsburgischen [Prinzen](#) bezeichneten sich fortan als [Erzherzöge](#), womit sie direkten Bezug auf die auch als Erzfürsten bekannten [Kurfürsten](#) nahmen: sie wollten ihnen gleichrangig sein. Das [Herzogtum](#) Österreich war fortan ein [Erzherzogtum](#) des [Heiligen Römischen Reiches](#), um dieses den Kurfürstentümern rechtlich gleichzustellen – denn nur deren Herren, die Kurfürsten, waren an der Wahl des [römisch-deutschen Kaisers](#) beteiligt. Als den Kurfürstentümern de facto gleichrangiges Herzogtum galt für Österreich die [Primogenitur](#) und die Unteilbarkeit.

1379 aber wurde im [Vertrag von Neuberg](#) die habsburgische Herrschaft zum ersten Mal geteilt. Danach gab es noch 1406 und 1411 weitere Teilungen. Daraus entstanden drei Länderkomplexe:
--> Die [Niederösterreichischen Länder](#): Ober- und Niederösterreich,
--> die [Innerösterreichischen Länder](#): Steiermark, Kärnten, Krain und Inner-Istrien sowie Triest,
--> die [Vorderösterreichischen Länder](#): Tirol, Vorarlberg und die schwäbischen und elsässischen Vorlande.

Fast das gesamte 15. Jh. ist eine Phase wirrer Erbteilungen und Familienstreitigkeiten, die die politische und wirtschaftliche Bedeutung der Habsburgischen Länder weitgehend schwächten.

Erst [Friedrich V.](#) († 1493) gelang es schließlich die habsburgischen Länder wieder zu vereinen, indem er all seine Gegner überlebte und beerbte. Aber bereits [Albrecht V.](#) war als Erbe der [Luxemburger](#)-Herrscher zum römisch-deutschen König gewählt worden. Diese Position ging in der Folge an Friedrich über, der 1452 zum [Kaiser](#) des [Heiligen Römischen Reiches](#) gekrönt wurde und sich fortan [Friedrich III.](#) nannte.

Die zähe Politik Friedrichs III. hinterließ eine gefestigte Herrschaft. Deren Bedeutung wurde erhöht durch die Heirat (1477) seines Sohnes [Maximilian](#) mit [Maria](#), der Erbin des [burgundischen](#) Länder-Komplexes zwischen dem [Heiligen Römischen Reich](#) und [Frankreich](#).

Und nach dem frühen Tod Marias heiratete Maximilian die bretonische Prinzessin [Anna von Bretagne](#), die einen Erbanspruch auf die Bretagne besaß.

Eine Intervention Frankreichs verhinderte jedoch die Machtübernahme der Habsburger in der Bretagne. (Anti-Habsburg-Politik Frankreichs bzw. dessen Rivalität mit Habsburg schon Ende des 15. Jh.)

1496 verheiratete Kaiser Maximilian seinen Sohn Philipp ("den Schönen") mit der Prinzessin Johanna ("die Wahnsinnige") von Kastilien und Aragon. Er sicherte den Habsburgern damit die Erbrechte auf Spanien, Neapel, Sizilien und Sardinien sowie auf die spanischen Kolonien.

Brandenburg

Vor-Hohenzollernsche Zeit

Im Gebiet des heutigen Landes Brandenburg erfolgte (nach Besiedlung durch den germanischen Stamm der [Semnonen](#)) seit der [Völkerwanderung](#) eine Landnahme durch [westslawische](#) Stämme.

Während der ersten Phase der deutschen [Ostexpansion \(Ostsiedlung\)](#) eroberte 929 ein ostfränkisches Heer unter König [Heinrich I.](#) das Gebiet des slawischen Stammes der [Heveller](#). Diese wurden deutscher Lehens-Herrschaft unterworfen und tributpflichtig.

Zur Christianisierung der Slawen wurden die Bistümer [Havelberg](#) und [Brandenburg](#) gegründet und dem [Erzbistum Magdeburg](#) unterstellt.

Da die Spannungen in dieser "Nordmark" zunahm, bildeten die slawischen Stämme den [Liutizenbund](#), und im Großen [Slawenaufstand](#) wurde 983 das Gebiet Brandenburgs von den Slawen zurückerobert.

Für über hundert Jahre wurde die deutsche Herrschaft östlich der Elbe abgeschüttelt. Aber der Expansions-Drang der beiden Nachbarn Heiliges Römisches Reich und Polen sorgte für einen nahezu ununterbrochenen Kriegszustand.

Als der Hevellerfürst [Pribislaw](#) 1150 kinderlos starb, hatte er sein Land [Albrecht dem Bären \(s. u.\)](#) vermacht. Damit waren aber Erbansprüche des Spreewanenfürsten [Jaxos](#) übergegangen worden. Dieser errichtete 1153 für kurze Zeit seine Herrschaft in Brandenburg, welches dann aber 1157 endgültig von Albrecht zurückerobert werden konnte. Dieser Zeitpunkt gilt als Gründungsjahr der [Mark Brandenburg](#).

Albrecht I. von Brandenburg, genannt auch **Albrecht der Bär**, aus dem [Geschlecht](#) der [Askanier](#) gründete im Jahre 1157 die [Mark Brandenburg](#) und war deren erster [Markgraf](#). Er trieb die [deutsche Ostsiedlung](#) entscheidend voran, und durch ihn kam die [Nordmark](#) als [Mark Brandenburg](#) faktisch zum [Heiligen Römischen Reich](#).

Vor der nun in großem Maße einsetzenden deutschen und [flämischen](#) Besiedlung zogen sich die Heveller größtenteils in Fischerdörfer (Kietze) zurück. Noch bis ins 15. Jahrhundert lebten Deutsche und Wenden meist in getrennten Siedlungen nebeneinander.

Nach dem Aussterben des [Askanischen](#) Herrschergeschlechts in Brandenburg 1320, folgte bis 1415 eine Zeit schwacher Herrscher (Wittelsbacher, Luxemburger), in der die Mark Brandenburg in chaotische Verhältnisse geriet und sich hier ein ausgeprägtes [Raubrittertum](#) mit Faustrecht und Fehdewesen entwickelte.

Beginn der Hohenzollern-Herrschaft

Seit 1411 unterstand die Region dem (vom Ursprung her süddeutschen bzw. schwäbischen, aus dem Gebiet zwischen Baden und Württemberg her stammenden) Adelsgeschlecht der [Hohenzollern](#), welchem durch Kaiser Sigismund 1415 wegen treuer Dienste mit Bekräftigung der Herrschaft über Brandenburg zugleich auch die hiermit verbundene Kurwürde übertragen wurde. Zuvor hatten die Hohenzollern, denen vom Kaiser bereits am Ende des 12. Jahrhunderts das erbliche Amt der Burggrafen von Nürnberg übertragen worden war, größere Territorien im Fränkischen Raum erworben (Ansbach, Bayreuth, Kulmbach).

(Ost-)Preußen

Vor-Hohenzollernsche Zeit

Etwa um 850 n. Chr. wurde erstmals ein Volk namens *Brus* nahe der Ostsee erwähnt (von einem nur als [Bayerischer Geograph](#) bekannten Chronisten).

Der Angelsachse [Wulfstan](#) (Kaufmann und Reisender aus England) bereiste die Ostseeländer im 10. Jh. - In seinem Bericht an den englischen König [Alfred den Großen](#) unterschied er das östlich der Weichsel gelegene „Witland“ vom westlich des Flusses gelegenen Land der "Winoten" ([Wenden](#)), und er bezeichnete dessen Einwohner - wie es einst auch die antiken Autoren taten - als „Esthen“ (Aesti).

Die [ostbaltischen Litauer](#) wurden im 11. Jahrhundert erstmals erwähnt und beschrieben, während die [Prußen](#) Westbalten waren. Jedoch erst mit der [Christianisierung](#) begann man, lokale schriftliche Dokumente mit detaillierten Informationen zu führen.

Das Stammesland der [Prußen](#) lag an der Ostseeküste, nördlich des späteren [Polens](#) und westlich von [Litauen](#). Nördlich erstreckte es sich bis an die untere [Memel](#), westlich bis an die untere Weichsel.

Dieses baltisch besiedelte Gebiet wurde seit dem 10. Jh. zum Interessensobjekt der entstehenden und rasch expandierenden [deutschen](#) und [polnischen Staaten](#).

Alle Aktivitäten zur Eroberung des Gebietes standen unter dem Vorwand christlichen [Missionierung](#). Vor allem die Kaiser des [Heiligen Römischen Reiches](#) sahen sich in ihrem Anspruch auf christlich begründete Weltherrschaft als Oberherren auch des noch nicht christianisierten Gebietes. So vergaben [Kaiser Otto I.](#), [Otto II.](#) und [Otto III.](#) es als Lehen im 10. Jahrhundert an [Mieszko I.](#) und weitere [polnische Piasten](#), dann Kaiser [Friedrich II.](#) 1224 an den [Deutschen Orden](#).

Die Versuche der polnischen Piasten, ihre Herrschaft bis an die noch von Heiden bewohnte Ostseeküste auszudehnen, zeitigten unter Boleslaw I. Chrobry zwar in [Pommern](#) zeitweiligen Erfolg.

Östlich der Weichsel aber erlitt der polnische Herzog [Konrad von Masowien](#) starke Rückschläge. Denn das polnische [Kulmerland](#) wurde von den baltischen Prußen verwüstet, und deren Vorstöße bedrohten sogar seine Machtbasis [Masowien](#). Es gelang Konrad zwar, Masowien zu sichern, nicht aber Macht über die Prußen zu erlangen.

Um nun aber eine sichere Nordgrenze herzustellen, bat [Konrad von Masowien](#) den [Deutschen Ritterorden](#) um militärische Unterstützung und bot ihm dafür Landrechte an. Im Jahre 1224 wurde [Wilhelm von Modena](#) vom Papst zum Legaten für u. a. [Preußen](#) und [Samland](#) benannt.

Die Landrechte für das zu erobernde Gebiet ließ sich der Orden 1226 durch den römisch-deutschen Staufer-Kaiser [Friedrich II.](#) (Sohn Barbarossas) garantieren ([Goldenen Bulle von Rimini](#)) - sowie 1230 durch Konrad von Masowien im Vertrag von Kruschwitz ([Kruszwica](#)). Dieser

[Vertrag von Kruschwitz](#) wird heute als Diktat des Ordens, wenn nicht gar als Fälschung angesehen. Papst [Gregor IX.](#) bescheinigte 1234 dem Orden in der [Bulle von Rieti](#), dass seine Eroberungen allein der Kirche, aber keiner weltlichen Lehenshoheit unterstehen sollten.

Der Deutsche Orden eroberte das Land mit aus europäischen Adligen zusammengestellten Truppen in sog. Kreuzzügen(!). Er sicherte seine Eroberungen durch Burgenbau, holte mit Hilfe von [Lokatoren](#) deutsche Siedler ins Land, Teil der [Deutschen Ostkolonisation](#). Zahlreiche Städte und Dörfer wurden gegründet.

1245 teilte der päpstliche [Legat Wilhelm von Modena](#) das Ordensland in Preußen in vier [Bistümer](#) ein: [Ermland](#), [Kulmerland](#), [Pomesanien](#) und [Samland](#). Diese Bistümer unterstanden dem Erzbischof von [Riga](#). Es dauerte jedoch bis 1283, ehe die heidnischen Prußen endgültig christianisiert und unterworfen waren.

Sitz des Deutschen Ordens war zunächst [Venedig](#), dann seit 1309 die [Marienburg](#) in Preußen, die so nach der Schutzheiligen des Ordens, Maria, benannt war.

Über das mit Polen vertraglich vereinbarte Gebiet hinaus eroberte der Orden 1309 auch den Osten [Pommerns](#) ([Pommerellen](#) mit [Danzig](#)). Vom Heiligen Römischen Reich wurde diese Eroberung sofort anerkannt, von Polen dagegen widerstrebend erst 1353. Damit wurde zugleich der Grundstein für die Gegnerschaft Polens gegen den Ordensstaat gelegt; zudem erhielt der Orden im 14. Jahrhundert mit dem Großfürstentum Litauen einen weiteren Hauptgegner.

Die Vereinigung Polens und Litauens 1395 unter der litauischen Jagiellonen-Dynastie leitete den Niedergang des Ordensstaates ein.

Zu den Konflikten des Ordens mit Polen um die Ausdehnung der territorialen Herrschaft gesellten sich im 15. Jh. auch Konflikte mit den deutschen Städten in seinem Gebiet wegen seiner Versuche, den Handel an sich zu ziehen.

So kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen, bei denen der Deutsche Orden auf der einen Seite, die deutschen preußischen Städte und das Königreich Polen auf der anderen Seite standen.

Nach seiner Niederlage in der [Schlacht bei Tannenberg](#) 1410 wurde der Orden zusehends schwächer, musste im [Ersten Thorner Frieden](#) und erneut im [Frieden von Melnosee](#) seine Ansprüche auf [Samaiten](#) (Westlitauen) aufgeben - und der Friede von [Kujawisch Brest](#) schloss außerdem die Ansprüche Dritter (insbesondere des Heiligen Römischen Reiches) am Ordensland aus.

Nachdem sich die preußischen Stände im [Preußischen Bund](#) organisiert und 1454 dem König von Polen unterstellt hatten, kam es zum [Dreizehnjährigen Krieg](#), der 1466 mit dem [2. Thorner Frieden](#) endete, in dem der Deutsche Orden die Gebiete Kulmerland, Ermland, Pomesanien und Pomerellen an die polnische Krone abtreten mussten, und die von da an Königliches oder Polnisches Preußen genannt wurden. Somit blieb auch das [Ermland](#) (als exemptes eigenständiges [Fürstbistum](#)) unter polnischer Oberhoheit und damit bis zur 1. Teilung Polens 1772 vom Preußen des Ordens und der Hohenzollern getrennt.

Weil die schon 1457 in polnische Hand gelangte [Ordensburg Marienburg](#) ebenfalls vom Orden an Polen abgetreten werden musste, wurde der Ordens-Sitz nach [Königsberg](#) verlegt. Der Orden war außerdem dem [polnischen König](#) zu Treueeid und Heeresfolge verpflichtet.

Von Papst und Kaiser wurde der Friedensschluss zunächst nicht anerkannt. 1494 erhob daher der [deutsche König](#) und spätere Kaiser [Maximilian I.](#) den [Deutschmeister](#) zum [Reichsfürsten](#).

Beginn der Hohenzollern-Herrschaft

Die Hohenzollern-Herrschaft beginnt im Rest-Ordensstaat (Ost-)Preußen erst im Jahre 1511 mit der Wahl [Albrechts von Brandenburg-Ansbach](#), dem Bruder des [Brandenburgischen Kurfürsten Joachim I.](#), zum Hochmeister des Deutschen Ordens.

Österreich und Brandenburg/Preußen vom 16. Jh. bis Ende des 17. Jh.

Österreich

Heiratspolitik und Weltmacht-Streben

Die Heiratspolitik der Habsburger wird im berühmten Spruch ausgedrückt: *Bella gerant alii – tu felix austria nube* („Kriege mögen andere führen – Du glückliches Österreich heirate“). - D. h.: Durch Heirats- und Erbschafts-Politik fielen am Ende des 15. und am Anfang des 16. Jh. Burgund, Spanien und Böhmen sowie (der westliche Teil) Ungarn(s) an das Haus Habsburg, welches sich infolge dessen in eine österreichische (bis 1806/1918) und in eine spanische (bis 1700) Linie aufteilte (beide Linien waren sozusagen zuerst noch in der Person Kaiser **Karls V.** (= König **Carlos I.**) bis 1556 zusammengefasst bzw. sollten sich als solche erst nach Karls Abdankung 1556 auftrennen).

Zwar ist einerseits festzustellen:

1499 endete der Schwabenkrieg. Die Habsburger mussten im Frieden zu Basel ihr (in der heutigen Schweiz liegendes) Stammland mit der Habichtsburg aufgeben.

Damit begann zugleich die Ablösung der Schweiz vom Heiligen Römischen Reich, die 150 Jahre später im Westfälischen Frieden von 1648 endgültig vertraglich besiegelt wurde.

Aber andererseits ist auch festzustellen:

1504 wurde Maximilians Sohn Philipp der Schöne durch Heirat zum König von Spanien (mitsamt dessen neu eroberten Kolonien), - sodass die Habsburger dabei waren, nach der Weltmacht zu greifen.

1515 heiratete Maximilians Enkelin (im Alter von 10 Jahren) den (neunjährigen) ungarischen Thronfolger; und 1526 fiel (nach dem Tode des ungarischen Jagiellonen-Königs Ludwig im Kampf gegen die Osmanen) Ungarns Krone an Habsburg, sodass durch diesen Erbfall der Grundstein zur späteren "Donaumonarchie" gelegt wurde.

Kaiser Maximilian hatte es gut verstanden, langfristig vereinbarte Erbansprüche zu realisieren und seine Kinder bzw. Enkel so zu verheiraten, dass aus den Adelssippen in Österreich, Spanien und Ungarn eine Art europaweite Dynastie entstand. - Historiker haben diesen Prozeß als "**konnubiales Schachspiel**" bezeichnet.

Habsburgs dünne Finanzdecke zwang Maximilian jedoch schon frühzeitig, Verbindungen zu den großen Bank- und Handelshäusern aufzunehmen, v. a. zu den Fuggern in Augsburg. Seine Kriege verschlangen gewaltige Summen, - allein die kriegerischen Auseinandersetzungen mit der (in jener Zeit noch mächtigen) Republik Venedig von 1508 bis 1516 kosteten ihn monatlich 50.000 Gulden an Sold für seine Landsknechte.

Maximilian lieh sich fortdauernd riesige Finanzbeträge für seine politischen Vorhaben, - und als Sicherheit für die Bankhäuser verpfändete er die ertragreichen Silber- und Kupferminen Tirols bzw. als Gegenleistung bewilligte er speziell den Fuggern weitreichende Handels-Privilegien. – M. a. W.:

Maximilians Verpfändungspolitik machte ihn abhängig vom früh-neuzeitlichen Finanzkapital.

Der 1519 als römisch-deutscher König gewählte Karl V. (der Sohn Philipps des Schönen) verfehlte das Ziel der Weltmacht am Ende zwar doch, gilt aber dennoch bis heute als der mächtigste Habsburger-Herrscher aller Zeiten:

In dieser Zeit entstand die Formulierung, Karls V. Herrschaftsbereich sei so groß, dass in ihm die Sonne nicht untergehe. - Neben dem habsburgischen Besitz in Österreich (mitsamt Böhmen, Schlesien, Westungarn, s. u.) und Süddeutschland sowie den (ehemals burgundischen) Niederlanden umfasste dieser Herrschaftsbereich nun auch Spanien mit seinen süditalienischen Gebieten (Neapel) und seinem umfangreichen Kolonialreich.

Der Territorialbesitz Habsburgs übertraf damit an Umfang und Wirtschaftskraft für lange Zeit den aller anderen europäischen Fürstentümer.

Zur Gestaltung der **Rechtsordnung** im Heil. Röm. Reich und so auch in den Habsburgischen Landen ließ **Karl V.** 1532 das **Strafgesetzbuch "Constitutio Criminalis Carolina"** in Kraft treten. Diese **Constitutio Criminalis Carolina (CCC)** oder **Carolina** von 1532 gilt heute als erstes allgemeines deutsches Strafgesetzbuch. Eindeutschend wird sie schon früh auch als *peinliche Halsgerichtsordnung Karls V.* bezeichnet. *Peinlich* leitet sich hierbei aus dem Wort *Pein* im Sinne von Qual ab, dies wiederum hat den Ursprung im lateinischen *poena*, Strafe.

1498 beschloss der Reichstag zu Freiburg im Breisgau, das Strafverfahren gesetzlich festzulegen. - Die "Carolina" wurde unter Kaiser Karl V 1530 auf dem Augsburger Reichstag beschlossen und 1532 auf dem Reichstag in Regensburg ratifiziert, womit sie Gesetzeskraft erhielt.

Die Carolina enthielt Strafrecht und Prozessrecht zugleich. Bis zum 7. Lebensjahr waren Beschuldigte strafunmündig, bis zum 14. bedingt strafmündig. Aber Delikte gegen den Staat, Körperverletzungen und Beleidigungen fehlten völlig. Mord und Totschlag wurden hierbei mit Blick auf die Strafe unterschieden, indem Mörder die Radstrafe und Totschläger die angeblich mildere Schwertstrafe erhielten. Beide Delikte fordern Vorsatz, der Totschläger handelt aber in affektiver Aufwallung wie Zorn und Wut, der Mörder hingegen mutwillig.

Der CCC lag das Prinzip nulla poena sine lege zu Grunde, wonach eine Strafbarkeit schon im Zeitpunkt der Tat schriftlich niedergelegt sein muss. Allerdings gewährte sie den Richtern auch Analogieschlüsse und Ermessensspielräume, wonach das Prinzip weitgehend entkräftet wurde.

Konflikte mit den Rivalen Frankreich und Osmanisches Reich

Die Erringung und Sicherung einer Weltmacht-Stellung war hiermit dennoch nicht möglich, denn dieser Herrschaftskomplex forderte gleichzeitig zwei (zumeist miteinander gegen Habsburgs Macht kooperierende) Rivalen heraus: im Westen das sich durch die habsburgische Umklammerung bedroht fühlende **Frankreich**, und im Südosten das expandierende **Osmanische Reich**.

Somit war die außenpolitische Lage jener Zeit (bis ins 17./18. Jh. hinein) v. a. geprägt durch die Gegensätze zwischen Habsburg und Frankreich und zwischen Habsburg und dem Osmanenreich.

Hinzu kamen in dieser Lage noch die konfessionspolitischen Konflikte um die Reformation (16. Jh) (sowie am Ende daraus folgend im 17. Jh. der Dreissigjährige Krieg). D. h.:

Mit beiden Rivalen gab es wiederholt lange und schwere Kriege mit wechselndem Ausgang:

--> Im 16. Jh. mehrere Kriege des Kaisers Karl V. gegen Frankreich in (Ober-Italien) (v. a. Mailand)

--> im 17. Jahrhundert im Dreissigjährigen Krieg den langjährigen Krieg Frankreichs gegen Habsburg (1635-48)

--> die zwei Osmanischen Belagerungen Wiens 1529 und 1683 sowie mehrere lange "Türkenkriege" allein im 17. Jh.

Bereits bei der Wahl des römisch-deutschen Königs 1519 waren Karl V. und Frankreichs König Franz. I. als Konkurrenten bzw. Rivalen aufeinandergetroffen:

Die Wahl war durch Intrigen, Bestechungen und Drohungen aller beteiligten Seiten charakterisiert,

und am Ende hat Karl nur mehr Geld geboten (mit Unterstützung des Bankhauses der Fugger, die sich hierfür vom Kaiser wirtschaftliche Privilegien - u. a. als Beteiligung an der Ausbeutung der Silberminen des von Spanien eroberten und kolonisierten Südamerika - gewähren ließen) als Frankreichs König Franz I.

Beider Herrscher Rivalität wurde hierdurch nur noch verschärft, denn jeder wollte die Macht des anderen schwächen; die Folge waren mehrere Kriege beider in/um Besitz in Oberitalien (Mailand) sowie **Franz' politisches Bündnis mit den Osmanen gegen Karl.**

Kaiser [Karl V.](#) und Frankreichs König [Franz I.](#) führten allein zwischen 1521 und 1544 mit nur sehr kurzen Unterbrechungen drei Kriege um die Vormacht in Oberitalien und die Herrschaft über die burgundischen Erblände, auf die beide Herrscher Anspruch erhoben.

Das [Habsburger Reich](#) erstreckte sich über das Heilige Römische Reich Deutscher Nation in Zentraleuropa, Spanien (mit Süditalien) und die spanischen Kolonien in der Neuen Welt. D. h. aber auch:

Frankreich war seit Beginn des 16. Jh. von zwei habsburgischen Territorien regelrecht umklammert.

Ziel Karls V. war deshalb die Verbindung seiner Herrschaftsgebiete mit Spanien durch die **Annexion Süd-Frankreichs. Und Franz I. wollte dies um jeden Preis verhindern.**

Aber auch der Papst fürchtete eine Übermacht der (wenn auch erzkatholischen) Habsburger und verbündete sich zeitweise mit dem französischen König.

Schon 1521 wurden die österreichischen Länder von Karl V. an seinen Bruder [Ferdinand I.](#) übergeben, der die Anfänge einer zentralen Verwaltungsstruktur etablierte.

Ferdinand I. heiratete im gleichen Jahr Anna, die Erbfolgerechte in **Böhmen und Ungarn** besaß. Und diese Erbrechte wurden 1526 wirksam (nach dem Tode des ungarischen Königs bei Kämpfen gegen die Osmanen in der Schlacht von Mohács).

Nach der für Ungarn gegen die Osmanen verlorenen [Schlacht von Mohács](#) von 1526 erbte Ferdinand nicht nur die (zuvor vom Jagiellonen Ludwig regierten) Königreiche [Ungarn](#) und [Böhmen](#) (mit den Nebenländern [Mähren](#), [Schlesien](#) und [Lausitz](#)), - sondern zugleich auch die Bedrohung durch das Osmanische Reich, gegen welches Ungarn zuvor eine Art von Bollwerk/Puffer gewesen war. Denn:

Das Habsburgische Österreich war nun für rund 2 Jahrhunderte mit der Osmanengefahr in Südosteuropa konfrontiert! - D. h.:

Die Habsburger Herrscher wurden im 16. und 17. Jahrhundert nicht nur durch die zwei Belagerungen Wiens durch die Osmanen (1529 u. 1683) aufs äußerste bedroht, sondern es gab in diesem Zeitraum einen 200-jährigen permanenten Kleinkrieg zwischen kaiserlichen und türkischen Truppen, der nur durch Phasen regulären Krieges "unterbrochen" wurde: es gab somit bis zum 18. Jh. trotz einiger Friedensschlüsse keinen dauerhaften Frieden mit den Osmanen.

Nachdem es schon seit dem späten 15. Jhdt. zu Einfällen türkischer Marodeure bzw. Mordbrenner (den sog. Spahis) gekommen war, wurde [Wien 1529 von der regulären Streitmacht der Osmanen zum ersten Mal belagert](#). Nur die Tatsache, dass die Osmanen zu spät im Jahr auftauchten und daher vom frühen Winter-Einbruch zum Rückzug gezwungen wurden, konnte die Stadt damals retten.

Zudem gerieten die Habsburger zum ersten Mal mit dem ungarischen Adel in Konflikt, der damals den alternativen bzw. Gegen-König [Johann Zápolya](#) unterstützte. Die Folge:

1538 war das Königreich Ungarn infolge eines längeren Bürgerkrieges zwischen den Anhängern Ferdinands und des von den Osmanen taktisch unterstützten Adligen Johann Zápolya de facto ein dreigeteiltes Gebiet:

--> Das "Königliche Ungarn" (die heutige Slowakei, Westkroatien und der westliche Teil Ungarns)

blieb bei Habsburg bzw. unter österreichischer Herrschaft.

--> Die Mitte des Landes wurde von den Osmanen annektiert.

--> Siebenbürgen kam unter die Kontrolle miteinander rivalisierender ungarischer Adelige und wurde ein Vasallenstaat des Osmanischen Reiches.

Diese Drei-Teilung Unarns hatte bis zu Österreichs Siegen über die Osmanen am Ende des 17. Jh. Bestand.

Angesichts dessen sah sich der habsburgische Kaiser des Heiligen Römischen Reiches gezwungen, Geld und Truppen aufzubringen, um dieser ständigen äußeren Bedrohung (v. a. durch die Osmanen, aber auch durch Frankreich) zu begegnen.

Dazu benötigte Karl V. jedoch die Zustimmung der Reichsstände des Heiligen Römischen Reiches, - was seine Position als Kaiser (auch in seinem Kampf gegen Reformation bzw. Protestantismus) schwächte.

Reformation und Gegenreformation

Wegen seiner zahlreichen politischen Aktivitäten (und Kriege) außerhalb des Heiligen Römischen Reiches befand sich Karl V. 1521–1530 und 1532–1541 nicht im Reich, - was wiederum der 1517 beginnenden **Reformation** Zeit ließ, um **sich** (zunächst) relativ unbehelligt **auszubreiten**. - D.h.:

--> Ohne die Abhängigkeit des Kaisers von der Kooperationsbereitschaft auch der protestantischen Reichs-Fürsten gegen Franzosen und Osmanen, und

--> ohne die Kriege mit Frankreich und den Osmanen sowie ohne die politischen Aufstände in Spanien, dessen König Habsburgs Kaiser Karl V. zugleich war;

hätte sich die vom zutiefst katholisch und kirchen-konform eingestellten Kaiser Karl abgelehnte Reformation im Heiligen Römischen Reich und damit auch in den habsburgischen Gebieten (d. h. in Teilen Österreichs und Böhmens) nicht (derart weit und rasch) ausbreiten können. (So konnte Karl v. a. seinen militärischen Überraschung-Sieg über die protestantischen Stände im Schmalkaldischen Krieg 1547/48 nicht nutzen, und erlitt 1552 sogar eine militärische Niederlage gegen die Protestanten.)

Der Augsburger Religionsfrieden von 1555 stellte katholisches und lutherisches Bekenntnis im Heiligen Römischen Reich einander gleich; und die Landesherren erhielten das Recht, die Religion/Konfession ihrer Untertanen zu bestimmen, griffig zusammengefasst als Formel wessen Herrschaft, dessen Religion (**Cuius regio, eius religio**).

Nach dem Reichstag von Augsburg trat Kaiser Karl V. von seinem Amt zurück und übergab die Macht an seinen Bruder, den römisch-deutschen König Ferdinand I.

Karls Weltmacht- und Konfessions-Politik innerhalb und außerhalb des Römisch-Deutschen Reiches war unwiderruflich gescheitert:

Das Heilige Römische Reich war konfessionell endgültig gespalten; Spanien war durch Aufstände regionaler Adliger gegen Karls Herrschaft beeinträchtigt; und Südfrankreich blieb im Besitz des französischen Königs.

Die habsburgische Universalmonarchie teilte sich nach Karls V. Abdankung ab 1556 in eine österreichische und eine spanische Linie auf, die im November 1700 ausstarb. Frankreich wusste es ab 1700 zu verhindern, von den österreichischen Habsburgern eingekreist zu werden: Die letzteren erhielten daher nur noch einen Teil der Erbschaft ihrer spanischen Verwandten, nämlich die Spanischen Niederlande sowie Teile Italiens (Spanischer Erbfolgekrieg Anfang des 18. Jh.; s. w. u.)

In der **Reformationszeit** trat in Österreich (außer in Tirol), Böhmen und (West-)Ungarn die Bevölkerung mehrheitlich zum Protestantismus über. Jedoch begann ab 1600 in allen habsburgischen Ländern eine gewaltsame Rekatholisierung (**Gegenreformation**).

Hierbei taten sich die Jesuiten und einige Kirchenführer fanatisch und rücksichtslos hervor.

Ein führender Betreiber dieser Politik war der Habsburger Herrscher [Ferdinand II.](#), von dem der Ausspruch stammt, er wolle **lieber eine Wüste regieren als ein Land voller (protestantischer) Ketzer.**

Dreißigjähriger Krieg

Aufgrund dieser anti-protestantischen Politik Habsburgs wurde Österreich auch in den [Dreißigjährigen Krieg](#) (1618-48) verwickelt bzw. hineingezogen, der durch den Aufstand der protestantischen Stände in Böhmen 1618 (Zweiter Prager Fenstersturz) gegen die Einschränkung ihrer politischen und konfessionellen Rechte durch den habsburgischen böhmischen König (der nämlich zwar gemäß der Formel des Augsburger Religionsfriedens von 1555 "Cuius regio - eius religio", aber unter Brechung des von ihm selbst zuvor den Ständen gegebenen Versprechens der konfessionellen Freiheit für Protestanten handelte...) herbeigeführt wurde.

Eine Zeit lang sah es so aus, als könnten die Habsburger Herrscher das Heilige Römische Reich in eine absolutistische Monarchie unter katholischer habsburgischer Herrschaft umwandeln - nämlich nach der böhmisch-protestantischen Niederlage in der Schlacht am Weißen Berg nahe Prag 1620 sowie nach Siegen der (bis 1634 vom Feldherrn Albrecht v. Wallenstein organisierten und befehligten) kaiserlichen Truppen über Dänemark 1629 und Schweden 1634. Am Kriegsende waren sie aber wegen massiver und langjähriger Intervention der Großmächte Schweden (ab 1630) und Frankreich (ab 1635) in diesem Krieg (auf der Seite der deutschen Protestanten, mit dem Ziel der Schwächung des Rivalen Habsburg) auf ihre österreichischen und böhmischen Länder zurück-geworfen.

Großmacht Österreich

Die Osmanen belagerten **1683 Wien ein zweites Mal** - wiederum erfolglos. Einen entscheidenden Ausschlag zur türkischen Niederlage gab das von [Herzog Karl von Lothringen](#) geführte [Entsatzheer](#) unter Oberbefehl des Königs von [Polen, Johann III. Sobieski](#), das mit seinen Husaren vom Kahlenberg aus den Belagerern in den Rücken fiel und diese zur Flucht zwang.

In den Jahren darauf gelang der **Befreiungsschlag gegen die osmanische Bedrohung**. Mit Hilfe der beiden Feldherren [Karl von Lothringen](#) und [Prinz Eugen von Savoyen](#) konnten die Osmanen während des [Großen Türkenkrieges 1683–1699](#) sowie im [Türkenkrieg 1716–1718](#) (Frieden von Karlowitz 1699 und Frieden von Passarowitz 1718) bis hinter Belgrad zurückgeworfen werden.

Die sich territorial auf Kosten der Osmanen ausdehnende Herrschaft des Hauses Habsburg nun über Gesamt-Ungarn beendete für letzteres zunehmend ein grausames Schreckenskapitel:

Die osmanischen Eroberer hatten zuvor die ungarische Bevölkerung drangsaliert und massakriert - und Aber- Tausende in die Sklaverei im Orient verschleppt (so wie sie dies allgemein auch mit den vielen organisierten Piraten-Überfällen auf europäische Hafenstädte nicht nur im Mittelmeerraum zu tun pflegten).

Und durch hemmungsloses Abholzen der Wälder verwandelten sie die ungarische Tiefebene in die seither steppenartige Puszta; die Folgen: Seuchen und Hungersnöte entvölkerten ganze Landstriche.

Die Ende des 17. Jahrhunderts in den Siegen gegen die Osmanen errungene Herrschaft über Gesamt-Ungarn ließ Österreich zur Großmacht aufsteigen.

Doch obwohl die Habsburger als Schutzmacht gegen die Türken auftraten, stießen sie in Ungarn erneut auf Widerstand (wie bereits im 16. Jh., s. o.): Teile des Adels und der unteren

Volksschichten (d. h. der Bauern) kämpften zwischen 1703 und 1708 unter dem Rebellenführer Ferencz Rákóczi gegen Österreich für ein unabhängiges Ungarn. Nach seiner Niederlage 1708 floh Rákóczi über Paris ins Osmanische Reich (d. h. er handelte im Auftrag der Osmanen und Frankreichs: Habsburg die Herrschaft über Ungarn zu vereiteln!). Durch Gewährung von Steuerfreiheit gelang es Habsburg 1722 (unter Karl VI., dem Vater Maria Theresias), den ungarischen Adel an sich zu binden und dessen Akzeptanz dafür zu erhalten, dass Ungarn von nun an "unteilbar und untrennbar" mit Österreich verbunden sei.

Brandenburg/Preußen

Reformationszeit

Vom 15. bis zum frühen 17. Jh. hatte das **Kurfürstentum Brandenburg** Regenten mit eher unauffälligem Potential hervorgebracht, sodass hier keine überragende oder ausstrahlende Persönlichkeit zu finden war, - dies ganz im Gegensatz zu den Habsburgern jener Zeit, siehe v. a. die Kaiser Friedrich III. und Maximilian, aber (sogar) auch Karl V.

Zudem war Brandenburgs Territorium im Vergleich etwa zu Sachsen und Österreich zu dünn besiedelt, zu klein und zu zersplittert, um politisches Gewicht erlangen zu können. - Jedoch: In der Zeit der Reformation wechselten Brandenburgs Kurfürsten vom Katholizismus zum Protestantismus: zunächst zum Luthertum, und nach Erwerb der wirtschaftlich leistungsstarken niederrheinischen Besitztümer Jülich, Kleve und Berg Anfang des 17. Jh. zum (in diesen Ländern vorherrschenden) Calvinismus.

Diesen Wechsel vom Luthertum zum Calvinismus verlangten die Kurfürsten ihren (brandenburgischen) Untertanen jedoch nicht ab. Sie verzichteten damit auf die ihnen gemäß Augsburger Religionsfrieden von 1555 zustehende Befugnis, den Untertanen eine landeseinheitliche Konfession vorzuschreiben - und sie begründeten so das für Brandenburg-Preußen kennzeichnende Prinzip **religiöser Toleranz**.

Diese religiöse Toleranz unterschied die Hohenzollern-Herrscher grundlegend von den fanatisch-katholisch agierenden Habsburger Herrschern bis Ende des 18. Jahrhundert (incl. Maria Theresia).

1511 wurde Albrecht von Brandenburg-Ansbach, der Bruder des Brandenburgischen Kurfürsten Joachim I., zum Hochmeister des Deutschen Ordens - und damit des **Rest-Ordensstaates** - gewählt.

Wie auch die vorherigen Hochmeister verweigerte er dem polnischen König zunächst den Treueeid. - Kaiser Maximilian I. schloss jedoch 1515 ein Bündnis mit den Jagiellonen und verzichtete nun deshalb auf die seit 1494 beanspruchte Lehenshoheit des Heiligen Römischen Reiches über Preußen.

Dieses Bündnis Kaiser Maximilians mit dem polnischen König ermöglichte die Heirat von Maximilians Enkelin mit dem ungarischen Jagiellonen-König (aus der Seitenlinie der gleichnamigen polnisch-litauischen Dynastie), sodass Habsburg Erbrechte auf Ungarn und Böhmen erhielt...

Aus Habsburger Sicht ein lukratives Geschäft, das den Verzicht auf Preußen leicht machte!... Nachdem ihm auf diese Weise jegliche kaiserliche Unterstützung versagt worden war, und nach einem vierjährigen erfolglosen Reiterkrieg gegen Polen ging Albrecht II. auf Distanz zum Kaiser: Er schloss Frieden mit Polen, führte 1525 (da er zum Protestantismus übergetreten und Lutheraner geworden war) die Reformation ein und machte den Ordensstaat zum weltlichen evangelischen Herzogtum Preußen. Die erbliche Herzogswürde ließ er sich unter Anerkennung

[der polnischen Lehenshoheit](#) vom polnischen König [Sigismund I.](#) bestätigen.

Vom Heiligen Römischen Reich aber wurde diese protestantische [Säkularisierung](#) des preußischen Ordens-Staates nicht anerkannt (man gestand die Hoheit über dieses Gebiet nun zwar dem polnischen König zu - aber den dortigen Wechsel vom Katholizismus zum Protestantismus wollte man dagegen nicht hinnehmen). Der Deutsche Orden setzte deshalb einen neuen Hochmeister ein, [Walther von Cronberg](#), der aber nicht wie zuvor in [Königsberg](#), sondern in [Mergentheim](#) residierte.

1534 wurde der preußische Herzog Albrecht auf kirchliches und kaiserliches Bestreben als "Ketzer" unter Kirchen-Bann gesetzt, der jedoch unwirksam blieb.

Ein anderer Hohenzoller im Dienst der römischen Kirche sollte sich dagegen als ausdrücklicher Feind der Reformation erweisen: der Erzbischof von Magdeburg und Mainz, der in seinem Herrschaftsgebiet den für ihn lukrativen Ablasshandel durch den Dominikanermönch Tetzl einführt - und der damit zugleich den Anstoß für Luthers reformatorische Wittenberger Thesen und die weitere Entwicklung der Reformation gab. Somit war er ein Geburtshelfer der Reformation wider Willen.

Herzog Albrecht von Preußen hingegen betrieb u. a. auch die [Aufnahme evangelischer Flüchtlinge](#) - sowie die erstmalige Übersetzung religiöser Schriften in die verschiedenen Sprachen der neuen preußischen Bürger aus den Nachbarländern.

Nach dem Tode Herzog Albrechts 1568 kam dessen 15jähriger Sohn [Albrecht Friedrich](#) an die Regierung. Wegen dessen Geisteskrankheit setzte Polens König [Stephan Báthory](#) 1577 den Ansbacher Hohenzollern [Georg Friedrich](#) als Administrator (Verwalter, stellvertretend handelnd für Herzog Albrecht Friedrich) von Preußen ein; ihm folgten als Verwalter 1605 mit [Joachim Friedrich](#) erstmals ein [Kurfürst von Brandenburg](#), und danach 1608 [Johann Sigismund](#) von Brandenburg.

Vereinigung von Brandenburg und Preußen

Als der geistesranke Herzog Albrecht Friedrich von Preußen 1618 kinderlos bzw. erbenlos starb, fiel das [Herzogtum Preußen](#) an die brandenburgische Linie der Hohenzollern, zu diesem Zeitpunkt unter Kurfürst [Johann Sigismund](#). Seither wurde es auch als *Brandenburgisches Preußen* bezeichnet.

Die hohenzollernschen Markgrafen und Kurfürsten von [Brandenburg](#) beerbten 1618 also die (im Gebiet Ostpreußens regierende) herzoglich-preußische Linie ihres Hauses, nachdem diese erloschen war. Von da an regierten sie beide Länder in [Personalunion](#) und waren **sowohl dem Kaiser** (wegen Brandenburgs) **als auch dem König von Polen** (wegen Preußens) [lebenspflichtig](#).

Erst nach Ende des [Dreißigjährigen Kriegs](#) gelang es dem Kurfürst [Friedrich Wilhelm](#), die beiden Territorien Brandenburg-Preußens effektiv miteinander zu verbinden.

Dreißigjähriger Krieg

Brandenburg-Preußen blieb bis 1626 vom Dreißigjährigen Krieg (1618-48) verschont. Im April 1625 brach der [Dänisch-Niedersächsische Krieg](#) aus, in dem Dänemark auf Seiten der protestantischen Reichsstände ("Union") gegen die (katholische) "Liga" im Heiligen Römischen Reich militärisch eingriff und dem habsburgischen Kaiser den Krieg erklärte.

Nach vernichtender Niederlage der dänischen Armee in der [Schlacht bei Dessau](#) 1629 lag Norddeutschland den kaiserlichen Truppen (unter ihrem Feldherrn Wallenstein) schutzlos offen. Deshalb musste Brandenburgs Kurfürst sein Land den kaiserlichen Truppen öffnen. Folge: Die Kurmark wurde in dieser Zeit von den kaiserlichen Truppen besetzt, während der Kurfürst in das außerhalb des Reiches gelegene Preußen geflohen war.

Im Juli 1630 landete der Schwedenkönig [Gustav Adolf](#) mit 13.000 Mann auf [Usedom](#), und es begann ein neuer Abschnitt im Dreißigjährigen Krieg. Brandenburgs Kurfürst musste ein Bündnis mit den Schweden eingehen, als diese im Frühjahr 1631 sein Land einmarschierten. Nachdem jedoch die schwedischen Truppen in der [Schlacht bei Nördlingen](#) im September 1634 vernichtend geschlagen wurden, brach die protestantische Allianz auseinander.

Brandenburg ging nun (notgedrungen) ein neues Bündnis mit dem Kaiser ein, und es wurde abwechselnd von Feind und „Freund“ besetzt. Kurfürst Georg Wilhelm zog sich daraufhin wieder nach Preußen zurück, - und am 1. Dezember 1640 verstarb er in Königsberg.

Neuer Kurfürst wurde sein Sohn **Friedrich Wilhelm** (IV). Das erste Ziel der kurfürstlichen Politik war es nun, das Land zu befrieden. Dies versuchte der Kurfürst durch einen Ausgleich mit Schweden zu erreichen, der ab Juli 1641 für zwei Jahre galt.

In Verhandlungen mit Schwedens Reichskanzler [Axel Oxenstierna](#) gelang es den Brandenburgern im Mai 1643, einen Vertrag auszuhandeln, der Brandenburg der kurfürstlichen Verwaltung zurückgab.

Aber bis zum [Westfälischen Frieden](#) 1648 blieb Brandenburg dennoch von den Schweden besetzt.

Im Westfälischen Frieden konnte Brandenburg-Preußen [Hinterpommern](#), sowie die Anwartschaft auf das [Erzstift Magdeburg](#) (Anfall 1680) erwerben, welche zusammen einer Fläche von ca. 20.000 km² entsprachen.

Wiederaufbau und Aufstieg

Brandenburg war eines der am stärksten vom Dreißigjährigen Krieg 1618-48 betroffenen deutschen Länder. Weite Landstriche waren verwüstet und entvölkert.

Diese **durch den Dreißigjährigen Krieg zerstörte und verarmte Mark Brandenburg** wurde seit 1640 durch den Großen Kurfürsten [Friedrich Wilhelm IV](#) schrittweise **wieder aufgebaut.**

Um es dem Land in Zukunft zu ersparen, Spielball mächtigerer Nachbarn zu sein, betrieb Kurfürst Friedrich Wilhelm nach 1648 eine vorsichtige Schaukelpolitik zwischen den [Großmächten](#); d. h. er wechselte aus politischer Zweckmäßigkeit um des Überlebens seines Landes willen die Bündnisse (so z. B. gegenüber Schweden und Polen).

Er baute ein schlagkräftiges, von einheimischen adligen Offizieren geführtes [stehendes Heer](#) aus 30.000 Soldaten auf (1641 verfügte das Land erst über ganze 3.000 Soldaten), das Brandenburg zu einem begehrten Verbündeten der europäischen Mächte machte. Und dies ermöglichte es dem Kurfürsten, Subsidienszahlungen von mehreren Seiten zu erhalten, - denn der Unterhalt einer Armee dieser Größenordnung kostete erhebliche Finanzmittel, welche das Land selbst durch die Steuern nur bedingt aufbringen konnte. (Denn das städtische Bürgertum bezahlte zwar eine Verbrauchssteuer (Akzise), und aus dem Lande kamen öffentliche Abgaben (Kontributionen); der Adel aber blieb bis 1799 völlig steuerfrei!)

Der Kurfürst betrieb (nach Kriegen gegen Schweden 1657 und 1675) auch den Aufbau einer eigenen [brandenburgischen Marine](#) mit Stützpunkt im (ost)preußischen Pillau - und verfolgte sogar [Kolonialprojekte](#) in [Westafrika](#). Nach Gründung der [Festung Groß Friedrichsburg](#) durch die [Brandenburgisch-Afrikanische Compagnie](#) (im heutigen [Ghana](#)) nahm Brandenburg am [Sklavenhandel](#) teil...!

Nachdem es jedoch nicht gelungen war, die Marine durch Außenhandelsgewinne zu finanzieren, und nachdem immer wieder Schiffe verloren gegangen waren (Kaperung durch Piraten, Beschlagnahme durch andere Seefahrernationen wie v. a. England), wurde sie 1711 vom König zusammen mit der Brandenburgisch-Afrikanischen Compagnie aufgelöst, und der Kolonialbesitz

an die [Niederlande](#) verkauft. Mit diesem Verkauf der brandenburgischen Besitzungen in Afrika waren die Seemachts-Bestrebungen Brandenburg-Preußens beendet. Bis ins 19. Jh. hinein blieb Preußen nur Landmacht.

Im Inneren führte Friedrich Wilhelm **Wirtschaftsreformen** durch (Befreiung von Handel und Gewerbe von Beschränkungen sowie Förderung des Binnenhandels und Einrichtung eines Postwesens) - und er initiierte umfangreiche Besiedlungs- bzw. **Peuplierungsmaßnahmen**, um so sein durch den Dreißigjährigen Krieg entvölkertes, finanziell verarmtes und ökonomisch erheblich geschwächtes Land (wieder) zu entwickeln.

Unter anderem lud er 1685 im **Edikt von Potsdam** (seiner Antwort auf das ebenfalls 1685 erlassene **Edikt von Fontainebleau König Ludwigs XIV.**, mit dem letzterer die Protestanten aus seinem Land gewaltsam verjagen ließ, sofern sie nicht zum Katholizismus konvertieren wollten) über 20.000 der aus **Frankreich** vertriebenen protestantischen **Hugenotten** zur dauerhaften Niederlassung in Brandenburg-Preußen (und damit zugleich zur Hebung von Handel und Gewerbe) ein. (Dies war die Hälfte aller französischen Flüchtlinge...)

Gleichzeitig entmachtete er die **Stände** zugunsten einer **absolutistischen** Zentralverwaltung. Er legte damit den Grundstein für das preußische Beamtentum, welches seit dem 18. Jahrhundert den Ruf besonderer Effizienz und Staatstreue genoss.

Stärkste Träger des Eigensinns der verstreut liegenden brandenburgischen Regionen waren die Stände als organisierte Interessenvertretungen der jeweiligen regionalen Eliten. Die Stände wehrten sich daher erbittert gegen jegliche Einschränkung ihrer politischen Mitwirkungsrechte, - weshalb die staatliche Zentralmacht mehrfach Gewalt gegen die Stände anwenden musste...

Dem Kurfürsten gelang es im Jahre 1657 im **Vertrag von Wehlau**, das Herzogtum Preußen aus der polnischen Oberhoheit zu lösen, nachdem er sich mit Polen gegen Schweden verbündet hatte.

Hierzu hatte er das Bündnis gewechselt, denn zuvor noch war er (in diesem Zweiten Nordischen Krieg) mit Schweden gegen Polen und Dänemark verbündet, - was übrigens auch dazu geführt hatte, dass die mit Polen zu der Zeit verbündeten Krimtataren noch 1654/55 in Ostpreußen eingefallen waren und dort Zehntausende von Menschen getötet oder in die Sklaverei im Orient verschleppt hatten ("Tatarensturm" in Ostpreußen).

Durch diesen Vertrag von Wehlau mit Polen besass der Kurfürst in seinem **Herzogtum Preußen** seit 1657 die **vollständige Souveränität**, - ganz im Gegensatz zu seinen im Heiligen Römischen Reich liegenden brandenburgischen Territorien! Und im **Frieden von Oliva** von 1660 wurde die **Souveränität** des Herzogtums durch Polen endgültig anerkannt. Dies war eine zentrale Voraussetzung für eine Erhebung zum Königreich unter dem Sohn des Großen Kurfürsten.

Unterbrochen wurde der Wiederaufbau-Prozess in Brandenburg kurzzeitig durch den **Einfall der Schweden** (1674-75). Der Kurfürst und sein General **Georg von Derfflinger** konnten jedoch entscheidende Siege bei **Rathenow**, **Nauen** und v. a. in der **Schlacht von Fehrbellin** erringen. Durch den Sieg in diesem **Schwedisch-Brandenburgischen Krieg** (1674-1679) konnte das Land seine Machtstellung trotz (nur infolge französischen Vetos) ausbleibender Landgewinne weiter ausbauen (in diesem Krieg hatten die Schweden Vorpommern und Rügen verloren; aber Frankreichs König Ludwig XIV. bestand darauf, dass Brandenburg diese Gebiete an Frankreichs Verbündeten Schweden zurückzugeben hatte, - genau so, wie Dänemark das von ihm zur selben Zeit von Schweden zurückeroberte Schonen auf französischen Druck an Schweden zurückgeben musste).

Friedrich Wilhelm IV. (der Große Kurfürst) hatte in seiner Amtszeit das zuvor eher unbedeutende [Brandenburg](#) zu dem nach Österreich zweitmächtigsten Territorium im Heiligen Römischen Reich gemacht (es besaß auch die zweitgrößte Fläche innerhalb des Reiches).

Damit war auch der Grundstein für das spätere Königreich Preußen und dessen zunehmende Rivalität mit Österreich) gelegt...

Erst unter dem Großen Kurfürsten, d. h. mehr als 200 Jahre nachdem die aus Süddeutschland stammende Hohenzollern-Dynastie in der Mark Brandenburg die Herrschaft übernommen hatte, **begann der Aufstieg (Brandenburg-)Preußens zu einer europäischen Macht.**

Dieser Aufstieg war auch deshalb möglich, weil Frankreich (trotz manchen politischen Konflikts mit Brandenburg, s. o.) aufgrund seiner anti-habsburgischen politischen Ausrichtung ein grundlegendes Interesse daran hatte, dass das habsburgische Österreich (des Kaisers Stammland!) innerhalb des Reiches auf Dauer einen Rivalen erhielt.

Daher unternahm Frankreich bis zum Siebenjährigen Krieg 1756-63 nichts, um Brandenburg-Preußen politisch zu schwächen, - auch trotz Brandenburg(-Preußen)s taktischen Bündnisses mit dem Kaiser in den Jahren zwischen 1685 und 1714 (s.u.). (Ludwig XIV. lag allerdings auch daran, dass das ihm politisch eher nützliche Brandenburg das ihm politisch noch ebenso nützliche Schweden nicht allzusehr schwäche!)

Österreich und Brandenburg/Preußen: Ende des 17. Jh. bis Mitte des 18. Jh.

Brandenburg-Preußen (bis 1740)

Königreich ab 18. Januar 1701

Rang, Reputation und Prestige eines Fürsten waren in der Zeit des [Absolutismus](#) entscheidende politische Faktoren. Kurfürst [Friedrich III.](#) (1688–1713) nutzte daher die Souveränität des Herzogtums Preußen dazu, dessen Erhebung zum Königreich und seine eigene zum [König](#) anzustreben.

Damit versuchte v. a., die Ranggleichheit mit dem Kurfürsten von [Sachsen](#), der seit 1697 zugleich König von Polen (und daher eigens vom Protestantismus zum Katholizismus konvertiert) war, - und mit dem Kurfürsten von [Braunschweig-Lüneburg](#) („Kurhannover“), der Anwärter auf den englischen Thron war und diesen 1714 auch bestieg, zu wahren. - D. h.:

Die deutschen Fürstenhäuser betrieben Ende des 17. / Anfang des 18. Jh. ein Wettrennen um die Erlangung europäischer (außerdeutscher) Königskronen. Und die Erzherzöge von Österreich waren zudem sogar schon seit dem 16. Jh. Könige von Böhmen und Ungarn...

Der Königstitel drückte im Verhältnis der Herrscher untereinander einen herausragenden Status aus!

Die Hohenzollern befanden sich 1701 also in bester Gesellschaft...

Seit 1693 gab es daher diesbezügliche Verhandlungen zwischen Hohenzollern und Habsburgern, - und da der Habsburger-Kaiser in seinen kriegerischen Auseinandersetzungen mit Frankreich (im Reichsgebiet sowie im beginnenden Spanischen Erbfolgekrieg (1701-13) auch auf Unterstützung durch brandenburgische Truppen angewiesen war - und weil Brandenburg seit der Aufnahme der in Frankreich verfolgten protestantischen Hugenotten nach Aufhebung des dortigen Toleranzediktes 1685 durch König Ludwig XIV. (vorübergehend) einen politischen Konflikt mit Frankreich hatte -, gingen diese Verhandlungen für die Hohenzollern positiv im Sinne des Königstitels aus, d. h.

Das neue preußische Königtum wurde mit brandenburgisch-preußischen Hilfstruppen (und dem Leben der Soldaten) in Österreichs Kriegen gegen Frankreich bezahlt...

Da es keine Krone außer der des Kaisers innerhalb des Heiligen Römischen Reiches geben durfte, strebte **Kurfürst Friedrich der III.** die Königswürde für das Herzogtum Preußen an und nicht für den eigentlich wichtigsten Landesteil, die [Mark Brandenburg](#).

Kaiser [Leopold I.](#) stimmte zu, dass Friedrich für das außerhalb des Reichsgebietes gelegene Herzogtum Preußen den Königstitel erhalten solle. So krönte sich der Kurfürst Friedrich III. am 18. Januar 1701 als **Friedrich I.** im (ost)preußischen [Königsberg](#) eigenhändig zum "**König in Preußen**".

In Österreichs Führungskreisen gab es aber auch skeptische Stimmen zum Aufstieg der Hohenzollern zu Königen. So äußerte sich der in Habsburgs Diensten stehende Heerführer (und Sieger über die Osmanen) Prinz Eugen von Savoyen folgendermaßen: "Die Minister, die den 'König in Preußen' zugelassen haben, verdienen aufgehängt zu werden."

Die einschränkende Titulatur „in Preußen“ war nötig, weil die Bezeichnung als „König von Preußen“ als Herrschaftsanspruch auf das gesamte preußische Gebiet verstanden worden wäre. Da jedoch das [Ermland](#) und das westliche Preußen ([Pommerellen](#)) damals noch unter Oberhoheit der polnischen Krone waren, hätte dies Konflikte mit dem Nachbarland heraufbeschworen, dessen Herrscher noch bis 1772 (1. Teilung Polens!) den Titel eines „Königs von Preußen“

beanspruchten.

Seit 1701 bürgerte sich aber im allgemeinen deutschen Sprachgebrauch die Landesbezeichnung *Königreich Preußen* für alle von den Hohenzollern regierten Gebiete ein, - ob nun innerhalb oder außerhalb des Heiligen Römischen Reiches gelegen.

Zentren des Hohenzollernstaates blieben die Hauptstadt [Berlin](#) und die Sommerresidenz [Potsdam](#).

Friedrich I. konzentrierte sich auf eine aufwändige Hofhaltung nach französischem Vorbild (nämlich des "Sonnenkönigs" Ludwig XIV.) - und brachte seinen Staat damit an den Rand des finanziellen Ruins! Nur durch Vermietung preußischer Soldaten (insgesamt: über 8.000) an die (pro-habsburgische bzw. pro-österreichische) Allianz im Spanischen Erbfolgekrieg konnte der König die kostspieligen Aufwendungen für den Prunk an seinem Hof bestreiten.

Als König Friedrich I. im Februar 1713 starb, hinterließ er seinem Staat und Volk einen Schuldenberg von rund zwanzig Millionen Talern.

"Soldatenkönig"

Der Sohn Friedrichs I., **Friedrich Wilhelm I.**, war anders als sein Vater absolut nicht prunkliebend, sondern extrem sparsam und zugleich praktisch veranlagt.

Folglich kürzte er die Ausgaben für die Hofhaltung auf ein Minimum: Alles, was dem höfischen Luxus diente, wurde entweder abgeschafft oder anderen Nutzungen zugeführt.

Alle Sparmaßnahmen des Königs zielten auf den Ausbau eines starken [Stehenden Heeres](#), in dem der König die Grundlage seiner politischen Macht nach innen und außen sah. Dies aber brachte ihm den Beinamen „**Soldatenkönig**“.

Trotz dieses Beinamens führte Friedrich Wilhelm I. nur ein einziges Mal in seiner Amtszeit (1715) einen kurzen Feldzug, im [Großen Nordischen Krieg](#) (Schwedens gegen Dänemark, Polen und Russland, 1700-21), während der [Belagerung von Stralsund](#). Der Feldzug brachte Preußen den Gewinn eines Teils Vorpommerns (zwischen Oder und Peene, mitsamt der Hafenstadt Stettin) von den Schweden - und damit eine Hebung der internationalen Bedeutung Preußens.

Bei aller Vorliebe für das Militär verzichtete der König weitestgehend auf dessen Einsatz. Das Heer sollte vor allem den Bestand seines Staates schützen - und es war für Friedrich Wilhelm I. zugleich Inbegriff von Ordnung und Hierarchie, an denen er persönliches Gefallen hatte: Er pflegte sich am Anblick exerzierender Truppen zu erfreuen, und malte in seiner freien Zeit Soldatenbilder.

Des Königs Liebe zum Militär zog eine Reihe von (auch nicht-militärischen) Reformen nach sich: Friedrich Wilhelm schuf in ganz Preußen eine einheitliche Verwaltung, siedelte im von der Pest entvölkerten Ostpreußen 20.000 Salzburger Glaubensflüchtlinge an und sanierte mittels Sparpolitik den Staatshaushalt: alles Nicht-Benötigte wurde von ihm kurzerhand gestrichen. - D. h.: --> Friedrich Wilhelm I. veränderte die Verwaltung des Landes mit der Gründung des Generaldirektoriums. -

Damit zentralisierte er das Land, das bisher noch immer territorial bzw. landständisch zersplittert war, und gab ihm eine einheitliche staatliche Organisation.

Allerdings wurden lokale/regionale ständische Machtstrukturen nicht einfach zerstört, sondern vielmehr zur Kooperation mit der zentralen königlichen Bürokratie genötigt.

--> Durch eine merkantilistische Wirtschaftspolitik, die Förderung von Handel und Gewerbe sowie eine Steuerreform gelang es dem König, die jährlichen Staatseinnahmen zu verdoppeln.

Hierbei schlossen sich staatliche Steuerung der Entwicklung und privates Unternehmertum in keinsten Weise aus, sondern Staatsbürokratie und sich entwickelnde Wirtschaftselite (Bankiers, Großhändler, Manufakturbesitzer, usw.) kooperierten zunehmend.

--> Um die nötigen Fachkräfte zu gewinnen, führte der König die allgemeine Schulpflicht ein und errichtete volkswirtschaftliche Lehrstühle an preußischen Universitäten; sie waren die ersten ihrer Art in Europa (der "Soldatenkönig" förderte gezielt die Ökonomie seines Landes!).

--> Im Zuge einer massiven Peuplierungspolitik ließ er Menschen aus ganz Europa (v.a. Glaubensflüchtlinge aus katholischen Ländern, aber auch Protestanten/Calvinisten aus den wirtschaftlich hoch entwickelten Niederlanden) in seinen dünnbesiedelten Provinzen ansiedeln.

Denn durch den Dreißigjährigen Krieg war Preußen/Brandenburg nicht nur wirtschaftlich geschädigt und finanziell verarmt, sondern auch weitgehend entvölkert worden.

Und 1710/11 hatten in Ostpreußen Seuchen und Hungersnöte ein Drittel der Bevölkerung hinweggerafft (über 220.000 Menschen).

Um das wirtschaftliche Leben in diesen dünn besiedelten und verarmten Gebieten wieder zu beleben und die Produktivität insgesamt zu steigern, war der Zuzug von Einwandern nötig: All dies diente vor allem der **Stärkung des Staates nach außen: Der Fortschritt diente der Armee.**

Als Friedrich Wilhelm I. 1740 starb, hinterließ er ein wirtschaftlich und finanziell gefestigtes Land. Eine Schattenseite seiner Amtszeit war jedoch die auffallende Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens in Preußen, dessen Armee 80.000 Soldaten zählte (welche damit nur hinter Russland, Frankreich und Österreich rangierte) und den weitaus allergrößten Teil der Finanzen des Staates zu ihrem Unterhalt beanspruchte.

Jedoch hatten die vielen im Straßenbild Preußens zu sehenden Uniformträger auch einen ganz praktischen Grund: Preußens Soldaten erhielten jedes Jahr eine neue Uniform, sodass sie oder ihre Verwandten die alte Uniform (aus robustem blauem Tuch) einfach im Alltag auftragen konnten...

Österreich (bis 1740)

Spanischer Erbfolgekrieg 1701-1713

Am Ende des 17. Jh. wurde die spanische Thronfolge zum Gegenstand des Interesses der europäischen Diplomatie, da mit dem Tode des kinderlosen spanischen Habsburger-Königs Karl II. das Erlöschen der spanischen Linie des Hauses Habsburg bevorstand.

Drei potentielle Thronanwärter mit familiär nachvollziehbarem Erbanspruch kamen in Frage:

- Philipp von Anjou, zweiter Sohn des Dauphin Ludwig und Enkel von König Ludwig XIV. von Frankreich, der ihn als Thronerben lancierte. Sein Thronanspruch stützte sich darauf, dass seine Urgroßmutter, die spanische Infantin Anna von Österreich, Tochter Philipps III. von Spanien und seine Großmutter, die Gattin Ludwigs XIV., Tochter des spanischen Königs Philipp IV. war. Damit erbte Philipp von Anjou von seiner Großmutter Maria Theresia von Spanien den ihr als Erstgeborene laut spanischem Erbrecht nach dem Tod des männlichen Nachfolgers zustehenden Erbanspruch. Die Gegner Philipps, die eine Übermacht Frankreichs durch die Vereinigung der gewaltigen Ressourcen Spaniens und Frankreichs fürchteten, wiesen diesen Anspruch mit der Begründung ab, dass Maria Theresia von Spanien bei ihrer Heirat mit Ludwig XIV. auf ihr Erbe verzichtet habe.

Ludwig XIV. ließ diesen Erbverzicht seiner Gattin jedoch mit Verweis auf den Pyrenäenfrieden (1659) für ungültig erklären, da die im Heiratsvertrag von 1659 mit dem Erbverzicht verknüpfte Mitgiftzahlung von 500.000 Goldecu durch Spanien nie erfolgt war. So sei der Verzicht unwirksam - und Maria Theresia habe ihren Erbanspruch als Tochter der spanischen Krone automatisch an

ihre männlichen Nachkommen mit Ludwig XIV. vererbt, sodass Philipp der rechtmäßige Thronfolger in Spanien sei...

- **Erzherzog Karl**, zweiter Sohn von Kaiser **Leopold I.**, und von diesem als Erbe des spanischen Zweigs der Habsburger auserkoren, - während sein älterer Bruder **Joseph I.** die deutsch-römische Kaiserkrone erbte. Auch **Erzherzog Karl** war mit dem spanischen Thron verwandt, da sein Vater nicht nur (wie **Ludwig XIV.**) Enkel **Philipps III.** von Spanien, sondern zudem auch Gemahl von **Margarita Theresa**, der jüngeren Tochter **Philipp IV.**, war.

Karls Ansprüche auf das spanische Erbe stützten sich so nicht nur auf die allgemein bestehenden Erbansprüche des Hauses Habsburg als Nebenlinie der spanischen **Monarchie**. Sie basierten ganz konkret auf der ersten Ehe seines Vaters mit **Margarita Theresa**, die anders als ihre Schwester **Maria Theresia** bei ihrer Heirat nicht auf ihr Erbe verzichtet hatte. Doch auch bei Karl bestand die Gefahr eines (für die europäischen Mächte) zu großen Übermacht, da in diesem Erbfolge alle habsburgischen Lande wieder in ein Haus zusammen gekommen und nach dem überraschenden Tod **Joseph I.** 1711 in einer Hand vereint gewesen wären: als Kaiser Karl VI. des Heiligen Römischen Reiches (1711-1740) wäre er zugleich spanischer König gewesen - für den französischen König wie für andere europäische Machthaber eine unerträgliche Vorstellung!

- Dritter Kandidat für das spanische Erbe war Kurprinz **Joseph Ferdinand von Bayern**, Sohn des Kurfürsten **Maximilian II. Emanuel von Bayern** und dessen erster Ehefrau, **Maria Antonia**, der Tochter **Leopolds I.** und dessen erster Gemahlin, der **Infantin Margarita Teresa von Spanien**. Als Urenkel **Philipps IV. von Spanien** konnte er damit ebenfalls Ansprüche auf den spanischen Thron erheben, die allerdings mit seinem Tod 1699 (ein Jahr vor dem **Karls II.**!) hinfällig waren. D. h. eben auch: Europas Adel war bzw. ist (seit Jahrhunderten) kreuz und quer miteinander versippt...

Die Seemächte England und die Niederlande, in Personalunion regiert von **Wilhelm III. von Oranien**, zogen Joseph Ferdinand vor. Dies erschien ihnen als die einfachste Möglichkeit, zu verhindern, dass die spanische Monarchie samt ihren reichen Kolonien völlig an Frankreich oder an Österreich fiel.

Um jedoch Frankreich und Österreich für ihre Ansprüche zu entschädigen, wurde von den Seemächten ein umfangreicher Teilungsplan für die spanischen Besitzungen in den Niederlanden und Italien erdacht.

Spaniens König Karl II. ernannte daher auf diplomatischen Druck der Seemächte den jungen bayerischen Prinzen testamentarisch zu seinem Nachfolger in allen damals spanischen Landen. - Nach seiner Niederlage gegen Frankreich Mitte des 17. Jh. (Pyrenäenfrieden 1659) war Spanien auch nicht mehr die unanfechtbare Großmacht von einst, - und somit in seinem Handeln stark eingeschränkt!

Als Joseph Ferdinand am 6. Februar 1699 plötzlich starb, schlossen **Wilhelm III.** und **Ludwig XIV.** im März 1700 einen neuen Teilungsvertrag:

Hiernach sollte Erzherzog Karl die spanische Krone, der Enkel Ludwigs XIV., **Philipp von Anjou**, jedoch **Neapel**, **Sizilien** und **Mailand** erhalten. Damit wäre der bereits seit den **Italienkriegen** des 16. Jh. gehegte Wunsch der französischen Könige nach Hegemonie über Italien Wirklichkeit geworden!

Da aber Kaiser **Leopold I.** in Wien diesem Vertrag seine Zustimmung verweigerte, fühlte sich auch König **Ludwig XIV.** nicht an ihn gebunden.

Am Ende setzte Spaniens König Karl II. durch Testament im Oktober 1700 Philipp von Anjou zum Erben der gesamten spanischen Monarchie ein.

Nach dem Tod Karls II. am 1. November 1700 nahm Ludwig XIV. das Testament nur zögernd an, da ihm klar war, dass ein Akzeptieren wie eine Ablehnung des Testaments zum Krieg führen

würde!

Daher sah der französische König keine Alternative - und erlaubte seinem Enkel, den spanischen Thron zu besteigen. - Dieser ergriff als [Philipp V.](#) sofort vom spanischen Thron Besitz und zog im Februar 1701 in Madrid ein.

Zuerst erhob nur Kaiser Leopold dagegen Protest und traf Vorbereitungen für einen Krieg in Italien. Die Lage spitzte sich aber zu, als französische Truppen die Besatzungen der Generalstaaten aus den ihnen vertraglich gesicherten Grenzfestungen im Süden der spanischen Niederlande vertrieben.

Um dem Hegemonialstreben Ludwigs XIV. entgegenzuwirken, kam es im September 1701 auf Betreiben Englands zur [Haager Großen Allianz](#), d. h. zum englisch-niederländisch-österreichischen Bündnis gegen Frankreich.

Frankreich wiederum fand als Verbündete den Kurfürsten von Bayern, den Kurfürsten von Köln, den Herzog von Braunschweig-Wolfenbüttel und den Herzog von Savoyen.

Für die Zustimmung des Kaiser Leopold I. zur 1701 erfolgten Krönung des Kurfürsten Friedrich III. von Brandenburg zum "König in Preußen", hatte Friedrich III dem Kaiser Unterstützung versprechen müssen. Somit wurden preußische Regimenter während des gesamten Krieges in österreichischen Truppenverbänden eingesetzt.

Die Kriegshandlungen fanden im Süden des Deutschen Reichs, in Flandern und Brabant, in Oberitalien und Spanien statt.

Der Spanische Erbfolgekrieg war aber auch einer der ersten Kriege, die zu Aktionen in den Kolonialgebieten der jeweiligen Mächte führten: in Nordamerika wurde ein Stellvertreterkrieg durch indianische Hilfstruppen Englands bzw. Frankreichs geführt.

Eine koordinierte globale Auseinandersetzung wurde jedoch erst mit dem [Österreichischen Erbfolgekrieg](#) (1740-48) und insbesondere im [Siebenjährigen Krieg](#) (1756-63) geführt. - D. h.:

Nach dem Aussterben der spanischen Habsburger 1700 kämpften die österreichischen [Habsburger](#) gegen [Ludwig XIV.](#) im [Spanischen Erbfolgekrieg](#) (1700-13) um das spanische Erbe. Der Krieg wurde vor allem von Kaiser [Joseph I.](#) mit äußerstem Einsatz geführt – nach seinem Tod 1711 brach jedoch Habsburgs Front zusammen. Sein Bruder [Karl](#) (seit Josephs Tod auch Kaiser Karl VI.) war der letzte lebende männliche Habsburger; er hätte im Falle des Sieges im Spanischen Erbfolgekrieg ein Weltreich geerbt, was die anderen europäischen Mächte (v. a. Frankreich und Großbritannien) aber unbedingt verhindern wollten.

Immerhin kamen im [Frieden von Utrecht](#) 1713 aus der Erbmasse die europäischen Nebenlande [Spaniens](#) ([Spanische Niederlande](#), [Neapel](#), die [Lombardei](#)) an die Habsburger. - D. h.:

Als die spanischen Habsburger 1700 ausstarben, konnte die österreichische Linie Habsburgs im Spanischen Erbfolgekrieg einen vollen Erbanspruch auf sämtliche spanischen Gebiete nicht mehr durchsetzen; jedoch erhielt sie die europäischen Nebenlande Spaniens: die Niederlande, Mailand, Sardinien und Neapel (letzteres umfasste Süditalien mitsamt Sizilien).

Spanien selbst mitsamt seinen Kolonien kam zu einer Seitenlinie des französischen Herrscherhauses der Bourbonen, die bis heute den spanischen König stellen.

Damit hatte Frankreich sein außenpolitisches Ziel erreicht: Seine bisherige Umklammerung durch Habsburg von Osten(Österreich), Norden(Niederlande) und Süden(Spanien) her zu durchbrechen.

Jedoch bildeten die Habsburgischen Länder auch nach der Abtrennung Spaniens 1713 und der (nördlichen) Niederlande (Generalstaaten) 1648 immer noch eine territorial ausreichende Grundlage für eine politische Vormachtstellung in der frühen Neuzeit.

Aber zugleich waren diese zu uneinheitlich für eine moderne Reichs-Bildung, denn durch die Wahl eines Habsburgers zum König von Böhmen bzw. Ungarn hatten die auf ihre Privilegien pochenden böhmischen, ungarischen und kroatischen Stände keineswegs auf ihre traditionellen

politischen Mitspracherechte und Gestaltungsspielräume verzichtet.

Den zentralen Ansatzpunkt zur Vereinheitlichung ihrer Länder fanden die Habsburger stattdessen in einer strikten und repressiven (intoleranten und gewaltbereiten) katholischen Konfessionspolitik.

Gemäß dieser habsburgischen "katholischen Grundeinstellung" konnten Protestanten (weil "Ketzer") keinen Platz in der Gesellschaft haben (und wurden zum Verlassen des Landes genötigt).

Pragmatische Sanktion 1713

1713 wurde (aus den Erfahrungen des Spanischen Erbfolgekriegs) von Karl VI. die **Pragmatische Sanktion** erlassen. Diese bestimmte die **Unteilbarkeit und Untrennbarkeit der österreichischen Monarchie** und führte hierzu eine **einheitliche Thronfolge** nach dem Prinzip der **Primogenitur und subsidiärer weiblicher Erbfolge** ein - letzteres, um eine Wiederholung der spanischen Ereignisse für Österreich zu verhindern..!Diese Regelung hatte bis zum Ende der Habsburgermonarchie 1918 Bestand und wurde auch von Ungarn im **Ausgleich** 1867 explizit bestätigt.

In der Geschichtsschreibung wird oft angeführt, Karl VI. habe die weibliche Thronfolge deshalb ermöglicht, weil er nur zwei Töchter, **Maria Theresia** (reg. 1740–80) und **Maria Anna** hinterließ. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen, weil zum Zeitpunkt des Erlasses der Pragmatischen Sanktion 1713 noch keines der vier Kinder des Kaisers (ein Sohn, drei Töchter) geboren war und nicht vorauszusehen war, dass sein Erstgeborener (Sohn) das Geburtsjahr 1716 nicht überlebte.

Um sicherzugehen und um spätere politische Komplikationen (wie soeben in Spanien erlebt) zu vermeiden, legte Karl VI. diese Pragmatische Sanktion verschiedenen ausländischen Herrschern sowie den Regenten in Preußen und Bayern gegen reiche Geldzahlungen zur Unterschrift(!), d. h. zur ausdrücklichen Anerkennung, vor...

Polnischer Thronfolgekrieg

Der **Polnische Thronfolgekrieg** bzw. *Polnische Erbfolgekrieg* (1733–38) war ein Krieg um die Thronfolge in **Polen** nach dem Tod des sächsischen Kurfürsten und polnischen Königs **Augusts II.** (des Starken).

Während **Österreich** und **Russland** (nach machtpolitisch abwägendem Zögern...) den neuen sächsischen Kurfürsten (Augusts des Starken Sohn) **Friedrich August II.** (und somit den Fortbestand der Personalunion **Sachsen-Polen**) unterstützten, wollte **Frankreich** (ebenfalls aus machtpolitischen Erwägungen) den früheren polnischen König **Stanislaw I. Leszczyński** (1709 durch Schweden im Großen Nordischen Krieg eingesetzt und später nach Intrigen gestürzt, nach Frankreich emigriert und dort Schwiegervater Königs **Ludwigs XV.** geworden) als polnischen Thronfolger einsetzen.

Der Krieg begann mit dem Aufmarsch russischer Truppen vor **Warschau**, woraufhin der pro-sächsischen Partei im polnischen Sejm (Adels-Parlament) die Wahl Friedrich Augusts gelang. Der einige Tage zuvor ebenfalls vom Sejm gewählte Stanislaus Leszczyński floh nach **Danzig**, das daraufhin 1734 von **russischen** und **sächsischen Truppen** eingenommen wurde. Zugleich wurden russische Truppen in Ostpolen stationiert, da Sachsen aufgrund der für es unberechenbaren Haltung Preußens(!) seine Truppen nahe der polnischen Westgrenze haben wollte.

1733 erklärte Frankreich Österreich und Russland den Krieg. Der Krieg fand jedoch hauptsächlich an der [Rheingrenze](#)(!) statt. Den Franzosen gelang u. a. die Eroberung der Festung [Kehl](#). Neben-Kriegsschauplatz war Italien, wo Frankreich und das verbündete [Sardinien](#) gegen Österreich siegreich waren, - sodass Österreich das Königreich Neapel an das bourbonisch regierte Spanien abtreten musste.

Frankreich hatte in diesem Krieg das ökonomische und militärische Übergewicht, wollte aber seine Mittel für den sich seit der [Pragmatischen Sanktion](#) von 1713 abzeichnenden [Österreichischen Erbfolgekrieg](#) (s. w. u.) aufsparen. Im [Wiener Präliminarfrieden](#) 1735 wurde daher der Sachse als [August III.](#) als König von Polen bestätigt. Stanislaus Leszczyński wurde von Ludwig XV. mit den Herzogtümern [Bar](#) (Bar le Duc) und [Lothringen](#) entschädigt, wo er als Landesvater sehr beliebt wurde.

Türkenkriege bis 1739

Einige in den Türkenkriegen Ende des 17. und Anfang des 18. Jh. (Frieden von Karlowitz 1699 und Frieden von Passarowitz 1718) gemachte Gebietsgewinne gingen Österreich in einem gemeinsam mit Russland ab 1726 geführten Krieg gegen das Osmanische Reich zwar wieder verloren:

Nordbosnien, Nordserbien (entspricht der heutigen [Voivodina](#)), das [Banat](#) und die [Kleine Walachei](#) mussten wegen militärischer Niederlagen wieder an die Osmanen abgetreten werden ([Frieden von Belgrad 1739](#)), während Russland in diesem Krieg siegreich war und seine Gebiete am Schwarzen Meer und im Kaukasus auf Kosten der Osmanen erweitern konnte. Jedoch blieben Ungarn, Siebenbürgen und Kroatien samt Dalmatien in österreichischem Besitz.

Preußen gegen Österreich (1740-63)

Österreichischer Erbfolgekrieg 1740 - 1748

Der im 18. Jh. entstehende Mächte-Gegensatz oder ***Dualismus zwischen Preußen und Österreich*** führte ab 1740 zu drei Kriegen zwischen diesen beiden Ländern:

Die drei [Schlesischen Kriege](#) (1740-42, 1744-45, Siebenjähriger Krieg 1756-63) gewann Preußen und erhielt/behielt das reiche Schlesien (auf Kosten Österreichs) als neue Provinz, während der **Österreichische Erbfolgekrieg** (1740-48) dennoch insgesamt zu Gunsten Österreichs endete.

Der Erbfolgekrieg wurde nach dem Tod des Habsburger-Kaisers Karl VI. ausgelöst, der keinen männlichen Nachkommen hatte, sodass die Habsburger im Mannesstamm ausgestorben waren. So trat auf Grund der Pragmatischen Sanktion von 1713 Karls VI. Tochter [Maria Theresia](#) die Herrschaft in den österreichischen Ländern an. Mit ihrem Ehemann [Franz Stephan von Lothringen](#) begründete sie die neue Dynastie [Habsburg-Lothringen](#). - Indes:

Zwar hatte Karl VI. schon 1713 in der nur für seine habsburgischen/österreichischen Lande (Österreich, Böhmen, Ungarn, usw.) geltenden "Pragmatischen Sanktion" die Möglichkeit weiblicher Thronfolge für den Fall des Fehlens männlicher Thronfolge festgelegt.

Jedoch erkannten nach Karls VI. Tod 1740 einige europäische Herrscher diese Regelung nicht (mehr) an (obgleich sie oder ihre Vorgänger ursprünglich für die Anerkennung derselben bereitwillig österreichisches Geld annahmen...) – und meldeten sogar unverblümt Interesse an

bestimmten österreichischen Territorien (als Voraussetzung für eine jetzt zu leistende Anerkennung der Pragmatischen Sanktion!) an:

--> der **spanische König** beanspruchte Gebiete in Norditalien (so wäre der größte Teil Italiens unter Einfluss Spaniens - und damit auch Frankreichs - geraten, was eine erhebliche Schwächung Österreichs bedeutet hätte...)

--> der **sächsische Kurfürst** als gleichzeitiger polnischer König äußerte Interesse am Erwerb eines Teils Schlesiens als Landbrücke/Korridor zwischen Sachsen und Polen

--> der (neue) **preußische König** Friedrich II. forderte ausdrücklich und ultimativ als Gegenleistung für seine Anerkennung der pragmatischen Sanktion die Abtretung Schlesiens an Preußen (s.u.).

Und der **bayerische Kurfürst** wurde von den Kurfürsten als Nachfolger des verstorbenen Kaisers Karl VI. als neuer Kaiser Karl VII. gewählt (s. u.), sodass Österreich die Kaiserkrone zunächst an das kleine Bayern verloren hatte... (Der Wittelsbacher konnte sich aber ohne die Unterstützung einer Großmacht nicht dauerhaft durchsetzen - und schon 1742 wurde sein Land von den Österreichern besetzt, - sodass nach seinem Tod 1745 mit [Franz I. Stephan von Lothringen \(1708-1765\)](#), dem Ehemann [Maria Theresias](#), erneut (wie von Maria Theresia schon seit dem Tode ihres Vaters 1740 geplant) ein [Habsburger\(-Lothringer\) zum Kaiser](#) gewählt wurde (als Kaiser Franz I.).

Im [Österreichischen Erbfolgekrieg](#) konnte Maria Theresia Österreichs Gebiet mit Ausnahme Schlesiens, das 1740 dauerhaft an Preußen verloren ging und auch in zwei nachfolgenden Kriegen nicht mehr zurück-erobert werden konnte, weitestgehend vor fremdem Zugriff bewahren.

Noch in seinem ersten Regierungsjahr ließ Preußens König Friedrich II. die [preußische Armee](#) ins damals zu Österreich gehörenden [Schlesien](#) einmarschieren und es annektieren (1740).

Den Zugriff auf Schlesien legitimierte Friedrich mit der "[Liegnitzer Erbverbrüderung](#)" von 1537, der zufolge drei kleine vom schlesischen Zweig der polnischen Piasten regierte Fürstentümer innerhalb Schlesiens im Falle des Aussterbens dieser Piasten an Brandenburg fallen sollten. Und als die schlesischen Piasten 1675 ausstarben, erhob der Große Kurfürst gegenüber dem habsburgischen Kaiser mehrfach Ansprüche auf diese Gebiete, ohne sich jedoch durchsetzen zu können (zumal er Österreich vorübergehend als Verbündeten gegen Frankreich benötigte, nachdem er 1685 die dort von König Ludwig XIV. verfolgten Hugenotten als Exilanten in Brandenburg aufgenommen [und damit Ludwig XIV. provoziert] hatte, - und nachdem Brandenburg-Preußen im Spanischen Erbfolgekrieg 1700-1714 auf der Seite Österreichs stand, um dadurch zuvor noch dessen Zustimmung zur preußischen Königswürde zu erhalten...); - die Angelegenheit blieb somit offen und strittig.

Neben dem grundsätzlichen preußischen Interesse an Schlesien war ein weiteres Motiv Friedrichs für den dortigen Einmarsch seine Befürchtung, dass Sachsen, welches 1740 ebenfalls Ansprüche gegen Österreich (im Zusammenhang mit der Anerkennung der Pragmatischen Sanktion) erhob, gleichermaßen geneigt sein könne, sich Schlesien oder Teile davon anzueignen, um eine direkte Landverbindung nach Polen zu erhalten, dessen König der sächsische Kurfürst war!

Denn Sachsen hatte Österreichs Herrscherin Maria Theresia 1740 seine politische Unterstützung angeboten - sofern Österreich dafür einen (schlesischen) Landkorridor nach Polen an Sachsen abtreten würde... (Also eine parallele Forderung zu der Friedrichs von seinem sächsischen Rivalen!)

Daher sah sich Friedrich alternativlos zu sofortigem Handeln gezwungen, d. h. zum umgehenden Einmarsch in Schlesien.

Selbst wenn er dies im hohen Alter als eine Art "jugendlicher Leichtfertigkeit" abwertete, war er offenbar dennoch dazu gezwungen, wollte er Preußens Machtstellung gegenüber Österreich und eben auch gegenüber Polen-Sachsen wirksam erhalten...

Es kam im **Ersten Schlesischen Krieg** (1740-42) zum militärischen Bündnis Preußens v. a. mit [Frankreich](#), [Sachsen](#), [Bayern](#), [Spanien](#), denn all diesen Mächten war gemeinsam an der Schwächung der Habsburgischen Macht gelegen.

Mit Habsburg dagegen verbündeten sich v. a. [Großbritannien](#) und [Russland](#).

Preußen löste mit seiner Annexion Schlesiens zugleich auch den **Österreichischen Erbfolgekrieg** aus (der 1748 mit dem Frieden von Aachen endete, der die [erneute] Anerkennung der Pragmatischen Sanktion durch die europäischen Herrscher sowie des territorialen Status Quo beinhaltete).

Im von Großbritannien vermittelten [Frieden von Berlin](#) (1742) trat Österreich den größten Teil seiner Provinz Schlesien an Preußen ab.

Die österreichische Herrscherin [Maria Theresia](#) nutzte den Friedensschluss, um ein erneutes Bündnis mit Großbritannien sowie auch mit Preußens bisherigem Verbündeten (und Rivalen!) Sachsen zu schließen. - Gleichzeitig ließ sie Preußens bisherigen Verbündeten Bayern besetzen, um es somit auszuschalten - und um so dem wittelsbachischen Kaiser des Heiligen Römischen Reiches dessen territoriale Machtbasis zu nehmen.

Durch diese neue außenpolitische Konstellation musste sich Friedrich II. von Preußen zunehmend bedroht fühlen: Er befürchtete, dass Maria Theresia ihren gestiegenen Einfluss nutzen würde, um Schlesien von Preußen zurückzufordern.

Friedrich II. verbündete sich daraufhin erneut mit Frankreich und Spanien, konnte jedoch Russland entgegen seinen Planungen nicht für seine Ziele gewinnen (was sich später, d. h. im Siebenjährigen Krieg) als (für viele Jahre) verhängnisvoll für Preußen erweisen sollte.

Nach derartiger Absicherung überfiel Friedrich im August 1744 mit einem Präventiv-Schlag [Böhmen](#) und eröffnete den **Zweiten Schlesischen Krieg** (1744–45), der für Preußen erneut siegreich endete.

Im [Frieden von Dresden](#) wurde vereinbart, dass Schlesien auf Dauer in preußischem Besitz verbleibt.

Friedrich II. erkannte im Gegenzug hierzu den Gatten Maria Theresias, [Franz I. Stephan](#), als neuen Kaiser des [Heiligen Römischen Reichs](#) an.

Nach dem Ende des Österreichischen Erbfolgekrieges 1748 ließ Maria Theresia in Österreich (nicht aber in Ungarn) Verwaltungs- und Militär-Reformen durchführen, um ihr außenpolitisches Ziel verwirklichen zu können: die Rückeroberung Schlesiens von Preußen.

Siebenjähriger Krieg 1756-1763

Zum Siebenjährigen Krieg:

--> Der Österreichische Erbfolgekrieg hatte Preußen (mit Unterstützung von Österreich Rivalen Frankreich) in den Besitz des zuvor österreichischen Schlesiens (zudem Österreichs reichste Provinz!) gebracht.

--> Deshalb richtete sich die Politik des österreichischen Staatskanzlers Wenzel Anton Graf v. Kaunitz gegen die aufstrebende Macht Preußen, um dessen Territorium zu verkleinern und dessen König Friedrich II. zur Abdankung zu zwingen..

--> Hierzu versuchte Kaunitz, durch einen sog. "Umsturz der Bündnisse" das traditionell anti-habsburgisch agierende Frankreich von Preußen weg auf die Seite Österreichs zu ziehen; denn Frankreich war zuvor in beiden Schlesischen Kriegen auf Seiten Preußens!

Kaunitz' Angebot an Frankreich:

Sollte Preußen in einem erneuten Krieg Schlesien wieder abgenommen und dann an Österreich zurückgegeben werden, so sollte Frankreich von Österreich als Ausgleich die Österreichischen Niederlande erhalten. Damit wäre dann für Frankreich die habsburgische Umklammerung endgültig entfallen, die nach dem Verlust Spaniens für die Habsburger 1701/1713

immer noch teilweise bestanden hatte, - nämlich von Norden (Niederlande) und von Osten (Südwestdeutschland). Somit für Frankreich ein sehr verlockendes Angebot Kaunitz', das es geradezu annehmen musste!

Für Österreich wiederum waren die erst nach dem Spanischen Erbfolgekrieg an es gefallenem (wenn auch wirtschaftlich entwickelten und wohlhabenden) Niederlande letztlich nur ein Tauschobjekt, da zu weit vom Kernland entfernt und ohne Landbrücke zu diesem (denn warum sonst versuchte man in Wien immer wieder, diese gegen territorial Angrenzendes wie Schlesien oder später Bayern einfach weg-zu-tauschen?)...

--> Neben Frankreich stellten sich auch Russland (mit territorialem Interesse an Ostpreußen), Schweden (mit territorialem Interesse an ganz Vorpommern) und Sachsen (als Rivale Preußens) offen auf die Seite Österreichs; ebenso die Mehrzahl der Fürsten im Heiligen Römischen Reich.

Friedrich II. löste angesichts des bevorstehenden Mehrfrontenkrieges (von dessen Vorbereitung er durch Spione erfuhr) mit einem Präventivschlag gegen Österreichs Verbündeten Sachsen den von Österreich und seinen Verbündeten gegen Preußen geplanten Krieg aus.

--> Lediglich Großbritannien unterstützte Preußen eine Zeitlang finanziell in diesem Krieg, - um damit die militärischen Kräfte Frankreichs auf dem europäischen Kontinent zu binden bzw. zu schwächen.

Denn zur gleichen Zeit führte Großbritannien einen Krieg gegen Frankreich um die Kolonien in Nord-Amerika; 1763 beendete es diesen Krieg siegreich: lediglich das Gebiet des späteren New Orleans blieb französisch; Großbritannien wurde führende Kolonialmacht in Nordamerika.

--> Die Niederlage Preußens (u. a. bei Kunersdorf 1759) schien bereits besiegelt, als Russland 1762 nach dem Tod der Zarin Elisabeth aus der anti-preußischen Allianz ausschied.

Da nach dem Sieg Großbritanniens über Frankreich in Übersee auch diese beiden Länder aus dem Krieg ausschieden, standen sich nur noch Preußen und Österreich gegenüber, beide vom Krieg erschöpft.

--> Der 1763 geschlossene Frieden von Hubertusburg brachte keine Gebietsveränderungen mit sich, - wohl aber die Bestätigung der Großmachtstellung Preußens (es gehörte ab jetzt zu den fünf europäischen Großmächten (neben Frankreich, Großbritannien, Russland und Österreich, auch wenn es mit Abstand die kleinste unter ihnen war und dies bis 1866 blieb) - und damit zugleich auch die Festigung des (bis 1866 andauernden) Dualismus von Preußen und Österreich.

Außerdem sicherte Friedrich II. Maria Theresia zu, bei der nächsten Kaiserwahl für ihren Sohn, den späteren Kaiser Josef II., zu stimmen, was er 1764 auch tat.

Der Siebenjährige Krieg wurde gleichzeitig in Mitteleuropa, Nordamerika, der Karibik, Indien sowie auf allen Weltmeeren ausgefochten, - und er wurde daher im 20. Jh. vom britischen Politiker Winston Churchill als "**tatsächlicher Erster Weltkrieg**" bezeichnet.

Für Großbritannien und Frankreich ging es hierbei um die Herrschaft in Nordamerika und Indien. Jedoch für Preußen und Österreich ging es ausschließlich um den Besitz Schlesiens.

Österreich und Preußen: Mitte bis Ende des 18. Jh.

Preußen

Friedrich II. und der Präventivkrieg (Nachbemerkung zu den drei Schlesischen Kriegen)

Bereits in seiner philosophischen Abhandlung des "Antimachiavell" von 1739/40 vertrat Friedrich II. die Zulässigkeit des Präventivkrieges sowie des Interessenkrieges, welches letzteres bedeutete, dass der Fürst die Durchsetzung der Interessen seines Staates erforderlichenfalls auch gewaltsam - also durch Krieg - betreiben sollte.

Und in seinen politischen Testamenten von 1752 und 1768 erklärte er die territoriale "Abrundung" Preußens durch Annexion fremder Gebiete (Schlesien, Polnisch-Preußen) als für dessen militärische Verteidigung nützlich. (Vom Schutz verfolgter protestantischer Glaubensgenossen durch etwaige Kriege mit katholischen Gegnerstaaten wie v. a. Österreich sprach er dagegen ausdrücklich nicht.)

Friedrichs Präventivkriegs-Strategie der drei Schlesischen Kriege - nach dem Grundsatz "besser prävenire als präveniri" - wurde im 20. Jh. von der Naziführung in Deutschland in ein Grundmuster ihrer Angriffskriege umgedeutet.

Der Präventivkrieg war keine preußische Erfindung, sondern wurde vorher und nachher auch von anderen Staaten geführt; siehe z. B. die Angriffe Frankreichs auf die Niederlande und die westlichen Gebiete des Heiligen Römischen Reiches im 17. und 18. Jh., oder die Angriffe Großbritanniens auf das mit Napoleon verbündete Dänemark 1802 und 1807 (Bombardement von Kopenhagen durch die britische Flotte).

Da politische Bündnisse flüchtige Gebilde - und damit häufige Bündniswechsel von Staaten die Regel - waren und sind (siehe die wechselnden Bündnisse in den 3 Schlesischen Kriegen), lag für Friedrich (genauso wie schon für seinen Vater, den "Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I.) die größte Sicherheit des Landes in der abschreckenden Wirkung seiner hochgerüsteten und extrem gedrillten Armee!

Friedrichs Preußen hatte in seinem Aufstieg auch das Glück, an geschwächte bzw. im Niedergang befindliche Nachbarn zu stoßen: Polen im Osten sowie Schweden im Norden; sowie mit Gegnern konfrontiert zu sein, die untereinander über ihre Ziele letztlich uneins waren: wie v. a. Österreich, Frankreich und Russland im Siebenjährigen Krieg...

Friedrichs II. Innenpolitik

Die Macht des Staates zu bewahren und auszubauen, war das politische Credo des von 1740 bis 1786 regierenden Friedrichs II.

Dieses Credo - die **Stärkung staatlicher Macht nach außen und staatlicher Autorität nach innen** - wurde sowohl nachdrücklich von herrschenden Vertretern der Staatsphilosophie des 17. (und 18.) Jh. wie Thomas Hobbes oder auch Samuel Pufendorf verfochten, und es entsprang zugleich auch den Erfahrungen von Krieg und Bürgerkrieg in der ersten Hälfte bzw. in der Mitte des 17. Jh., deren Zeitzeugen sowohl Hobbes als auch Pufendorf waren:

zog Hobbes seine Schlüsse aus den Erlebnissen des englischen Bürgerkrieges, so Pufendorf aus den Gräueln des Dreißigjährigen Krieges in Deutschland.

Ihrer Lehre nach hatte der Staat seine Bürger vor äußeren Feinden zu schützen und sie zugleich

in ihrem gesellschaftlichen Verkehr bzw. in ihren einander entgegengesetzten Besitzinteressen zur Einhaltung von Recht, Ordnung und Frieden zu zwingen, um so einen "Krieg Aller gegen Alle" zu vermeiden.

Zugleich sah Friedrich sich selbst nicht als Verkörperung des Staates, wie es noch der französische König Ludwig XIV. tat ("l'état c'est moi" = "der Staat bin ich"), - sondern stattdessen als den **"ersten Diener des Staates"**, mit der Aufgabe, stets zuerst für dessen reibungsloses Funktionieren als militärische Schutzmacht, inneres Verwaltungs- und Rechtssystem, Fürsorge- und Bildungs-Wesen, usw. zu sorgen. (Dies in Anlehnung an die Lehre des Hallenser Rechtsphilosophen Christian Wolff.)

Unter Friedrich dem Großen wurde der Landesausbau mitamt weiterer Besiedlung der brandenburgischen Gebiete, etwa des [Oderbruchs](#), stark gefördert (nicht aber Ostpreußens, dessen Landstände im Siebenjährigen Krieg während der russischen Besatzung größtenteils einen Treue-Eid auf die russische Zarin geleistet hatten, was Friedrich ihnen seither stets nachtrug. - Dies war aber nicht Friedrichs Haupt-Grund, Ostpreußen nicht mehr zu fördern, s. nämlich w. u.).

Die **Peuplierung** der dünn besiedelten Gebiete östlich der Elbe stand auf der politischen Agenda an erster Stelle (insofern setzte Friedrich auch hier die Politik seines Vaters und Vorgängers fort). Jedoch stand die wirtschaftliche Integration der preußischen Landesteile nicht an erster Stelle in Friedrichs Politik:

So wurden Erzeugnisse aus den niederrheinischen Teilen Preußens in seinen ostelbischen Gebieten wie ausländische Waren behandelt, d. h. sie mussten verzollt werden...

Zudem hatten für Friedrich (aufgrund der Erfahrungen des Siebenjährigen Krieges) die Kernprovinzen Preußens den unbedingten Vorrang vor den übrigen (verstreuten) Landesteilen. Denn:

Im seinem politischen Testament von 1768 erklärte er: **"Die Provinzen, die den eigentlichen Staatskörper bilden, sind Pommern, die Marken[=Brandenburg], Magdeburg, Halberstadt und Schlesien."** Also eben nicht: Ostpreußen und Jülich, Kleve, Berg, Ansbach, usw. ...

Dies war die Sicht der **militärischen Logik**, denn die Kernprovinzen zeichneten sich für Friedrich dadurch aus, dass sie allein sich selbst verteidigen können, "wenn sich nicht ganz Europa gegen ihren Souverän verbündet"(wie im Siebenjährigen Krieg geschehen...). M. a. W.:

Ostpreußen und die westlichen Landesteile seien im Kriegsfall aufzugeben, da nicht schützbar! Insbesondere aus diesem Grunde setzte Friedrich das von seinem Vater begonnene Wiederaufbau-Programm für Ostpreußen nicht weiter fort.

Auch unter Friedrich (wie zuvor schon unter seinem Vater) arbeiteten Staatsbeamte und Unternehmer zwecks wirtschaftlicher Entwicklung des Landes eng miteinander zusammen; unter Friedrichs Beratern befand sich ein Dutzend der damals bekannten Unternehmer Preußens...

Als Vertreter des [aufgeklärten Absolutismus](#)

--> **belebte er die Akademie der Wissenschaften neu**

--> schaffte er die [Folter](#) (weitgehend) ab

--> lockerte die [Pressezensur](#) ("Gazetten dürfen, wenn sie amüsant sein sollen, nicht genieret werden")

(allerdings blieb die - weit auslegbare - "Majestätsbeleidigung" auch unter ihm höchst strafbar...)

--> legte den Grundstein für das [Allgemeine preußische Landrecht](#) von 1794

--> und holte mit der Gewährung völliger Glaubensfreiheit (außer für Juden und Katholiken; s. u.) weitere ca. 300.000 [Exulanten](#) ins Land (im Oderbruch und an Warthe und Netze angesiedelt).

Jedoch blieb der Drill der Soldaten in der friderizianischen Armee weiterhin hart bis grausam: Es galten (weiterhin) die Prügelstrafe des Spießrutenlaufens sowie der Grundsatz, der Soldat habe seinen Offizier mehr zu fürchten als den Feind.

Außerdem bevorzugte er im Allgemeinen und in militärischen Belangen den "pflichtbewussten" Adel vor den "unzuverlässigen und untauglichen" Bürgerlichen: das Offizierskorps blieb daher dem Adel vorbehalten; Adlige durften zwar (aufgrund ihres Wertes für den Staat) das Land nicht verlassen, sie erhielten dafür aber zahlreiche materielle und ideelle Privilegien (v. a.: Vorzugskredite und Steuerfreiheit; Leitung von Militär, Verwaltung, Justiz; usw.) Auf ihren Landgütern in Pommern, Schlesien und Ostpreußen konnten Adlige weiterhin wie mittelalterliche Feudalherren herrschen: Sie konnten ihre Bauern verkaufen und sie hatten das Züchtigungsrecht gegen diese (sie konnten sie "als faules und widerspenstiges Gesinde" einsperren [Freiheitsberaubung...] oder verprügeln [Körperverletzung]).

Auch griff Friedrich immer wieder eigenmächtig bis selbtherrlich in einzelne Verwaltungsverfahren und Gerichtsprozesse ein, um sie nach seinem persönlichen Willen zu steuern, - womit er jedoch nicht unbedingt Erfolg hatte..

Die für Friedrichs II. Einstellung und Herrschaftsstil kennzeichnende ausdrückliche **religiöse Toleranz** ("In meinem Land muss jeder nach seiner eigenen Façon selig werden") machte zwei **Ausnahmen: Katholiken** waren ihm suspekt (wegen des Machtanspruches Papst-Kirche), - und **Juden** waren ihm (wie schon seinem Vater) verhaßt (er sah in ihnen "Heuschrecken" und verwarf ihren Glauben als "gefährliche Sekte").

Juden mussten einen Leibzoll entrichten, der sonst nur für Vieh galt; und jüdischen Gemeinden war eine kollektive Gesamthaftung für etwaige kriminelle Vergehen ihrer einzelnen Mitglieder auferlegt.

Am Ende hielt sich Friedrich an die gleiche Maxime wie schon sein Vater:

Preußen war "ein Militärstaat - und alles hat(te) darauf eingestellt zu sein" (nämlich damit dieser dünn besiedelte, wirtschaftlich keineswegs wohlhabende, territorial zersplitterte Staat in Konkurrenz mit anderen Mächten überleben konnte!).

Stand Preußen nach der Bevölkerungszahl (mit ca. 3 Millionen einwohnern) in Europa auf Platz 13, so stand es nach der Größe seiner Armee in Europa auf Platz 4 (hinter Russland, Frankreich und Österreich):

Jeder 13. Einwohner Preußens war Soldat; weiterhin beanspruchte die Armee den mit Abstand größten Teil der Staatsfinanzen.

Allerdings waren nur 81.000 der 195.000 Soldaten (also ca. 45%) der Jahre um 1780 gebürtige Preußen; der Rest war aus anderen Ländern angeworben bzw. rekrutiert.)

Friedrich II. war der letzte in einer langen Reihe außergewöhnlich begabter und persönlich herausragender Hohenzollern-Herrscher (beginnend mit dem Großen Kurfürsten, gefolgt vom ersten König in Preußen, danach dem Soldatenkönig, schließlich Friedrich selbst); - und hiernach kamen in dieser Hinsicht nur noch durchschnittliche oder sogar tragische Figuren, - und in Gestalt des letzten Deutschen Kaisers und letzten Königs von Preußen (Wilhelm II.) ein dünkelfhafter und überspannter Herr, der das ihm anvertraute Land mit Hilfe von dessen Eliten buchstäblich gegen die Wand fuhr... - Jedoch:

Ohne die Kohärenz stiftende Präsenz einer starken Persönlichkeit wie die Friedrichs II. im Zentrum der monarchischen Machtorganisation bestand das große Risiko, dass das preußische Regierungssystem sich in Kompetenzstreitigkeiten und Fraktionskämpfen verzettelte, - was dann nach Friedrichs Tod auch prompt geschah. Denn:

1786 wurde Friedrichs II. Neffe, [Friedrich Wilhelm II.](#), im Volksmund auch "der dicke Lüderjan" genannt, neuer preußischer König; er starb 1797, Nachfolger wurde sein Sohn Friedrich Wilhelm III.

Am Hof etablierte sich unter Friedrich Wilhelm II. erstmals in Preußens Geschichte ein korrupter Hofstaat mit Mätressen und Günstlingen. - Und:

In knapp einer Generation nach Friedrich zerfraß eine Protektions-, Subventions- und Korruptions-Wirtschaft den Staat. Dessen Verwaltung und Armee verrotteten. - und bahnten somit Preußens

vernichtende Niederlage gegen Napoleon in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstedt 1806 an.
- Indes:

Die Französische Revolution von 1789 wurde auch in Preußen, wie im ganzen Heiligen Römischen Reich, vom erstarkenden Bildungsbürgertum zumeist positiv aufgenommen (z. B. vom Königsberger Philosophen Immanuel Kant).

Zugleich wurde 1794 in Preußen das Allgemeine Landrecht eingeführt. Die Ausarbeitung dieses modernen Gesetzeswerkes war aber bereits unter Friedrich II. begonnen worden (somit also keineswegs eine politische Eigenleistung seines korrupten Nachfolgers...).

Österreich

Maria Theresias Innenpolitik

Unter Maria Theresia wurden die im 18. Jh. ursprünglich dünn besiedelten Gebiete in Ungarns [Banat](#) und [Siebenbürgen](#) kolonisiert; größte Einwanderergruppe waren die südwestdeutschen [Donauschwaben](#).

Diese **Siedlungspolitik** wurde bis zum Zerfall der Monarchie weitergeführt - und führte auch zur Ansiedlung von Juden in der [Bukowina](#), die im späten 19. Jh. die dortige Kultur stark prägten.

Zudem Jahren wurden von Maria Theresia einige Änderungen in der Regierung/Verwaltung für die [Erblände](#) in Österreich und Böhmen (nicht in Ungarn!) durchgeführt, so u. a.:

--> Die Nebenländer verloren das Recht auf eine eigene Verwaltung.

--> Die Stände verloren ihr Mitspracherecht bei Entscheidungen der Regierung.

--> Justiz und Verwaltung wurden getrennt.

--> Die Schulpflicht (6 Jahre Volksschule für Jungen und Mädchen) wurde eingeführt.

Zugleich wurde von der frömmelnden Herrscherin ein brutales katholisches Sittenregime eingeführt:

--> eine eigens hierfür eingerichtete Sittenpolizei bespitzelte und bestrafte unverheiratete Paare,

--> Homosexuellen (ausgenommen Adlige) drohte Gefängnis- bzw. sogar Todesstrafe.

1765 wurde Maria Theresias 1741 geborener Sohn [Joseph II.](#) zu ihrem Mitregenten ernannt - womit sich nun zwischen beiden häufige politische Zwiste ergaben:

--> hielt [Maria Theresia](#) insbesondere starr an einem äußerst intoleranten politischen Katholizismus fest und ließ u. a. böhmische und mährische Protestanten verfolgen, so verfocht [Joseph II.](#) das Prinzip religiöser Toleranz und kritisierte häufig die Kirchenführung;

--> im Gegensatz zu Maria Theresia wollte Joseph den "aufgeblähten und kostspieligen" Beamten-Apparat abbauen und so eine effektivere und kostengünstigere Staatsverwaltung herstellen.

Josefs II. Innenpolitik

Nach dem Tode Maria Theresias (1780) übernahm Joseph die Amtsgeschäfte allein. Er führte viele Reformen durch; seine Regierungsform ("[Josephinismus](#)") wurde später auch als [aufgeklärter Absolutismus](#) bezeichnet (*Alles für das Volk, nichts durch das Volk.*), - so u. a.:

--> Er schaffte 1781 die Leibeigenschaft der Bauern ab [19 Jahre vor Preußen!].

--> Er schaffte die zivile Todesstrafe ab.

--> Er milderte die Pressezensur [genau wie Friedrich II. in Preußen].

--> Er förderte die Religionsfreiheit für Protestanten und Juden. (das war "mehr" als in Preußen,

wo Katholiken und Juden auch unter Josephs II. Vorbild Friedrich II. diskriminiert blieben!

--> Er schloss diejenigen Klöster, welche nur kontemplativ tätig waren und keinerlei Leistungen für die Allgemeinheit erbrachten wie etwa Schulunterricht und Sozialfürsorge.

--> Ferner plante er die Zentralisierung und Vereinfachung der staatlichen Verwaltung sowie die Ersetzung der Provinzen durch kleinere und leichter steuerbare Distrikte.

Aber er scheiterte in Beidem am Widerstand in Ungarn und in den österreichischen Niederlanden, deren Aristokratie den Verlust ihrer ständischen Vorrechte vor dem Rest der Bevölkerung befürchtete.

In Österreichs Niederlanden manifestierte sich dieser Adels-Widerstand 1789 als sog. "**Brabanter Revolution**", die in vollem Gegensatz zur Französischen Revolution des selben Jahres die bestehende aristokratisch beherrschte ständische Gesellschaftsordnung erhalten und gegen Josephs Reformen verteidigen wollte.

Hierbei entwickelte sich in Österreichs Niederlanden ein Zusammengehörigkeits-Gefühl, das 1790 in der Gründung der Vereinigten Belgischen Staaten gipfelte, die aber schon wenige Monate später an der politischen Zerstrittenheit ihrer Urheber wieder zerbrachen.

Bei seinem Amtsantritt als Alleinherrscher 1780 erklärte Josef II. die Leitsätze seines Handelns: "In einem Reiche, das ich regiere, muss - nach meinen Grundsätzen beherrscht - Vorurteil, Fanatismus, Parteilichkeit und Sklaverei verschwinden, damit jeder meiner Untertanen in den Genuß seiner angeborenen Freiheiten eingesetzt werden kann."

"Es ist notwendig, dass ich gewisse Erscheinungen auf dem Gebiet der Religion entferne, die nie dahin gehört haben. Da ich den Aberglauben und die Pharisäer verachte, so will ich mein Volk davon befreien."

"In der Staats-Verwaltung beruht alles auf dem persönlichen Verdienst. Daher muss man die Guten belohnen, die Unfähigen entlassen und die Schlechten bestrafen."

Joseph II. war einer der innovativsten Herrscher, der jedoch wegen der Unbequemlichkeit seiner Reform-Vorhaben in weiten Teilen der Bevölkerung zunehmend unbeliebter wurde, - vor allem in Adel, Klerus und Beamtschaft, deren Privilegien er beschneiden wollte.

Zudem pflegte er staatspolitische Aufgaben möglichst höchstpersönlich selbst zu regeln: allein und ohne jede Delegation oder Konsultation. (ähnlich wie sein Vorbild Friedrich II.)...

Ein großer Teil seines Reformvorhabens wurde von seinen Nachfolgern sofort wieder rückgängig gemacht, - um erst in der Revolution von 1848 von der Bevölkerung wieder eingefordert zu werden (wie Pressefreiheit, Glaubens toleranz, Privilegienverzicht, Sozialfürsorge).

Josephs Nachfolger wurde 1790 sein jüngerer Bruder Leopold II. Dieser starb jedoch überraschend im März 1792 mit 44 Jahren. Sein Nachfolger wurde sein Sohn Franz II. (als römisch-deutscher Kaiser; ab 1804 als Kaiser Franz I. von Österreich).

Preußen und Österreich

Bayerischer Erbfolgekrieg 1778/79

War Joseph als an der Aufklärung orientierter Herrscher so zwar geistig ein Weggefährte Friedrichs II. von Preußen, den er bewunderte, - geriet er wegen der kollidierenden außenpolitischen Interessen Österreichs und Preußens dennoch (gleich zweimal) in einen kriegerischen Konflikt mit Friedrich:

Streitobjekt war das von Österreich zur "Abrundung" seiner Territorien begehrte Bayern, das Joseph 1778 nach Aussterben der bayerischen Linie der wittelsbachischen Herrscher kurzerhand

besetzen ließ, und nach welchem er 1785 noch einmal zu greifen versuchte.

Damit provozierte er den Widerstand Preußens und Sachsens, und löste den für ihn erfolglosen **Bayerischen Erbfolgekrieg** aus, - eine erneute militärische Konfrontation mit Preußen (und auch mit Sachsen), in der preußische und sächsische Truppen in einer Art von Strafaktion in Böhmen einmarschierten...

1779 konnte (nach dem für Österreich gescheiterten Bayerischen Erbfolgekrieg) im - von Russland initiierten und von Frankreich mit garantierten - [Frieden von Teschen](#) das zuvor bayerische [Innviertel](#) für Österreich gewonnen werden, - während Bayern weiterhin als selbständiges Territorium bestehen blieb und Österreich zudem territoriale Ansprüche Preussens in Bayern (Ansbach und Bayreuth) anerkennen musste.

1785 scheiterte ein erneuter Versuch Josephs II., Bayern gegen die [österreichischen Niederlande](#) zu tauschen, am Widerstand Preußens und vieler Stände des Heiligen Römischen Reiches (die unter der Federführung Friedrichs II. sogar einen "protestantischen Fürstenbund" gegen Österreich bildeten).

1. Koalitionskrieg gegen das revolutionäre Frankreich

Die Rivalen Österreich und Preußen näherten sich nach der [Französischen Revolution 1789](#) außenpolitisch einander an.

Im Februar 1792 wurde (mit Unterstützung bzw. Zustimmung Russlands und Großbritanniens) ein Bündnis zwischen Österreich und Preußen (Pillnitzer Deklaration) mit dem Ziel einer gewaltsamen Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich (also ein aggressiver Interventions- und Angriffspakt) geschlossen:

Beide Länder solidarisierten sich offiziell mit dem entmachteten französischen König Ludwig XIV. - und handelten sich dadurch (gewollt) die Kriegserklärung der französischen Revolutionsregierung ein; denn sie erhofften sich reiche Beute von einem von ihnen besiegten (weil vermeintlich durch die Revolution selbst geschwächten) Frankreich.

Frankreich erklärte im April 1792 Österreich und Preußen den Krieg; - und deren Truppen mussten sich nach halbherzig geführtem Feldzug aus Frankreich wieder zurückziehen, - und in der Folge konnten französische Truppen sogar direkt bis ins Rheinland vorstoßen.

Preußens militärisch erfolglose Beteiligung am [Ersten Koalitionskrieg](#) gegen Frankreich dauertenoch bis zum [Frieden von Basel](#) 1795, in dem es seine linksrheinischen Gebiete an Frankreich abtrat. Danach schied Preussen für ein Jahrzehnt aus der anti-französischen Allianz Österreichs, Russlands und Großbritanniens aus.

1797 schloss auch Österreich Frieden mit Frankreich - und unterschrieb den [Frieden von Campo Formio](#), in dem es v. a. die österreichischen Niederlande an Frankreich abtrat.

Als Ausgleich für ihre linksrheinischen Gebietsabtretungen an Frankreich wollten sich Österreich und Preußen auf Kosten geistlicher Gebiete des Heiligen Römischen Reiches entschädigen. Als Folge kam es zur Einziehung der meisten geistlichen Herrschaften und auch kleinerer Länder des Heiligen Römischen Reiches, - deren Gebiete schließlich 1803 im (federführend von Österreich und Frankreich[!] ausgearbeiteten) "Reichsdeputationshauptschluß" an Österreich, Preußen, Bayern, Württemberg, Baden und einige andere deutsche Länder angegliedert wurden. Die beiden Großmächte Österreich und Preußen hielten sich also an anderen kleineren deutschen Ländern schadlos - und räumten der auswärtigen Macht Frankreich sogar ein volles Mitspracherecht bei der zukünftigen Gestaltung des Heiligen Römischen Reiches ein!

Drei Teilungen Polens (1772, 1793, 1795)

Österreich und Preußen betrieben gemeinsam mit Russland Ende des 18. Jh. die **Teilungen Polens**, d. h. die Teilungen des Doppelstaates [Polen-Litauen](#), der zuvor einer der größten Flächenstaaten Europas war (1650: Fläche 1 Mill. km², Einwohner ca. 10 Millionen).

In den Jahren 1772, 1793 und 1795 wurde der durch ständige innenpolitische Machtkämpfe geschwächte Unionsstaat von seinen Nachbarn, die diese inneren Konflikte schürten, am Ende sogar völlig aufgeteilt, so dass Polen für über 120 Jahre von der politischen Landkarte Europas verschwand.

Maria Theresia wollte 1773 dem Gebietsgewinn Preußens und Russlands nicht untätig zuschauen, und daher "weinte sie - aber sie nahm", wie Friedrich II. ihr Verhalten kommentierte.

Bei der ersten Teilung Polens erhielt Österreich [Galizien](#) mit dem Gebiet um [Lemberg](#) und gründete hieraus das *Königreich Galizien und Lodomerien*. Bei der dritten Teilung Polens konnte Österreich zudem das später [Westgalizien](#) genannte Gebiet mit [Kleinpolen](#) bis südöstlich von [Warschau](#) gewinnen.

An der zweiten Teilung Polens nahm Österreich auf russischen Druck nicht teil, da durch diese aus russischer Sicht Preußen (trotz dessen militärischer Misserfolge gegen das revolutionäre Frankreich) gezielt durch neue polnische Gebietsgewinne in der antifranzösischen Allianz (Russlands, Großbritanniens Österreichs und Preußens) gehalten werden sollte. (Russland selbst allerdings bediente sich bei dieser zweiten Teilung Polens ebenfalls, und zwar besonders reichlich... Insgesamt strich Russland in den 3 Teilungen Polens zwei Drittel von dessen Territorium und die Hälfte seiner Bevölkerung ein.)

Preußen erhielt bei der ersten Teilung 1772 Polnisch-Preußen (ohne die Stadt Danzig), den Netzedistrikt und das Fürstbistum Ermland.

So war die für Friedrich wichtige Landverbindung zwischen Pommern und Ostpreußen hergestellt. Und weil das ehemalige Herzogtum Preußen jetzt zur Gänze zu Brandenburg-Preußen gehörte, konnte Friedrich sich anstatt wie bisher "König in Preußen" nun "König von Preußen" nennen.

Die Teilungspolitik gegenüber Polen wurde von Friedrichs II. Nachfolger Friedrich Wilhelm II. fortgesetzt. Bei der zweiten und der dritten [Teilung Polens](#) (1793 und 1795) sicherte sich Preußen weitere Gebiete bis nach Warschau; dadurch entstanden die Provinzen [Südpreußen](#) (1793), [Neuostpreußen](#) und [Neuschlesien](#) (beide 1795).

Durch diese umfangreichen Gebietszuwächse vergrößerte sich die Bevölkerung Preußens um 2,5 Millionen Polen (ca. 40% der Gesamt-Bevölkerung).

Jedoch gingen diese Gebiete nach der preußischen Niederlage gegen Napoleon 1806 bereits wieder verloren, - ebenso wie 1809 ein Teil der von Österreich eingegliederten polnischen Gebiete, aus denen unter Napoleon das (bis 1815 existierende) **Herzogtum Warschau** als einen Satellitenstaat Frankreichs (und als Puffer zwischen Preußen, Österreich und Russland) gebildet wurde.

Herzog dieses Staates war der (von Napoleon 1805 zum) König von Sachsen (beförderte Kurfürst von Sachsen).

Durch diese drei Teilungen Polens (1772, 1793 und 1795) erhielten Preußen wie Österreich jedoch bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges(1914) eine extrem lange und militärisch nicht zu schützende gemeinsame Grenze mit dem übermächtig gewordenen russischen Zarenreich!

Besonders fatale Kosequenzen für Preußen:

--> Durch das Fehlen des polnischen Staates als eines Puffers zwischen Preußen und Russland war Preußen im 19. Jh. gezwungen, im Umgang mit der polnischen Bevölkerung und mit deren Verlangen nach nationaler Unabhängigkeit größte Rücksicht auf die Interessen Russlands zu legen - und entsprechende polnische Befreiungsbestrebungen in den Jahren 1830, 1846, 1848

und 1863 direkt und rücksichtslos niederzuschlagen.

--> Und dadurch wiederum handelte es sich die bis ins 20. Jh. hinein andauernde Feindschaft der auf Wiederherstellung ihres Staates zielenden Polen ein.

Unter diesem Gesichtspunkt wäre statt einer kompletten Aufteilung Polens vielleicht eine Polen als Staat bestehen lassende gewisse "Arrondierung" preußischer Territorien (etwa ein preußischer Land-Korridor durch Pommerellen mitsamt Verbleib Danzigs bei Polen sowie strikter Verzicht auf weitere Annexionen; entsprechend etwa Preußens Gebietsgewinn bei der 1. Teilung Polens 1772 oder auch der durch Napoleon 1806 bewirkten preußischen Ostgrenze?) klüger gewesen.

Preußens König Friedrich II. äußerte sich nämlich kurz vor der 1. Teilung Polens selbst einmal derart (1771): "Polnisch-Preußen würde die Mühe lohnen, selbst wenn Danzig nicht inbegriffen wäre. Denn wir hätten die Weichsel und die freie Verbindung mit dem Königreiche." (Und Danzig kam erst 1973 zu Preußen.)

Selbst wenn eine derartige preußische Selbstbegrenzung die russischen und österreichischen Begierden nicht gebremst hätte, wäre Preußen so dennoch nicht derart zum Objekt polnischen Zorns geworden wie es dies in der Folgezeit faktisch wurde...

Eine beschränkte territoriale Verkleinerung eines Staates stößt im allgemeinen auf längere Sicht (zumeist) eher auf Akzeptanz als dessen völlige Auflösung und Aufteilung.

Eine solche Problemlösung lag jedoch offenbar nicht im Denkhorizont der feudalaristokratischen Politik des späten 18. Jh.

Österreich und Preußen: 1. Hälfte des 19. Jh.

Österreich und Preußen

2. und 3. Koalitionskrieg gegen das revolutionäre Frankreich

Der (erfolglose) [Zweite Koalitionskrieg](#) Österreichs und Russlands (sowie im Hintergrund Großbritanniens) gegen Frankreich (Preußen blieb nun neutral) wurde 1801 mit dem Frieden von Lunéville beendet, in dem der Habsburger-Kaiser Franz II. als Oberhaupt des Heiligen Römischen Reiches der Abtretung sämtlicher linksrheinischen Reichsgebiete an Frankreich zustimmte.

Die Friedensvereinbarungen von Basel mit Preußen 1795, Campo Formio mit Österreich 1797 und Lunéville 1801 mit dem Heiligen Römischen Reich führten zur Einberufung einer Reichsdeputation, die einen Plan zur territorialen Entschädigung der größeren Länder des Reiches ausarbeiten sollte. Diese Deputation nahm schließlich den französisch-österreichischen Entschädigungsplan vom Juni 1802 an. Der hierauf basierende [Reichsdeputationshauptschluss](#) wurde vom Reichstag 1803 verabschiedet:

Als Entschädigungsmasse für die größeren Reichsländer wurden fast sämtliche Reichsstädte, die kleineren weltlichen Länder und fast alle geistlichen Hoch- und Erzstifte bestimmt.

Insgesamt kostete dieser Reichsdeputationshauptschluss 110 Territorien die Existenz und rund drei Millionen Menschen wurden einer neuen Obrigkeit unterstellt.

Gewinner dieser Vorgänge waren die süddeutschen Länder Bayern, Württemberg und Baden. Dadurch schuf sich Frankreich deutsche Satellitenstaaten, die zwar groß genug waren, um dem Kaiser Schwierigkeiten zu machen, aber zu klein, um die Position Frankreichs zu gefährden.

Im Mai 1804 ließ sich [Napoleon](#) zum erblichen Kaiser der Franzosen bestimmen. Damit wollte er sowohl seine Macht festigen, als auch das Erbe des fränkischen Königs Karls des Großen - seit 800 auch Römischer Kaiser - dazu benutzen, seinem eigenen (soeben gerade neu geschaffenen) erblichen Kaisertum eine in der Tradition des Mittelalters stehende Legitimation verschaffen...

Dazu reiste er im September 1804 nach Aachen und besuchte Dom und Grab Karls des Großen. Anschließend forderte Napoleon vom Habsburger Kaiser in einer geheimen Note sowie per Ultimatum die Anerkennung seines Kaisertums, im Gegenzug dazu werde er [Franz II.](#) als *Empereur héréditaire d'Autriche*, d. h. als *Erbkaiser Österreichs* anerkennen.

Franz lenkte ein und nahm zusätzlich zu seinem Titel als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Titel und Würde eines erblichen Kaisers von Österreich an..

Im [Dritten Koalitionskrieg](#) marschierte Napoleons Armee - durch bayerische, württembergische sowie badische Truppen verstärkt - auf Österreichs Hauptstadt Wien zu, - und im Dezember 1805 siegten seine Truppen in der [Dreikaiserschlacht](#) bei [Austerlitz](#) über Russen und Österreicher, während Preußen erneut neutral blieb - und sich damit politisch isolierte....

Durch Vortäuschen von Unordnung und fehlendem Kampfeswillen in seiner Armee war es Napoleon gelungen, die zwar verbündeten, aber äußerst mangelhaft kooperierenden Österreicher und Russen irrezuführen und zu besiegen. - Nach diesem Sieg Napoleons waren die Russen zum Rückzug gezwungen - und Österreichs Kaiser musste mit Napoleon den Frieden aushandeln.

Der darauffolgende [Frieden von Preßburg](#) - Kaiser Franz II. und Russlands Zar Alexander I. von Napoleon diktiert - beinhaltete die Ausstattung von Napoleons Satelliten Bayern, Württemberg und Baden mit voller Souveränität (also ranggleich mit Österreich und Preußen).

Ein Jahr darauf gründeten diese und einige weitere Länder des Heiligen Römischen Reiches

unter Napoleons Federführung in Paris den Rheinbund (als Bund deutscher Satellitenstaaten Frankreichs).

Im Frieden von Preßburg musste Österreich zudem große Gebiete an Napoleons Satelliten abtreten: Tirol und Vorarlberg an Bayern, Freiburg an Baden, sowie Gebiete am Neckar an Württemberg.

Im Sommer 1806 zwang Napoleon dem Habsburger Kaiser Franz II. per Ultimatum die Abdankung als Kaiser des Heiligen Römischen Reiches auf, das so durch Franz' II. entsprechenden Verzicht sein Ende fand.

Noch schlimmer als 1805 kam es für Österreich nach einer weiteren Niederlage gegen Napoleons Truppen 1809 im [Frieden von Schönbrunn](#), wo es neben dem soeben erst erworbenen [Salzburg](#) an Bayern auch die Gebiete an der [Adriaküste](#) an Frankreich (welches hieraus die [Illyrischen Provinzen](#) bildete) abtreten musste - und so zu einem Binnenstaat wurde; der 1811 wegen Überschuldung sogar den [Staatsbankrott](#) anmelden musste. Ebenfalls verlor Österreich das in der dritten Teilung Polens 1795 gewonnene und bis vor Warschau reichende "Westgalizien".

Preußens Niederlage gegen Napoleon 1806

Als **1806** Verhandlungen mit Frankreich und Großbritannien über die Aufteilung der Machtsphären in Nord-Deutschland scheiterten, kam es erneut zum Krieg: In der **Doppelschlacht von Jena und Auerstedt** erlitt Preußen eine vernichtende Niederlage gegen die Truppen [Napoleons I.](#)

Zur Vorgeschichte der Schlacht von Jena und Auerstedt:

Durch die 1803 erfolgte (und von Frankreich unterstützte) Annexion des (dynastisch mit Großbritannien verbundenen und politisch gegen Napoleon agierenden) Kurfürstentums Braunschweig-Lüneburg (Hannover) an Preußen schien eine Annäherung Preußens und Frankreichs greifbar.

Doch im Mai 1806 begonnene Verhandlungen zwischen Großbritannien und Frankreich scheiterten am Widerstand Preußens gegen eine von Napoleon vorgeschlagene Aufteilung Norddeutschlands (Preußens König [Friedrich Wilhelm III.](#) solle Kaiser über dessen Staaten werden, aber dafür auf Hannover wieder verzichten).

Preußens Ultimatum vom August 1806, Napoleon solle seine Truppen bis zum Oktober über den Rhein zurückführen, veranlassten diesen schließlich zum Handeln.

Zu den Vorbedingungen der Schlacht von Jena und Auerstedt:

Die [preußische Armee](#) hatte sich seit den [Schlesischen Kriegen](#) (1740-63) nicht wesentlich weiterentwickelt:

--> Sie teilte die Truppen erst kurz vor einer Schlacht in [Divisionen](#) ein und war auch an das Zusammenspiel zwischen modernem [Generalstab](#) und Operationsführung nicht gewöhnt.

--> Zudem besaßen in Preußen die Offiziere der jüngeren Generation im Heer nur wenig Einfluss.

--> Auch die Ausrüstung bzw. die Waffen war(en) mangelhaft, da an vielem gespart wurde.

--> Zudem waren ein großer Teil der preußischen Soldaten Nicht-Preußen bzw. Ausländer - und daher in schwierigen Situationen wenig motiviert, sondern desertionsgeneigt...

Hingegen war festzustellen:

--> Das ursprünglich in der französischen Republik ab 1792 im Zuge der "levée en masse" gegen die Intervention der europäischen Monarchien (1. Koalitionskrieg) entstandene napoleonische Heer war kriegserfahren und durch vorangegangene Siege hoch motiviert.

--> Es bestand aus jährlich ausgehobenen Wehrpflichtigen, obwohl Napoleon mit Rücksicht auf das französische Großbürgertum (Notabeln), das seine Herrschaft stützte, zahlreiche Befreiungen von der Wehrpflicht gestattete, die an die "Exemtionen" (Herausnahmen aus der Wehrpflicht)

des preußischen Kantonsystems erinnerten.

--> Taktisch waren Napoleons Truppen-Einheiten flexibel bzw. überaus beweglich.

Zur Schlacht von Jena und Auerstedt und ihren Folgen:

Preußens Armee erlitt eine schwere Niederlage gegen Napoleons Truppen gleichzeitig bei Jena und bei Auerstedt.

Hauptursache der preußischen Niederlage waren die **Unentschlossenheit des Königs** Friedrich Wilhelm III. **und des Herzogs von Braunschweig**, die sich beide **gegenseitig die Verantwortung zuschoben** und so auf das Handeln des je Anderen warteten; des weiteren auch die **Rivalitäten** und Allüren der das Heer führenden preußischen **Generäle. Napoleon hatte die preußische Unentschlossenheit richtig eingeschätzt** und koordinierte seine offensiv vorgehenden Armeekorps, die unter dem Befehl junger und kriegserfahrener Marschälle standen - also das ganze Gegenteil zur preußischen Generalität und Kriegsführung...

Diese Niederlagen waren zwar bitter für Preußens Armee, doch sie allein führten noch nicht zur Katastrophe. Die Katastrophe begann erst, als große Teile des preußischen Heeres auf dem Rückzug desertierten, - und als zahlreiche preußische Festungen vor den anrückenden Truppen Napoleons kampfflos kapitulierten; ferner, dass viele preußische Beamte in den jetzt französisch besetzten Gebieten Napoleon einen Loyalitätseid schworen...

König Friedrich Wilhelm III. flüchtete samt Familie nach [Ostpreußen](#), - und Napoleon zog am 27. Oktober 1806 triumphierend als Sieger in Berlin ein, von großen Teilen der dortigen Bevölkerung sogar bejubelt.

Die Niederlage bei Jena und Auerstedt stellte zugleich den Untergang des bisherigen preußischen Staates dar, wie es ihn bis zu diesem Zeitpunkt gegeben hatte:

Preußen verlor 1807 im [Frieden von Tilsit](#) seinen Status als Großmacht, sowie ca. die Hälfte seines Gebietes, nämlich sämtliche Gebiete westlich der Elbe sowie alle Gebiete, die es aus der zweiten und dritten Teilung Polens erhalten hatte.

Darüber hinaus musste Preußen über mehrere Jahre hinweg hohe Entschädigungen an Frankreich zahlen, sein Heer auf 20% der früheren Stärke (42.000 Mann) verkleinern - und ebenfalls für mehrere Jahre in zahlreichen Festungen eine französische Besatzung akzeptieren. Ferner musste es ein Bündnis mit [Frankreich](#) eingehen und Napoleon in dessen Kriegen Heerfolge leisten (d. h. Soldaten für ihn bereitstellen).

Preußen (schon vor der Niederlage 1806 nur die mit Abstand kleinste der fünf europäischen Großmächte) war 1807 nur noch ein in Größe und Funktion zusammengeschrumpfter Pufferstaat ohne Großmacht-Status.

Diese unhaltbaren Friedensbedingungen bewirkten aber eine Erneuerung des Staates mit dem Ziel, Preußen als Großmacht wieder herzustellen. Dazu jedoch musste es sich reformieren, um einen Befreiungskampf überhaupt führen zu können!

In den [Stein-Hardenbergschen Reformen](#) unter Leitung von [Freiherr vom Stein](#), [Scharnhorst](#) und [Hardenberg](#) wurden das Staatswesen (v. a. die Verwaltung) und die Armee (v. a. die Rekrutierung von Soldaten) in einem von vielen internen Auseinandersetzungen und Blockaden geprägten Prozess modernisiert.

Weitere entscheidende staatliche Reformen waren:

--> 1807 Aufhebung der Erbuntertänigkeit bzw. [Leibeigenschaft](#) der Bauern

--> 1808 Einführung der [Selbstverwaltung der Städte](#)

--> 1810 Einführung der [Gewerbefreiheit](#).

--> 1811 Einführung des Rechts der Bauern, den von ihnen bewirtschafteten und bewohnten Grund aus der Verfügungsgewalt der adeligen Grundherren freizukaufen.

Und der aus Rom zurückberufene Gesandte [Wilhelm von Humboldt](#) gestaltete das Bildungswesen neu und gründete 1809 die erste [Berliner Universität](#), die heute seinen Namen trägt.

Für die Einwohner Preußens ging das feudale Mittelalter letztlich erst mit diesen Reformen zu Ende.

Die Grundausrüstung des modernen Staates wurde jetzt eingeführt, nämlich: Kommunale Selbstverwaltung, Gewerbefreiheit, Einkommensteuer, Wehrpflicht.

Die Reformen bewerkstelligten den Übergang zur modernen Marktgesellschaft mit freiem Arbeits- und Kapitalmarkt bzw. mit freiem ökonomischem Wettbewerb.

Allerdings waren diese Reformen unvollständig:

--> Insbesondere die vom König seiner Bevölkerung während der Befreiungskriege 1813 versprochene Landes-Verfassung wurde nicht eingeführt.

--> Die ökonomische und politische Macht der ostelbischen Großgrundbesitzer blieb auch nach der Bauernbefreiung von 1807/1811 fortbestehen; denn den Großgrundbesitzern wurden nun billige Lohnarbeiter oder "Tagelöhner" (als "Gesinde", s. u.) aus der Landbevölkerung zugeführt, deren Arbeitskraft sie für die wirtschaftliche Modernisierung nach Gutdünken verschleißten konnten.

Der preußische König Friedrich Wilhelm III. sah zwar durchaus einen gewissen Reformbedarf, konnte/wollte sich aber nicht allzu drastisch gegen den Widerstand von Bürokraten und Junkern durchsetzen: Des Königs liebste Zeit sei die Bedenkzeit, spottete ein Berater Friedrich Wilhelms III.

Aber auch die internen politischen Interessengegensätze und Rivalitäten unter den Reformern (v. a. Stein vs. Hardenberg) wirkten sich z. T. hemmend und beeinträchtigend auf den Reformprozess aus: hier stießen "Gemäßigte" und "Radikale" aufeinander - bzw. Konservative und Liberale.

Und nach den endgültigen Siegen über Napoleon 1814/1815 ebnete der Reformimpuls in Preußen ab.

Spätestens mit dem Tode Hardenbergs 1822 war die Reformära zu Ende.

Dass der Hohenzollernstaat reformiert werden musste, stand für viele aus dem Kreis der Reformer auch schon lange vor der militärischen Niederlage gegen Napoleon von 1806 fest. Hatte in Frankreich die Revolution ab 1789 unvorhersehbare politische Energien freigesetzt, und hatte in Großbritannien seit der 2. Hälfte des 18. Jh. der industrielle Kapitalismus begonnen, - so herrschten in Preußen immer noch feudale Verhältnisse; denn:

Die zumeist adligen Rittergutsbesitzer waren auf ihren Ländereien Arbeitgeber, Polizei und Justiz zugleich, denn die staatliche Verwaltung und Justiz hatten hier keine Befugnisse.

So besaßen die Junker die Befugnis, ihr "Gesinde" (d. h. die ihnen untertänigen Bauern, usw.) zu allen möglichen Diensten zu verpflichten, sie zu züchtigen (Prügelstrafe - weiterhin auch nach der Bauernbefreiung von 1807/11!) - und sie ggfs. sogar (an andere Junker) zu verkaufen.

Kein Bauer durfte vor 1807/11 anbauen, was er wollte, oder vererben, an wen er wollte; - all diese Dinge bedurften der vorhergehenden ausdrücklichen Genehmigung seines Grundherrn.

Napoleons Niederlagen gegen Russland, Preußen und Österreich 1812-1814

Nach der Niederlage von Napoleons "Grande Armee" in Russland wurde im Dezember 1812 bei [Taurroggen](#) der Waffenstillstand zwischen Preußen und Russland vom preußischen Generalleutnant [Graf Yorck](#) und vom General der russischen Armee [Hans von Diebitsch](#) unterzeichnet.

Yorck handelte dabei aus eigener Initiative ohne Befehl seines Königs (d. h. als "Hochverräter"...).

Die Konvention von Taurroggen besagte, dass Yorck seine preußischen Truppen aus der Allianz mit der französischen Armee herauslösen sollte.

Dies war der entscheidende Impuls zum Ausbruch der **Freiheitskriege/Befreiungskriege** der

folgenden Jahre.

Als zudem im März 1813 in der [Schlesischen privilegierten Zeitung](#) König Friedrich Wilhelms III. Aufruf [An Mein Volk](#) zum Befreiungskampf gegen Napoleon aufrief, standen 300.000 preußische Soldaten (d. h. 6 Prozent der Gesamtbevölkerung) bereit (Ergebnis des "Krümper-Systems"). Mit den Befreiungskriegen wurde in Preußen offiziell die Allgemeine Wehrpflicht eingeführt.

Napoleon wurde von den vereinigten Armeen Russlands, Österreichs und Preußens im Oktober 1813 in der Völkerschlacht bei Leipzig vernichtend geschlagen.

Preußische Truppen unter Marschall [Blücher](#) und General [Gneisenau](#) trugen in der [Schlacht von Waterloo](#) 1815 entscheidend zum endgültigen britisch-preußischen Sieg über Napoléon bei.

Wiener Kongress 1814/15

Im September 1814 begann der Wiener Kongress zur politischen und territorialen Neuordnung Europas.

Napoleons kurzzeitige Rückkehr nach Frankreich 1815 (nach Abdankung April 1814 und erster Verbannung auf die italienische Insel Elba), die mit seiner endgültigen militärischen Niederlage gegen Briten und Preußen in der Schlacht bei Waterloo und seiner darauf folgenden Verbannung auf die entlegene britische Ozean-Insel St. Helena (wo er schon 6 Jahre später starb), änderte nichts an dieser Neuordnung, außer dass sie einige territoriale Zugeständnisse der Sieger an Frankreich im südwest-deutschen Raum zunichte machte. (Österreichs Staatskanzler Metternich gedachte sogar vorübergehend, das gesamte linke Rheinufer bei Frankreich zu belassen; er sah in Frankreich ein Gegengewicht zur kontinentalen Machtposition Russlands.)

Der Wiener Kongress war eine extrem teure und verschwenderische Feier der europäischen Eliten: Kosten ca. 10 Millionen Gulden.

Habsburgs Herrscher und sein Machtapparat ließen ihn durch den Bürgern und Bauern Österreichs zusätzlich abgepresste Steuermittel finanzieren.

Dennoch bejubelten Tausende im durch Massenarmut und elendsbedingte Krankheiten gebeutelten Wien die geladenen ausländischen "hohen Staatsgäste", um sich in deren vermeintlichen Ruhm "sonnen" zu können...

Nach dem Wiener Kongress war der territoriale Umfang **Österreichs** wieder im Großen und Ganzen wie vor den Kriegen hergestellt.

Auf die abgelegenen [österreichischen Niederlande](#) sowie [Vorderösterreich](#) (Gebiete in Südwest-Deutschland) wurde zwar verzichtet, dafür aber im Gegenzug [Salzburg](#) und das [Innviertel](#) für Österreich erworben.

Es gab aber bis fast zu Ende des Kongresses den Plan, Salzburg und das Innviertel bei [Bayern](#) zu belassen und dafür ein neues Vorderösterreich zu schaffen, das die heutigen Gebiete [Rhein Hessen](#), die [Pfalz](#) und das [Saarland](#) umfasst hätte - und territorial wiederum von Österreich getrennt gewesen wäre. - Darauf wurde aber zugunsten der staatlichen Geschlossenheit Österreichs verzichtet.

In [Norditalien](#) wurde das Gebiet bis zum Fluss [Po](#) direkt Österreich unterstellt:

Aus den Gebieten des Herzogtums [Mailand](#) und der ehemaligen [Republik Venedig](#) wurde das [Königreich Lombardo-Venetien](#) geschaffen; und in Mittelitalien, d. h. in den Herzogtümern [Parma](#), [Modena](#) und [Toskana](#) herrschten habsburgische Nebenlinien ([Sekundogenituren](#)).

Preußen erhielt ebenso den Großteil seines alten Staatsgebietes zurück. Neu hinzu kamen noch der Rest Schwedisch-[Vorpommerns](#), der nördliche Teil des Königreichs [Sachsen](#), die [Provinz Westfalen](#) und die [Rheinprovinz](#).

In den neuen Provinzen im Westen entstanden in [Koblenz](#), [Köln](#) und [Minden](#) mächtige Festungen, gebaut zur Sicherung der preußischen Vormachtstellung.

Preußen behielt zwar die zuvor polnische [Provinz Posen](#), verlor jedoch Gebiete der zweiten und der dritten Teilung Polens an Russland.

Das Königreich Preußen bestand seitdem aus zwei großen, aber räumlich getrennten Länderblöcken in Ost- und Westdeutschland. **Preußen wurde Mitglied des [Deutschen Bundes](#).**

1815 wurde dieser [Deutsche Bund](#) als ein Bund von 38 souveränen deutschen Einzel-Staaten mit dem Bundestag in Frankfurt und unter dem ständigen Vorsitz (d. h. aber: unter der politischen **Vorherrschaft**) **Österreichs** als Nachfolger des [Heiligen Römischen Reiches](#) gegründet.

Auch nach 1815 war **Preußen** wieder die mit Abstand kleinste der 5 europäischen Großmächte, - es trachtete daher lange Zeit (bis zum Krimkrieg von 1854, in welchem es sich neutral verhielt) danach, sich aufgrund **relativ geringer eigener Macht** mit den anderen Großmächten politisch möglichst gut zu stellen:

So vermied es einerseits, Großbritannien durch Beteiligung an irgendwelchen internationalen Krisen zu provozieren, und es wich andererseits jedem Konflikt mit Österreich aus; aber auch gegenüber Frankreich verhielt es sich zurückhaltend/unauffällig.

V. a. war Preußen bemüht, Russland (seinen Retter vor staatlicher Vernichtung 1806) zu besänftigen:

Preußen anerkannte den Vorrang Russlands als Leitsatz der eigenen (preußischen) Außenpolitik - in der Erinnerung daran, dass sein Schicksal 1806-1812 in russischen Händen gelegen hatte. Daher unterließ Preußen absolut alles, was das Missfallen Russlands hätte hervorrufen können - und bediente strikt dessen Interessen:

De facto verhielt sich Preußen in den Jahren 1815-1854 teilweise wie ein Satellitenstaat Russlands.

Das während der Freiheitskriege seinem Volk gegebene Versprechen, dem Land eine Verfassung zu geben, löste Friedrich Wilhelm III. nie ein, - nicht zuletzt deshalb, weil der russische Zar eine Verfassung als für die Monarchie gefährlich entschieden abgelehnt hatte und auf einen entsprechenden Nachvollzug seitens des preußischen Königs bestand!

Anders als in den meisten übrigen deutschen Staaten wurde in Preußen somit keine Volksvertretung für den Gesamtstaat geschaffen, sondern nur [Provinzial-Landtage](#) einberufen.

Preußens Regierung glaubte, auf diese Weise liberale Bestrebungen nach konstitutioneller Monarchie und demokratischen Mitwirkungsrechten verhindern (und den faktisch in Deutschland mitregierenden russischen Zaren zufrieden stellen!) zu können.

Heilige Allianz und Karlsbader Beschlüsse

Zugleich wurde auf dem Wiener Kongress auf Betreiben von Österreichs Staatskanzler [Metternich](#) zwischen Russland, Österreich und Preußen die [Heilige Allianz](#) geschlossen, die die politische "Stabilität" in Europa (gegen jeglichen aufkommenden politischen Liberalismus und Nationalismus sowie gegen alle möglichen damit verbundenen Revolutionen) schützen sollte.

Fast alle europäischen Staaten traten dieser bei, außer Großbritannien (das in dieser Zeit in Südamerika das Selbstbestimmungsrecht der Völker gegen die ehemalige Kolonialmacht Spanien verfocht...) sowie dem Vatikan (der das Konfessionsübergreifende dieser allgemein am Christentum orientierten Allianz ablehnte).

Alles sollte wieder so werden, wie es in der Zeit vor Napoleon und vor der Französischen Revolution einmal war:

Die Monarchen und der Adel sollten (aufgrund "angeborenen legitimen Herrschaftsrechtes") **wieder über das "niedere" Volk herrschen - und letzteres ersterem klaglos dienen,**

diszipliniert bzw. gefügig gehalten durch die **christliche Religion als Grundlage der gottgewollten Ordnung.**

Dazu sollten sich die (von Gottes Gnaden herrschenden) Monarchen mittels ihrer "Heiligen Allianz" gegenseitig solidarisch gegen liberale oder nationale "Demagogen und Aufrührer" unterstützen.

Die hierauf zielenden **Karlsbader Beschlüsse** waren Resultat von Ministerialkonferenzen vom [August 1819](#) in Karlsbad; sie beinhalteten Maßnahmen zur Bekämpfung [liberaler](#) und [nationaler](#) (für den Vielvölkerstaat Österreich problematische!) Tendenzen im nach-napoleonischen Deutschland.

Anlass für die Karlsbader Beschlüsse war die an deutschen Herrscher-Höfen generell vorherrschende Revolutionsangst (Angst vor bürgerlichen, liberalen, nationalen Kräften). Auslöser und Rechtfertigungsgrund für die Karlsbader Beschlüsse war die (Metternich daher sehr gelegen gekommene) Ermordung des Schriftstellers und russischen Generalkonsuls [August von Kotzebue](#) im März 1819 durch [Karl Ludwig Sand](#), einen Theologiestudenten und [Burschenschaftler](#).

Gemäß den Karlsbader Beschlüssen sah der Staat liberale Ideen als [Volksverhetzung](#), und er verfolgte die Träger dieser Ideen als sog. [Demagogen](#). (Diese "**Demagogenverfolgung**" fand besonders intensiv in [Preußen](#) statt. - "Demagogenverfolgung" bedeutete konkret: Presse- und Buch-Zensur sowie Bespitzelung und polizeiliche Verfolgung Verdächtigter...

Betroffen durch Verfolgung und Inhaftierung waren z.B. [Ernst Moritz Arndt](#), [Karl Marx](#), [Heinrich Hoffmann von Fallersleben](#), [Georg Büchner](#).)

Nach der die liberalen Kräfte auch in Deutschland stärkenden [Julirevolution in Frankreich 1830](#) (Sturz des restaurativen Bourbonenkönigs Ludwig XVIII. und Inthronisation des liberaleren [und ebenfalls Bourbonen!] "Bürgerkönigs" Ludwig Philipp) sowie dem demokratischen [Hambacher Fest](#) 1832 wurde die Metternichsche "Demagogenverfolgung" 1832 noch einmal erneuert, - und erst mit der Revolution 1848 wurden die Karlsbader Beschlüsse vom Frankfurter [Deutschen Bundestag](#) gänzlich abgeschafft.

Unter Fürst Metternich übernahm **Österreich** (bis zur Revolution von 1848) eine führende Rolle in der Bekämpfung liberaler und auch national-staatlicher Bestrebungen - bedrohte doch jede Nationalbewegung (z. B. die der Ungarn) - sowohl im österreichischen Herrschaftsgebiet als auch im Deutschen Bund (z. B. die der Polen in Preußen) - den Vielvölkerstaat der Habsburger!

Dem Bestreben der königlichen Regierung **Preußens**, Liberalismus, Demokratie und die Idee der Einigung Deutschlands zu bekämpfen, standen jedoch ökonomische Zwänge entgegen: Aufgrund der Zweiteilung des preußischen Staatsgebiets lag die wirtschaftliche Einigung Deutschlands nach 1815 in Preußens ureigenem Interesse. Das Königreich gehörte daher zu den treibenden Kräften des [Deutschen Zollvereins](#), dessen Mitglied es 1834 wurde.

Durch den Erfolg des Zollvereins setzten immer mehr Befürworter der deutschen Einigung ihre Hoffnungen darauf, dass Preußen Österreich als Führungsmacht des Bundes ablösen werde. Die preußische Regierung jedoch wollte sich (noch) nicht (gegen Österreich) für die politische Einigung Deutschlands engagieren.

Preußen blieb auch in den Jahrzehnten nach dem Sieg über Napoleon ein **Zwitterstaat**: **Einerseits** entwickelte sich Preußen in der Industrialisierung zur führenden Wirtschaftsmacht unter den deutschen Staaten (dabei auch den Rivalen Österreich überflügelnd);

andererseits verharrte es in Gestalt seiner reaktionären Monarchen und in der Machtstellung des ostelbischen Junkertums in politischer Rückständigkeit.

Die Zwiespältigkeit Preußens besaß in seinem **sich industrialisierenden Westen** (Rheinland und Westfalen) und in seinem **agrarisches beschränkten Osten** (Pommern, Schlesien, Ostpreußen) ihre geographische und sozialstrukturelle Entsprechung.

Die Hoffnungen, die der Regierungsantritt [Friedrich Wilhelms IV.](#) (1840–1861) bei [Liberalen](#) und Anhängern der deutschen Einigung zunächst geweckt hatte, wurden bald enttäuscht. Auch der neue König machte aus seiner Abneigung gegen Verfassung und Parlament keinen Hehl.

Revolution 1848

1848 brachen in mehreren Ländern Europas (Frankreich, Italien und in den Ländern des Deutschen Bundes)

bürgerliche Erhebungen und Aufstände gegen die zu der Zeit noch herrschenden politischen Mächte der monarchisch-aristokratischen Reaktion aus - mit Forderungen nach parlamentarischen und demokratischen Reformen samt einer Verfassung - und im deutschen Raum auch : nach nationaler, staatlicher Vereinigung.

Nach den Volkserhebungen in Südwestdeutschland erreichte die Revolution im März 1848 auch **Preußen**. König Friedrich Wilhelm IV., der zunächst noch auf die Aufständischen hatte schießen lassen, ließ seine Truppen aus der Hauptstadt Berlin zurückziehen und schien sich sogar den Forderungen der Revolutionäre zu beugen, - er wollte sie nämlich taktisch in Verhandlungen hineinmanövrieren, um in der Hoffnung auf ein Scheitern der Revolution Zeit zur vollständigen Wiederherstellung seiner Macht zu gewinnen.

In Berlin trat ein Vereinigter Landtag zusammen, um die Einberufung einer künftigen preußischen Nationalversammlung zu beschließen, die auch von Mai bis September 1848 tagte.

Dieser Nationalversammlung war von der Krone die Aufgabe zugedacht worden, mit ihr gemeinsam eine Verfassung auszuarbeiten. Die Nationalversammlung stimmte dem Regierungsentwurf für eine Verfassung jedoch nicht zu, sondern arbeitete mit der [Charte Waldeck](#) einen eigenen Entwurf aus.

Auch die Verfassungspolitik der preußischen Nationalversammlung führte zur Gegenrevolution, d. h. zum Scheitern der Revolution: nämlich zur Auflösung der Nationalversammlung und zur Einführung einer aufgezwungenen bzw. oktroyierten Verfassung seitens der Krone im Dezember 1848.

Diese Verfassung stellte den Vorrang der Krone durch absolutes (statt nur aufschiebendes) Veto des Königs wieder her und ersetzte das allgemeine und gleiche Wahlrecht durch das (noch bis Ende 1918 geltende) Dreiklassenwahlrecht: Die nach dem Steueraufkommen gebildeten Wählerklassen stellten jeweils ein Drittel der Wahlmänner, sodass der politische Einfluss der wohlhabenden (und konservativen) Wähler um ein vielfaches größer war, als das der ärmeren Wählergruppen.

Im März 1848 verlangten in **Österreich** verschiedene revolutionäre Gruppen des Bürgertums in Petitionen Pressefreiheit, öffentliche Geschworenengerichte und akademische Freiheiten. Anschließend Demonstrationen wurden jedoch vom Militär blutig niedergeschlagen; in Wien kam es daraufhin zu Aufständen - und Staatskanzler Metternich wurde entlassen und floh nach England.

Zentren der Revolution im Habsburgerreich waren neben Wien und Prag auch Mailand und v. a. Budapest.

Die Zensur in Österreich wurde aufgehoben, und es wurden Pressefreiheit und eine geschriebene Verfassung zugesichert.

Zugleich aber begann die staatliche Reaktion (v. a. in Italien), die revolutionären Aufstände militärisch niederzuwerfen.

Gefährlicher für das Kaisertum war die Revolution in Ungarn, wo der Reichstag im Oktober bereits die Habsburger abgesetzt hatte und [Lajos Kossuth](#) als de-facto-[Präsident](#) agierte und eine Armee aufstellte. Letztlich konnten sich die Habsburger nur dank massiver russischer Militärinterventions sowie dem Einsatz kroatischer Verbände unter [Banus Jellačić](#), die eine Unterdrückung Kroatiens durch die Ungarn stärker ablehnten als die Herrschaft der Habsburger, halten.

Als sich in Wien kaiserliche Truppen weigerten, nach Ungarn zu marschieren, und von den aufgebrachtten Bürgern hierin unterstützt wurden, brachen heftige Kämpfe aus.

Ungarn konnte nur mit Hilfe Russlands zurückerobert werden (was Wien Russland aber in den folgenden Krisenjahren - im Krimkrieg 1854-56 - nicht danken sollte, sodass es Russland als Verbündeten schließlich auf Dauer verlor...)

Schließlich aber wurden der [Prager Pfingstaufstand](#) und dann der [Wiener Oktoberaufstand](#) von kaisertreuen Truppen blutig niedergeworfen; - 24 Revolutionäre wurden hingerichtet, die 1848er Revolution war auch in Österreich gescheitert.

Kaiser [Ferdinand I.](#) dankte im Dezember 1848 zugunsten seines Neffen Franz Joseph Karl ab, der als [Franz Joseph I.](#) den Thron bestieg.

Die 1848 ausgearbeitete Verfassung (mitsamt Bestimmungen über ein allgemeines und gleiches Wahlrecht zum Parlament) trat nicht mehr in Kraft...

Kaiser Franz Joseph I. zwang dem Reich stattdessen im März 1849 eine (oktrozierte) Verfassung auf, die aber schon 1851 wieder außer Kraft gesetzt wurde.

Wesentliche darin festgehaltene Freiheiten wurden jedoch durch Einengungen, wie die Abschaffung der Pressefreiheit, wieder zunichte gemacht.

Die oktrozierte Verfassung wird allgemein als bloßes Täuschungs- und Beschwichtigungs-Manöver bewertet, hatte doch Kaiser Franz Joseph am 26. August 1851 an seine Mutter [Sophie](#) geschrieben:

„Ein großer Schritt ist geschehen. Wir haben das [Konstitutionelle](#) über Bord geworfen, und Österreich hat nur mehr einen Herrn. Jetzt aber muß noch fleißig gearbeitet werden.“

Während der [Reaktionsära bis 1859](#) regierte der Kaiser allein (sog. [Neoabsolutismus](#)).

Die 1848er Revolution war aber auch in **Deutschland als Ganzes** gescheitert, denn:

In der in Frankfurt gebildeten Nationalversammlung ("Paulskirchen-Versammlung") setzten sich 1848 zunächst noch die Befürworter eines [großdeutschen Nationalstaats](#) durch, die ein Reich unter Einschluss der deutschen Teile Österreichs vorsahen.

Da Österreich aber nicht bereit war, auf seine nichtdeutschen Landesteile zu verzichten, sondern diese mit in ein zu schaffendes Reich einzubringen verlangte, wurde schließlich die [Kleindeutsche Lösung](#) beschlossen, d. h. eine Einigung unter Preußens Führung.

Ein großdeutscher Nationalstaat mit 70 Millionen Einwohnern hätte jedoch auch den europäischen Großmächten Frankreich, England und Russland nicht zugesagt, weil er das 1815 gerade erst wieder hergestellte europäische Mächte-Gleichgewicht erneut zerstört hätte...

Die Deutsche Frage des 19. Jh. war nämlich zugleich auch ein europäisches Problem, bei dem v. a. die außenpolitischen Interessen dieser drei Großmächte berührt wurden - und dessen Lösung daher auch gar nicht gegen Frankreich, England und Russland zu erzwingen gewesen wäre...

Demokratie und kleindeutsche Einheit scheiterten aber 1849, als Preußens König Friedrich Wilhelm IV. die ihm von Frankfurts Nationalversammlung angetragene Kaiserkrone mit den Worten ablehnte: Er könne diese "schmutzige", weil nur von Bürgerlichen statt von Gottes Gnaden gewährte, Krone nicht akzeptieren.

Die 1848er-Revolution wurde in Südwestdeutschland (d. h. v. a. in Baden) mit Hilfe preußischer

Truppen endgültig niedergeschlagen.

In Preußen selbst hatte die Revolution nur in bestimmten Gebieten Zulauf und Unterstützung gehabt: in den Städten und im Rheinland, nicht jedoch auf dem Lande (und schon gar nicht im gutsherrlich geprägten bzw. von den Junkern beherrschten Ostelbien).

Preußens Weg in den Militarismus der späteren Jahre war mit dieser Niederschlagung der liberalen bzw. parlamentarischen Kräfte der "1848er" vorgezeichnet.

Auf seine Armee konnte sich König Friedrich Wilhelm IV. verlassen: über zwei Drittel der Offiziere und darunter fast alle Generale waren Adlige, - und die unteren Chargen waren ihren Befehlshabern nach Abschaffung v. a. der brutalen Prügelstrafe gehorsam.

So konnte Friedrich Wilhelm seine Soldaten 1849 gegen politische Reformforderungen aus der Bevölkerung einsetzen - gemäß dem berüchtigten (vom General v. Wrangel formulierten)

Leitsatz: "**Gegen Demokraten helfen nur Soldaten**".

Österreich und Preußen: 2. Hälfte des 19.Jh.

Österreich und Preußen 1849 - 1866/1871

Zur Lage Preußens

Nach der niedergeschlagenen Revolution versuchte Preußen erneut eine "kleindeutsche Lösung", also eine Einigung der deutschen Staaten unter Preußens Führung und unter Ausschluss Österreichs.

Gründe hierfür dürften auch gewesen sein, dass Preußens Rivale Österreich jegliche deutsche Einigung strikt ablehnte, und dass Preußen Österreich wirtschaftlich (industriell) allmählich zu überrunden begann.

Im Mai 1849 wurde so in Erfurt ein **Dreikönigsbündnis** (auch **Erfurter Union** genannt) zwischen [Preußen](#), [Hannover](#) und [Sachsen](#) geschlossen. Bündnis-Ziel war die **Vereinigung aller deutschen Fürsten unter Ausschluss Österreichs**.

Im Sommer [1849](#) hatten sich außer [Bayern](#) und [Württemberg](#) alle deutschen Fürsten der "Erfurter Union" angeschlossen (insgesamt 27 Staaten).

In bürgerlich-liberalen Kreisen aber stießen diese Aktivitäten aufgrund fehlender Demokratie der "Union" auf Ablehnung.

Die "Union" wurde aber nach massivem österreichischem und russischem Druck im [November 1850](#) mit der zwischen Österreich, Russland und Preußen ausgehandelten [Olmützer Punktation](#) wieder aufgegeben.

Russland hatte auf Seiten seines Verbündeten Österreich zulasten seines kleineren Verbündeten Preußen in die innerdeutsche Politik eingegriffen und diese so bestimmt!

Nachdem der Versuch [Preußens](#) gescheitert war, mit der [Erfurter Union](#) seine Vorherrschaft in Deutschland durchzusetzen, schloss es sich dem wiedergegründeten Deutschen Bund unter dem erneuerten Vorsitz Österreichs an.

Seine (zwangsweise erneuerte) [Zusammenarbeit](#) mit Österreich diente vor allem der [Niederhaltung jeglicher liberaler und demokratischer und auf die deutsche Einheit drängender Bewegungen](#), durch die es in erneute Schwierigkeiten (mitsamt politischem Ansehensverlust) hätte kommen können.

Mit dem Beginn der Prinzregentschaft Wilhelms 1858, seit 1861 König [Wilhelm I.](#), betrieb die preußische Monarchie auf die Festigung ihrer Macht gerichtete Politik, die mit der Einleitung der [preußischen Heeres-Reorganisation](#) und mit geringfügigen Zugeständnissen an das liberale [Großbürgertum](#) verbunden war.

Weshalb diese **Heeresreform**, die eine drastische **Aufrüstung** Preußens beinhaltete?

Unter Napoleon III. (1848-52 Staatspräsident, 1852-70 Kaiser) zielte die Außenpolitik Frankreichs auf die (gewaltsame) Infragestellung der 1815 hergestellten (territorialen) Ordnung der Großmächte, - durch ein Gegeneinander-Ausspielen ihrer Träger, d. h. insbesondere Österreichs und Russlands, - was im Krimkrieg von 1854-56 Frankreichs, Großbritanniens und des Osmanischen Reiches gegen Russland auch prompt gelang:

Österreich (1848 durch russische Truppen vor der ungarischen Revolution gerettet) forderte nämlich die Räumung der russisch besetzten Donaufürstentümer des Osmanischen Reiches, um sie sodann selber zu besetzen und sich selbst für neutral zu erklären, - und es handelte sich für diesen Verrat die fortdauernde Feindschaft Russlands ein...

Auch gegenüber Preußen wurde Frankreich mit seinem neu erwachten Interesse an der Annexion des (preußischen) Rheinlandes (sowie Luxemburgs und dem Süden Belgiens) zu einer sehr ernsthaften Bedrohung. Die Gefahr eines französischen Krieges gegen Preußen war deshalb durchaus eine reale Möglichkeit. - Dies wird erhärtet durch *Frankreichs Erwartung preußischer bzw. österreichischer Gebietsabtretungen an es im Zusammenhang mit dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866...*

Und auch das Verhältnis zwischen Preußen und Österreich war weiterhin durch Rivalität geprägt, die unter gegebenen Umständen ebenfalls zu einem Krieg führen konnte bzw. musste.

Zudem war die preußische Armee aus der Sicht der Staatsführung sowie sogar auch ausländischer Beobachter derzeit nur begrenzt einsatzfähig, weil personell, technisch und finanziell unzureichend ausgestattet. Daher schien die militärische Aufrüstung Preußens aus Sicht der Staatsführung letztlich unvermeidbar. (Aussage des Berliner Auslandskorrespondenten einer führenden britischen Zeitung von 1859: "Die preußische Armee ist bekannt dafür, nicht einsatzbereit zu sein.")

[König Wilhelm I.](#) strebte (mit Kriegsminister [Roon](#)) längere Dienstzeiten, intensivere Ausbildung und die Aufrüstung der [preußischen Armee](#) an.

Das Heer sollte künftig in Friedenszeiten nicht mehr 140.000 wie seit 1815, sondern 200.000 Soldaten umfassen, - bei 19 Millionen Einwohnern Preußens statt 11 Millionen 1815.

Zudem sollte die bürgerlich geprägte Landwehr abgebaut - und die Militärmacht Preußens allein auf die von adligen Offizieren geführte Armee gestützt werden, wodurch zugleich auch die (innerstaatliche) Macht von Krone und Adel gestärkt würde.

Die [liberale](#) Mehrheit des [Preußischen Landtags](#), dem das [Budgetrecht](#) zustand, wollte die dafür nötigen Gelder jedoch nicht bewilligen. Es kam zum [Verfassungskonflikt](#), in dessen Verlauf der König zuerst sogar seine [Abdankung](#) (zugunsten seines liberaler gesonnenen Sohnes Friedrich Wilhelm) erwog.

Als Ausweg entschloss der König sich dann jedoch (auf Anraten seines Kriegsministers Graf Roon), [Otto v. Bismarck](#) als Ministerpräsidenten zu berufen (1862).

Bismarck war ein vehementer Befürworter des königlichen Alleinherrschaftsanspruchs und regierte in den nun folgenden Jahren des "Heereskonflikts" gegen Verfassung und Parlament und auch ohne gesetzlichen Haushalt.

Mit dieser Heeresreform sollte also nicht nur die (außenpolitische) Militärmacht Preußen wieder hergestellt werden, sondern der König wollte nach der Revolution von 1848 zugleich auch die (innenpolitische) monarchische (und aristokratische) Macht sichern.

Das [preußische Abgeordnetenhaus](#), das als Mitinhaber des [Budgetrechts](#) auch über den Militäretat entscheidungsbefugt war, wollte dagegen die allgemeine Wehrpflicht gesetzlich von drei auf zwei Jahre begrenzt wissen, die Schwächung der Landwehr verhindern und die für die Heeresreform zu bewilligenden Gelder im ersten Budgetjahr von neun auf zwei Millionen Taler verringern (1860).

Dennoch bewilligte das Abgeordnetenhaus für das erste Jahr dieser Reform neun Millionen Taler *provisorisch*.

Im nächsten Jahr verlangte der König für die Heeresreform weitere fünf Millionen Taler und erhielt sie vom Abgeordnetenhaus ebenfalls wiederum *provisorisch* bewilligt.

Bei der Neuwahl des Abgeordnetenhauses im November 1861 spaltete sich ein Teil der liberalen Partei als „[Fortschrittspartei](#)“ ab. Die Fortschrittler setzten sich für die Verkürzung der Wehrpflicht und die Erhaltung der Landwehr ein.

Außerdem wollten die Fortschrittler die bestehende politische Machtverteilung in Preußen zugunsten des Abgeordnetenhauses verändern.

Um Zugriff auf die Einzelheiten der Heeresreform zu erhalten, beantragten sie die Detaillierung

des Haushaltsentwurfs. Sie erreichten damit aber gerade nicht ein Nachgeben des Königs, sondern nur den Rücktritt des als liberal geltenden Kabinetts.

Nach einer Auflösung des Abgeordnetenhauses und Neuwahlen wurden die Fortschrittler stärker. Sie verfügten jetzt über eine Zweidrittelmehrheit im Abgeordnetenhaus.

Die Abgeordneten der Fortschrittspartei forderten nicht nur die Begrenzung der Dienstpflicht auf zwei Jahre, sondern auch die Auflösung aller Regimenter, die im Zuge der Heeresreform neu aufgestellt worden waren.

Die Abgeordneten lehnten die beantragten sechs Millionen Taler für die Heeresverstärkung für das Jahr 1862 mehrheitlich ab.

Der König ernannte auf Vorschlag des Kriegsministers Roon Otto v. Bismarck im September 1862 zum preußischen Ministerpräsidenten - sowie kurz darauf auch zum Außenminister.

Bismarck wollte die Macht des Königs stärken und sich dem Parlament nicht beugen, - und er löste den Konflikt durch das Aufstellen folgender Frage:

'Wie soll ein derartiger Verfassungskonflikt zwischen Monarch und Parlament entschieden werden'.

Da die preußische Verfassung darauf keine Antwort gab, legte Bismarck dies als eine „Lücke in der Verfassung“ aus. In diesem Fall schloss er daraus, dass in verfassungsrechtlich ungeklärten Fällen im Zweifel allein derjenige die Machtbefugnis innehatte, der sich mit Hilfe des Militärs durchsetzen konnte, d. h. der Monarch.

Das Abgeordnetenhaus besaß nämlich keine alleinige Befugnis zur Entscheidung über den Etat: Denn nach der [preußischen Verfassung](#) wurde die gesetzgebende Gewalt gemeinsam durch den König und die zwei Parlamentskammern ausgeübt; und diese Bestimmung galt ausdrücklich für 'Staatshaushalts-Etats'.

Das Abgeordnetenhaus war daher nur eines von drei Verfassungsorganen, die die Gesetzgebungs-Hoheit ausübten (König, Herrenhaus, Abgeordnetenhaus).

Das Abgeordnetenhaus besaß gegenüber den anderen zwei Organen (v. a. gegenüber dem König) keinerlei Vorrechte und - war daher darauf verwiesen, in Verhandlungen mit König und Herrenhaus eine Einigung über strittige Gesetze herbeizuführen.

Bismarck regierte nach Ablehnung des Militärhaushalts durch die Liberalen ohne Budget, führte die Heeresreform durch und lenkte durch seine Außenpolitik vom Konflikt ab.

Seiner Meinung nach würden die Fragen dieser Zeit *nicht durch Reden und Majoritäts-Beschlüsse*, sondern durch [Eisen und Blut](#) gelöst.

Bei den Wahlen von 1863 erreichten die Liberalen zwei Drittel der Stimmen. Sie versuchten aber nicht, die Regierung zu stürzen, was aufgrund der fehlenden Massenbasis (in der Wählerschaft sowie gar in der Bevölkerung) ohnehin nicht möglich gewesen wäre, sondern kooperierten mit ihr - z. B. in der Wirtschaftspolitik.

Bismarck startete die deutsche Reichsgründung *von oben* und mit Hilfe des durch die Heeresreform in seiner Kampfkraft verstärkten, modernisierten Heeres. Durch seine Bemühungen um die deutsche Einheit konnte Bismarck zahlreiche Liberale (als "Nationalliberale", s. u.) gewinnen, denen die nationale Einheit wichtiger als Freiheit und Demokratie war.

Den Verfassungskonflikt löste Bismarck endgültig mit seinem Versöhnungsangebot an die Liberalen 1864 nach dem Sieg im [Deutsch-Dänischen Krieg](#) und 1866 im [Deutschen Krieg](#) Preußens mit Österreich um die Vorherrschaft in Deutschland.

In der [Indemnitätsvorlage](#) sollte das Parlament nachträglich den Haushalt der vergangenen Jahre legalisieren. Im Gegenzug wurde den Abgeordneten ein deutscher Nationalstaat, der de facto durch Bismarcks Politik ein Stück näher gekommen war, in Aussicht gestellt.

Die Indemnitätsvorlage wurde im September 1866 mit 230 zu 75 Stimmen angenommen, - und der Verfassungskonflikt war damit beendet...

Als Folge dieser Entscheidung spaltete sich eine neue Partei, die [Nationalliberale Partei](#), von der

[Fortschrittspartei](#) ab. Diese neue Partei unterstützte Bismarck in seiner nationalen Politik, während die alte Partei weiterhin in scharfer Opposition zum Ministerpräsidenten blieb.

Aus der Erkenntnis heraus, dass die preußische Krone nur dann Rückhalt in der Bevölkerung gewinnen könne, wenn sie sich klar an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung setzte, führte Bismarck Preußen in den Jahren zwischen 1864 und 1870 in drei Kriege, die Preußens König Wilhelm I. am Ende die deutsche Kaiserkrone einbrachten.

1. Einigungskrieg: Deutsch-Dänischer Krieg

Der Versuch der dänischen Regierung, mit der [Novemberversfassung](#) (und entgegen den Bestimmungen des [Londoner Protokolls](#) von 1852) das Herzogtum [Schleswig](#) unter Ausschluss des historisch bzw. dynastisch mit diesem verbundenen Herzogtums [Holsteins](#) stärker an das eigentliche Königreich Dänemark zu binden (unter der Losung "Dänemark bis zur Eider!" bzw. "Danmark til Ejderen!"), führte 1864 nicht nur zur strikten Missbilligung durch die Großmächte, v. a. Großbritanniens (da dies das außenpolitische Gleichgewicht der Staaten verletzte), sondern zum "Deutsch-Dänischen Krieg" Preußens und Österreichs gegen Dänemark, den letzteres verlor. Dänemark musste auf die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg verzichten, welche nun zunächst von Preußen und Österreich gemeinsam verwaltet wurden.

2. Einigungskrieg: Österreichisch-Preußischer Krieg

Bald nach Ende des Krieges mit Dänemark brach zwischen Österreich und Preußen Streit um die Verwaltung und die Zukunft Schleswig-Holsteins aus, da Preußen die Absicht verfolgte, dieses zu annektieren, während Österreich es zu einem selbständigen Land des Deutschen Bundes machen wollte.

Die tiefere Ursache des preußisch-österreichischen Konfliktes war jedoch das Ringen um die Vorherrschaft im Deutschen Bund.

Es gelang Bismarck, den aufgrund politischer Loyalität gegenüber Österreich lange zögernden preußischen König zum Krieg gegen Österreich zu überreden.

Auf der Seite Preußens trat neben einigen norddeutschen und thüringischen Kleinstaaten auch das (nun mit Frankreichs Unterstützung politisch geeinte) Königreich Italien in den Krieg ein, der als eine von Österreich gegen Preußen erwirkte Exekution des Deutschen Bundes gegen Preußen (wegen Preußens Annexion von Schleswig-Holstein) begann.

Österreich jedoch hatte 12 Jahre zuvor im Krimkrieg seinen alten schützenden Verbündeten Russland auf Dauer verprellt; seine süd- und mitteldeutschen Verbündeten im Krieg gegen Preußen waren militärisch insgesamt zu schwach für einen wirksamen Beistand.

Im [Österreichisch-Preußischen Krieg](#) errang Preußens Armee unter [General Helmuth von Moltke](#) im Juli 1866 in der [Schlacht von Königgrätz](#) den entscheidenden Sieg.

Im [Prager Frieden](#) vom August 1866 konnte Preußen seine Bedingungen diktieren und die [Annexion](#) des [Königreichs Hannover](#), des [Kurfürstentums Hessen-Kassel](#), des [Herzogtums Nassau](#), der [Freien Stadt Frankfurt](#) und ganz Schleswig-Holsteins durchsetzen.

Mit diesen Gebietserwerbungen waren nun fast alle preußischen Territorien miteinander verbunden. Der Deutsche Bund, der faktisch schon durch den Krieg zerfallen war, wurde auch formell aufgelöst.

Österreich schied aus Deutschland aus, - und es musste (wie zu Kriegsbeginn zwischen Preußen und Italien abgesprochen) Venetien an Preußens Verbündeten Italien abtreten.

Schon fünf Tage vor Friedensschluss hatte Preußen zusammen mit den Ländern nördlich der [Main-Linie](#) den [Norddeutschen Bund](#) gegründet. Anfangs ein reines Militärbündnis, gaben ihm die

Vertragsparteien 1867 eine Verfassung, die ihn zu einem von Preußen dominierten [Bundesstaat](#) machte.

Dessen von Bismarck entworfene Verfassung nahm in wesentlichen Punkten die Verfassung des [Deutschen Kaiserreiches](#) von 1871 vorweg. Die vorerst souverän bleibenden süddeutschen Staaten mussten militärische [Schutz- und Trutzbündnisse](#) mit Preußen eingehen; außerdem verblieben sie auch weiterhin im (noch bis 1919 bestehenden) Deutschen Zollverein.

3. Einigungskrieg: Deutsch-Französischer Krieg

Mit unverbindlichen und vagen Versprechungen, Luxemburg und Teile des preußischen Saargebiets und der bayerischen(!) Rheinpfalz eventuell [Frankreich](#) zu überlassen, hatte Bismarck Frankreichs Kaiser [Napoléon III.](#) 1866 dazu gebracht, seine Politik (bzw. seinen Krieg) gegen(über) [Österreich](#) stillschweigend zu dulden und sich neutral zu verhalten.

Zugleich hatte auch Österreich Frankreich im Falle eines Sieges gegen Preußen 1866 Teile der preußischen Rheinprovinz - zumindest als einen Satellitenstaat - in Aussicht gestellt.

So musste Napoleon III. 1866 glauben, in jedem Fall (also sowohl bei einem preußischen als auch bei einem österreichischen Sieg) vom Österreichisch-Preußischen Krieg territorial zu profitieren...

Nun aber sah sich Frankreich einem erstarkten Preußen gegenüber, das von früheren territorialen Zusagen an es überhaupt nichts mehr wissen wollte.

Auslöser des Deutsch-Französischen Krieges war der Streit um den Thronfolger in Spanien nach der 1868 in einer Revolution erfolgten Entmachtung der Königin Isabella; Spaniens Regierung benannte 1870 Prinz Leopold von Hohenzollern als Thronfolger.

Frankreichs Regierung befürchtete hierdurch (v. a. nach dem preußisch-österreichischen Krieg von 1866) einen noch weiteren Machtzuwachs des von der Hohenzollern-Dynastie regierten Preußen und eine damit verbundene preußische Einkreisung Frankreichs von Osten und Süden her, - und bestand daher auf "ewigen" Verzicht der Hohenzollern auf Spaniens Thron.

Preußens Ministerpräsident Otto v Bismarck sah in der Konfrontation mit Frankreich die zentrale Chance zur Einigung der nord- und süddeutschen Staaten unter Preußens Führung - und gab daher ein Telegramm, in welchem Preußens König Wilhelm I der französischen Forderung letztlich ausweichend zugestimmt hatte (sog. Emser Depesche), derart verfälscht an die Öffentlichkeit, dass der Allgemeinheit nun Glauben gemacht wurde, König Wilhelm habe die französische Forderung kategorisch abgelehnt!

Daraufhin erklärte Frankreich Preußen den Krieg, - in der Gewissheit, ihn zu gewinnen...

Für die süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt war dies der (noch 1866 vertraglich vereinbarte) Bündnisfall: sie schlossen sich Preußen im Krieg gegen Frankreich an.

Großbritannien war über ein (relativ) erstarktes Preußen als Gegengewicht zur Kontinentalmacht Frankreich zufrieden, - und Russland, das ca 15 Jahre vorher den Krimkrieg gegen Frankreich verloren hatte, verhielt sich nun gegenüber Preußen wohlwollend neutral (mit der Hoffnung auf spätere Gegenleistungen...).

Nach dem Sieg im [Deutsch-Französischen Krieg](#) 1870/71 und der darauf folgenden Welle der nationalen Begeisterung in allen Ländern [Deutschlands](#) sahen sich nun auch die süddeutschen Fürsten gedrängt, dem Norddeutschen Bund beizutreten.

Daraufhin wurde nun doch noch das Deutsche Reich in der kleindeutschen Version gegründet,

die schon als Einigungsmodell von der [Nationalversammlung](#) 1848/49 vorgesehen war. Im

[Spiegelsaal von Versailles](#) wurde Wilhelm I. am 18. Januar 1871 (am 170. Jahrestag der Krönung des ersten preußischen Königs Friedrich I.) zum [Deutschen Kaiser](#) proklamiert.

Das Königreich Preußen verlor so seine formale staatliche Souveränität an das neue [Deutsche](#)

Kaiserreich; die vormalige Führungsmacht des Norddeutschen Bundes ging also der Form nach im Reich auf, dessen größter - und damit allerdings beherrschender! - Bundesstaat Preußen nun wurde.

Zur Lage Österreichs

Unter **Napoleon III.** (1848-52 Staatspräsident, 1852-70 Kaiser) zielte die Außenpolitik **Frankreichs** auf die (gewaltsame) Infragestellung der 1815 hergestellten (territorialen) Ordnung der Großmächte, - v. a. durch ein Gegeneinander-Ausspielen ihrer Träger, insbesondere Österreichs und Russlands, was im Krimkrieg 1854-56 Frankreichs, Großbritanniens und des Osmanischen Reiches gegen Russland auch gelang:

1854 wurde **das Bündnis Österreichs mit Russland zerstört**, weil weder Preußen noch Österreich in den **Krimkrieg** zwischen Russland einerseits und Großbritannien, Frankreich und dem Osmanischen Reich andererseits zugunsten Russlands eingriffen.
Preußen erklärte sich für neutral - und Österreich forderte zudem noch ultimativ von Russland die Räumung der besetzten osmanischen Donaufürstentümer (Rumänien)...
Österreich handelte sich für diesen Verrat die fortdauernde Feindschaft Russlands ein... D. h.: Von da an datiert der österreichisch-russische Gegensatz, der sich ab 1878 durch die Balkankrisen in den nachfolgenden Jahrzehnten wesentlich verschärfte, und zum Ersten Weltkrieg beitrug...

Das im frühen 18. Jh. (1726 ursprünglich zur gemeinsamen Bekämpfung der Osmanen) geschlossene Bündnis zwischen Österreich und Russland bildete für Österreich bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts (also nahezu 130 Jahre lang) die Gewähr seiner Sicherheit im Osten, welche es in der Rivalität mit Frankreich und in der Gegnerschaft mit Preußen in den 3 Schlesischen Kriegen dringend benötigte.

Jedoch führten die Teilungen Polens, die für Österreich zunächst ein erwünschter Ausgleich für den Verlust Schlesiens an Preußen bedeuteten, zu einer anhaltenden Störung des Machtgleichgewichts zwischen den beiden Kaiserstaaten (also letztlich zu dem selben Problem, das auch Preußen sich mit diesen für es zunächst scheinbar lohnenden Teilungen Polens eingehandelt hatte). Denn hatte Polen bislang als Puffer und gemeinsames Interessen-Objekt gedient, so eröffnete sein Verschwinden nun den Weg zu österreichisch-russischen Konflikten in der orientalischen Frage (ab der Mitte des 19. Jh.) , in welcher beide Reiche zuvor doch stets miteinander verträgliche - oder gar gemeinsame - Interessen gehabt hatten!
Und auch der Status des 1815 wiederhergestellten Österreich als Großmacht wurde durch die eben ab 1815 einsetzende russische Hegemonie (über Österreich wie genau so auch über Preußen!) spürbar untergraben...

Dass Österreich trotz der nun überragenden Macht Russlands nach 1815 seine Stellung in Europas Großmächte-System behaupten konnte, hing mit den Interessen dieses Staatensystems zusammen, welche eine Restaurierung der Habsburgischen Macht 1815 genauso sinnvoll erscheinen ließen wie die Wiederherstellung der Großmachtstellung des mit Österreich rivalisierenden Preußen. Denn:

Österreich sollte sowohl Frankreichs Ambitionen in Italien Einhalt gebieten als auch das Macht-Gleichgewicht in Deutschland gegenüber Preußen wahren (welches wiederum die volle Herrschaft Russlands über Deutschland verhindern sollte, sich aber dennoch häufig wie ein Satellit Russlands verhielt) und dem Einfluss Russlands im Balkan entgegentreten.
Russland wiederum hatte (ungeachtet der nach und nach entstehenden Balkanrivalität mit Österreich) ein Interesse an der Eindämmung des revolutionären Frankreich in Deutschland und in Italien.

Und Frankreich hütete sich trotz seiner Rivalität mit Österreich in Italien strikt davor, Österreich im Hinblick auf die österreichisch-russische Konkurrenz im Orient zu sehr zu schwächen.

Mit dem Krimkrieg wurde diese komplizierte Mächtebalance zerstört - und Österreich verlor seinen langjährigen Verbündeten (und Sicherheits-Garanten) Russland - und stand seinen verschiedenen Gegnern Italien, Frankreich, Preußen, und nun auch noch Russland, isoliert gegenüber.

In dem Krieg, den Sardinien-Piemont 1859 gegen Österreich provozierte, zeigte sich diese Isolation erstmals.

Napoleon III. unterstützte die **italienische Nationalbewegung** und Österreichs unerfahrener junger Kaiser Franz Joseph ließ sich in einen Krieg gegen **Frankreich** und Sardinien-Piemont hineinziehen, in dem er auch noch selbst das Kommando übernahm (1859).

Der italienische Teilstaat (und Motor der italienischen Einigung) Sardinien-Piemont provozierte den Krieg, den Österreich verlor: Mailand und die Lombardei gingen an Sardinien-Piemont verloren, und nur Venetien blieb dem Kaisertum noch einige Jahre (bis 1866).

Die Schlacht von Solferino und Magenta, bei der an einem einzigen Tag zehntausende Soldaten auf dem Schlachtfeld verblutet waren, war der Anlass für die Gründung des **Roten Kreuzes** und für die **Genfer Konventionen** (1864), denen Österreich 1866 beitrug.

Die Zeit des Neoabsolutismus Kaisers Franz Josef I. ging mit den Niederlagen der kaiserlichen Truppen in Italien 1859 gegen die italienische Einigungsbewegung (**Risorgimento**) zu Ende: Die Direktregierung durch den Kaiser und seine Minister ohne jedes Parlament hatte im Großbürgertum keine Anhänger mehr und konnte sich auch nicht durch (außenpolitische) Erfolge legitimieren. - D. h.:

Diese Niederlage in Italien, die das kaiserliche Prestige schwer beschädigte, machte ein Aufrechterhalten des neoabsolutistischen Regiments für Franz Joseph I. unmöglich.

Es wurden daher per Anordnung des Kaisers zwei **Verfassungsentwürfe** erlassen:

Oktobediplom 1860 und **Februarpatent** 1861. Diese Verfassungsentwürfe zeigen ein starkes **Schwanken zwischen Zentralismus und Föderalismus**, wobei Ersterer von den **Liberalen** und Letzterer von den **Konservativen** getragen wurde. Beide konnten sich aufgrund innenpolitischer Widerstände der politischen Lager nicht durchsetzen: lehnten die Liberalen eine Wahl des Gesamtparlaments durch die Abgeordneten der Länderparlamente ab, so der Adel eine Direktwahl des Gesamtparlaments.

Diese unentschiedenen Verfassungsfragen wurden auch noch von der offenen **Deutschen Frage** überschattet: nämlich von den Konflikten zwischen Österreich und Preußen im Deutschen Bund bezüglich der Frage der Einigung Deutschlands - sowie vom Preußisch-Österreichischen Krieg von 1866.

In der **Schlacht von Königgrätz** in Böhmen 1866 wurde Österreich entscheidend geschlagen, einige seiner Bundesgenossen wurden von Preußen annektiert (**Königreich Hannover**, **Kurhessen**, **Nassau**, **Freie Stadt Frankfurt**) oder gerieten in preußische Abhängigkeit (wie das **Königreich Sachsen**).

Die **Niederlage von Königgrätz im Deutschen Krieg von 1866** führte zur Auflösung des von Österreich präsierten Deutschen Bundes.

Da im Krieg von 1866 **Venetien** trotz der für Österreich erfolgreichen **Seeschlacht von Lissa** unter Admiral **Wilhelm von Tegethoff** verloren ging, war das Ansehen des Kaisers auf einem Tiefpunkt angelangt. (Doch der Verlust Venetiens war schon vorher von den Bündnispartnern Preußen und Italien vereinbart worden...)

Diese Niederlagen, durch die Österreich aus Italien und Deutschland (dem ehemaligen Deutschen Bund) hinausgedrängt wurden, machten im Interesse des Fortbestands des Habsburgerreiches innenpolitische Veränderungen zwingend erforderlich, - allem voran den

"Ausgleich mit Ungarn", d. h. eine Aufteilung aller staatlichen Kompetenzen (mit Ausnahme von Militär und Außenpolitik) zwischen Österreich und Ungarn.

Außenpolitisch war das Reich 1859, 1866 und endgültig 1870 aus der italienischen und deutschen Politik verdrängt worden, wodurch von den drei Einflusfeldern österreichischer Politik (nämlich Deutschland, Italien und Balkan) nur noch der Balkan übriggeblieben war.

Der Macht-/Ansehens-Verlust, den Österreich durch die Verdrängung aus Italien und Deutschland erlitten hatte, war nur auf dem Balkan zu kompensieren - durch eine Konfrontation mit Russland... Die habsburgische Machtpolitik verengte dadurch sich selbst auf die Aufgabenstellung, auf dem Balkan ein "Bollwerk gegen Russland" zu bilden, da Österreich (nach Aussage seines damaligen Außenministers Graf Andrassy) nur so im europäischen Staatensystem noch gebraucht werden könne... (d. h. dass es andernfalls also überflüssig geworden sei!).

Österreich-Ungarn ab 1867

Österreichisch-ungarischer Ausgleich von 1867 - und die Folgen

Nach den Niederlagen in Italien 1859 und gegen Preußen 1866 musste das Habsburger-Reich innenpolitisch auf eine neue Grundlage gestellt werden, denn das kaiserliche Prestige war infolge der außenpolitischen bzw. militärischen Niederlagen (gegen Italien/Frankreich und Preußen) vollkommen beschädigt.

Als gangbarster Weg schien es Franz Joseph I., sich mit den gemäßigten ungarischen Liberalen unter [Graf Andrassy](#) und [Ferenc Deák](#) zu einigen und dem seit 1526 von Österreich beherrschten [Königreich Ungarn](#) im Habsburger-Reich einen **Sonderstatus** anzubieten.

Im Jahre 1867 wurde daher mit dem österreichisch-ungarischen [Ausgleich](#), der dem **ungarischen Landesteil (Transleithanien)** einen gleichwertigen Status einräumte, das Kaisertum Österreich in die Doppelmonarchie [Österreich-Ungarn](#) umgewandelt.

Die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn standen aber unter dem Zeichen magyarischer Differenzen:

Der im Exil lebende Führer der ungarischen Revolution, [Lajos Kossuth](#), und seine zahlreiche Anhängerschaft im Lande votierten für die völlige Loslösung von Österreich, denn ein Ausgleich mit Österreich wäre (gemäß Kossuth) nur der „Tod der Nation“ und würde dem Land das „Zugseil fremder Interessen auferlegen“.

In den Führungsschichten Ungarns setzte sich jedoch letztendlich die Meinung des Führers der Liberalen, [Ferenc Deák](#), durch. Er führte an, dass ein freies Ungarn mit seinen starken [slawischen](#) und [deutschen Minderheiten](#) Gefahr liefe, in die Isolation zu geraten und letztlich zwischen [Russland](#) und dem (soeben entstehenden) [Deutschen Reich](#) zerrieben zu werden. Ein Bündnis mit dem durch das interne Nationalitäten-Problem geschwächten Österreich unter der Führung eines Monarchen, der sich im Krönungseid der ungarischen Nation verpflichtet, wäre deshalb vorzuziehen.

Den ungarischen Adel überzeugte Deák mit dem Hinweis, dass dieser Ausgleich dem Adel die Möglichkeit böte, die territoriale und politische Integrität des ungarischen Großgrundbesitzes zu wahren und dadurch die ungarische Herrschaft über die nichtungarischen Nationen Ungarns (Slowaken, Kroaten, Serben, Deutsche, Rumänen) weiter fortzusetzen.

Mit einer Fläche von ca. 670.000km² war Österreich-Ungarn, nach [Russland](#), der zweitgrößte und mit 53 Mio. Einwohnern (1914), nach Russland und dem [Deutschen Reich](#), immerhin der drittgrößte Staat [Europas](#).

Sein Gebiet umfasste die heutigen Staaten [Österreich](#), [Ungarn](#), [Tschechien](#), [Slowakei](#), [Slowenien](#),

[Kroatien](#), [Bosnien und Herzegowina](#), Teile des heutigen [Rumänien](#), [Montenegro](#), [Polen](#), der [Ukraine](#), [Italiens](#), und [Serbiens](#).

Die Bezeichnung *Kaisertum Österreich*, deren Kaiserwürde sich von nun an nicht mehr auf den ungarischen Landesteil des österreich-ungarischen Gesamtstaates bezog, wurde fortan nicht mehr verwendet.

Offiziell hieß dieser Landesteil (d. h. die Gebiete Österreichs, Böhmens, Mährens, Galiziens, usw.), nun "*Die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder*", inoffiziell wurde er oft [Cisleithanien](#) genannt. Der Name „Österreich“ wurde erst 1915 für die westliche Reichshälfte wieder offiziell.

Die Bezeichnung "Donaumonarchie" war zwar gängig und volkstümlich, passte jedoch nicht zu der Tatsache, dass die Donau als mitten durch das Staatsgebiet fließender Strom nur schwer schiffbar war und zudem nicht in seinem gesamten Verlauf von Wien kontrolliert wurde (vor Belgrad hörte die österreichische Kontrolle über die Donau auf...)

Und so wie der relativ kurze Küstenstreifen Dalmatiens vom Rest des Reiches durch Karstgebirge getrennt war, so lagen Galizien und die Bukowina jenseits der Karpaten.

Das böhmische Industriegebiet wiederum war durch die Elbe nach Sachsen und Norddeutschland geöffnet, nicht aber zum Donautal oder zu Österreichs Kernland.

Böhmen und Mähren wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jh. zu industriellen Zentren Österreichs. Hier war die Betriebsansiedlung wesentlich einfacher als im gebirgigen Alpenraum, die verkehrs-geografische Lage (Nähe zu den Ballungszentren Berlin und Wien sowie Oberschlesien) günstig, - und es standen ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung.

Auf dem Gebiet der Habsburgermonarchie lebte eine Vielzahl von Nationen (Deutsche/Österreicher, Ungarn, Tschechen, Polen, Slowaken, Kroaten, Rumänen), von denen jedoch keine aufgrund ihrer Bevölkerungszahl den Anspruch erheben konnte, die führende zu sein.

Und im Zeitalter des Nationalismus manifestierte sich in "Österreich-Ungarn" die Idee des "Vaterlandes" nicht in der Monarchie bzw. im Monarchen, wie es in den meisten anderen Staaten der Fall war, sondern nur regional bzw. in den einzelnen Ländern oder Landesteilen der Habsburger-Monarchie als Nationalismus v. a. der deutsch-, ungarisch-, tschechisch- und südslawisch-sprachigen Bevölkerungsgruppen.

Als staatstragende Gruppen sahen sich die Deutsch-Österreicher und (seit 1867) die Ungarn an, während sich in Böhmen ein Landespatritismus der tschechischen Nationalbewegung entwickelte (in Konkurrenz zum einem böhmischen Landespatritismus der deutschen Minderheit).

Jedoch hatten die italienischen, polnischen, südslawischen und rumänischen Bevölkerungsgruppen ihre nationalen Schwerpunkte oder Zentren außerhalb des Habsburgerreiches liegen: in Italien (als einheitlicher Staat entstanden in den 1860er Jahren), Polen (wenn auch noch ein Teil Russlands), Serbien und Rumänien (letztere beide ab 1878 vom Osmanenreich losgelöst); auf die slawischen Bevölkerungsgruppen wirkten der von Russland (seit dem verlorenen Krimkrieg) verfochtene Panlawismus und der von Serbien vertretene Jugoslawismus zunehmend ein.

Und auch die "Herrschaftsnation" der Deutsch-Österreicher selbst hatte nach 1870/71 zusätzlich noch ein nationales Orientierungszentrum außerhalb der Reichsgrenzen erhalten: nämlich das Deutsche Kaiserreich...

Der "Ausgleich mit Ungarn", durch den 1867 die staatlichen Kompetenzen zwischen Wien und Budapest aufgeteilt wurden, führte zwar Ungarn an die Habsburger-Monarchie heran, ließ aber die Interessen der slawischen Völker in den Gebieten Österreichs und Ungarns unberücksichtigt, - sodass diese sich in der Folgezeit zunehmend dem Panlawismus bzw. Jugoslawismus

zuwandten.

Panslawismus und Jugoslawismus waren also nicht Ursache, sondern Folge des machtpolitischen Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn. - Denn:

In den Jahren nach 1867 begann nämlich der bisher von allen Herrscherhäusern unterdrückte **Nationalismus** seinen Siegeszug durch die Länder Europas und eben insbesondere auch in der **Habsburger Monarchie**. - Zur Abschwächung des ungarischen Nationalismus gedacht, verschärfte der Ausgleich von 1867 die ethnischen Spannungen erheblich mehr als er sie beruhigen konnte. Die "Waffe" kehrte sich also gegen ihren Anwender!

Der Ausgleich mit Ungarn, der diesem 1867 eine (relative) staatliche Autonomie eingebracht hatte, führte zugleich zum Protest anderer Nationalitäten, v. a. der Slawen, da deren Belange nicht berücksichtigt wurden.

Forderungen nach einem Ausgleich wurden v. a. von den **Tschechen** für die Länder der **böhmischen** Krone (Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien) erhoben.

Die unberücksichtigten Interessen anderer Völker sowie die ungarischen **Assimilierungsversuche** (z. B. die **Magyarisierungspolitik** in der heutigen Slowakei und im heutigen Kroatien) brachten wachsende ethnische Spannungen mit sich - und Begriffsprägungen wie „Völkerkerker“ bzw. **"Völkergefängnis"**.

Jedoch auch die 1867 neu geschaffene Autonomie Ungarns besaß z. T. enge Grenzen: Zwar erhielt es nun seine eigene, selbständige Finanzverwaltung, - aber v. a. nicht das Recht, eigenes Geld zu drucken: über Fragen der Währung wurde allein in Wien entschieden! Ebenfalls blieb die Armee ein rein österreichisches Machtinstrument (trotz Vielzahl nichtösterreichischer Offiziere und Mannschaften): viele Ungarn empfanden sie sogar als Besatzungsmacht.

Andererseits war festzustellen, dass Ungarn zwar nur ein Drittel der gemeinsamen Ausgaben für Armee, Kriegsflotte und diplomatischen Dienst deckte, jedoch ohne Zustimmung der Budapester Regierung überhaupt keine wesentliche außen-, wirtschafts- oder militärpolitische Entscheidung getroffen werden konnte.

Ohne Zustimmung des nur begrenzt autonomen Ungarn lief also letztlich nichts...

Der Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn schuf die Situation, dass die Nationalitätskonflikte durch die **Magyarisierungspolitik** der ungarischen Regierung zusätzlich angeheizt wurden: Die Ungarn fühlten sich benachteiligt - und benachteiligten bzw. unterdrückten die nicht-ungarischen Minderheiten in ihrem Teil der Doppel-Monarchie!

Die Polen in **Galizien** kooperierten zumeist mit der Wiener Regierung und erhielten für **Galizien** bedeutende Infrastruktur-Investitionen aus dem Staatsbudget.

Die anderen slawischen Nationalitäten Österreichs fühlten sich dagegen mit den Deutschsprachigen, die die Staatsbürokratie dominierten, nicht gleichberechtigt: Die vergeblichen Bemühungen der **Tschechischen Nationalbewegung** in **Böhmen** und **Mähren** um einen **Österreichisch-Tschechischen Ausgleich** konkurrierten mit Bestrebungen der dortigen deutschsprachigen Minderheit und ihrer nationalistischen **Arbeiterpartei**.

Herrschte unter den Tschechen noch bis in die 1860er Jahre hinein eine zur Monarchie loyale (und liberale) politische Strömung (unter František Palacký) vor (derzufolge alle Völker in der Monarchie gleichberechtigt sein sollten), schlug die Stimmung nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich 1867 um, bei dem die Tschechen wie auch die anderen slawischen Völker leer ausgingen:

Somit wuchs ihre Distanz/Ablehnung gegenüber einer Monarchie, die ihnen (im Gegensatz zu Ungarn und Österreichern) politisch letztlich nichts zu bieten hatte - und daher von ihnen zunehmend als fremde Macht empfunden wurde....

Somit konnte die Einführung der Zweisprachigkeit nach 1880 in Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien sowie in den slowenischen Gebieten auch nicht mehr weiterhelfen.

Der [Mährische Ausgleich](#) 1905 nahm dem Nationalitätenkonflikt zwar in diesem Land einiges an Schärfe, für Böhmen konnte eine ähnlich ausgewogene Lösung aber nicht erreicht werden. Aber auch in [Kärnten](#), der [Steiermark](#) und [Tirol](#) wurden die Autonomiewünsche der jeweiligen nationalen Minderheiten von den deutschsprachigen Mehrheiten in den Landtagen schroff abgelehnt.

Der österreichisch-ungarische Ausgleich von 1867 ergab mit Österreich und Ungarn daher gerade nicht zwei Gewinner, sondern letztlich 2 Verlierer: die durch ihn hervorgerufenen ethnischen Konflikte untergruben auf Dauer den gemeinsamen Staat.

Der nach dem Selbstmord von Kronprinz Rudolf 1889 designierte [Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand](#) hingegen verbarg seine Abneigung gegen die herrschende Adels-Klasse Ungarns und ihre Magyarisierungs- Politik nicht - und plante in seiner Militärkanzlei (er war Generalinspektor der k.u.k. Armee) im [Schloss Belvedere](#) einen auf die Armee gestützten Umbau der Doppelmonarchie nach dem Tode Kaiser Franz Josephs I.

Sein Vorhaben, aus der Doppelmonarchie durch eine gleichberechtigte Beteiligung der [Südslawen](#) als drittes Staatselement ([Trialismus](#)) eine „[Tripelmonarchie](#)“ zu machen, wäre aber nur in einem [Bürgerkrieg](#) mit den Ungarn zu realisieren gewesen.

Auch hätten die dann so abermals benachteiligten Tschechen nicht unbeteiligt zugesehen, sondern die offene Trennung vom Habsburgerreich anstrebt.

Auf Initiative Franz Ferdinands wurden zudem [Modelle zur Umwandlung der Monarchie in einen ethnisch-föderativen Staat](#) entworfen (Modell der [Vereinigten Staaten von Groß-Österreich](#) nach [Aurel Popovici](#)), die jedoch nicht zur Realisierung kamen.

Da das Habsburgerreich sich seit Ende des 19. Jhdts. immer stärker an das Deutsche Kaiserreich als Rivalen Russlands band, war seine Föderalisierung - mit einer Stärkung der Stellung der Slawen im Reich und mit einem Verzicht auf antiserbische und antirussische Außenpolitik - letztlich unmöglich geworden, - zumal weder die österreichischen noch die ungarischen Herrschaftseliten noch auch der außenpolitische deutsche Verbündete hieran interessiert waren!

Österreichs Wirtschaft und Kultur (Literatur, Wissenschaft, Musik) erreichten Ende des 19. Jh. eine Blütezeit, denn am sog. *fin de siècle*, lebten [Johann Strauß](#), [Gustav Mahler](#), [Sigmund Freud](#), [Ernst Mach](#), [Gustav Klimt](#), [Karl Kraus](#), [Arthur Schnitzler](#) u. v. a. Künstler und Wissenschaftler in Wien; diese Zeit wird auch als [Wiener Moderne](#) bezeichnet.

Aber der Staat konnte sich infolge des *Nationalitätenhadens* nur noch durch ein *Fortwurschteln* (wienerischer Ausdruck für „mühsames Weiterkommen“) bewegen..

1878 erhielt [Österreich-Ungarn](#) beim [Berliner Kongress](#) das Recht, die bislang osmanische Provinz [Bosnien-Herzegowina](#), zu besetzen und zu verwalten.

Die Doppelmonarchie investierte in die Modernisierung dieses Landes; als sie es jedoch annektierte (1908), führte dies zu starken Spannungen mit dem Königreich [Serbien](#) und war auch ein Grund für das Attentat in Sarajewo von 1914.

1879 wurde mit [Deutschland](#) der [Zweibund](#) und 1882 mit [Italien](#) der [Dreibund](#) geschlossen. Dieser Dreibund war aber von Anfang an von der italienischen [Irredenta](#) (Forderung nach Abtretung der ethnisch italienischen Gebiete Österreichs an Italien: Teile Südtirols und Dalmatiens) überschattet, was die Beziehungen zwischen Österreich und Italien ständig stark belastete.

Preußen ab 1871

Preußen im Deutschen Kaiserreich

In dem 1871 (nach dem Sieg über Frankreich im Deutsch-Französischen Krieg)) gegründeten Deutschen Kaiserreich, das aus 25 Bundesstaaten bestand, **dominierte Preußen** die übrigen Bundesstaaten:

- ==> der preußische König war zugleich auch Deutscher Kaiser;
- ==> der preußische König bestimmte als Deutscher Kaiser durch seinen Oberbefehl über Heer und Marine zugleich über Krieg und Frieden;
- ==> das (weit überwiegend aus preußischen Aristokraten bestehende) Offizierskorps war dem preußischen König (und damit dem Kaiser) treu ergeben ("man trug des Königs Rock")
- ==> der preußische Ministerpräsident war (zumeist) zugleich auch Reichskanzler;
- ==> Preußen besaß ca. 66% des Reichs-Territoriums und ca. 60% der Reichs-Bevölkerung;
- ==> Preußens Wirtschaft war (v. a. durch sein Industrie- und Handelskapital) die größte im Reich.

Das aristokratisch-reaktionäre monarchistische Preußen wahrte im neuen Reich weiterhin ungebrochen seine Privilegien:

- ==> es galt das Dreiklassenwahlrecht von 1849;
- ==> die politische Macht der Junker über die Landbevölkerung in Ostelbien bestand fort;
- ==> Preußen und das Reich wurden (trotz allen industriellen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts) regiert wie eine (halb)feudale Militärmonarchie.

Der preußische Offizier mit Monokel und schnarrender Stimme stellte das faktische Leitbild der deutschen Gesellschaft dar: schon der Anblick eines Hauptmanns in Uniform rief besondere Hochachtung hervor.

Zwischen 1871 und 1887 führte Otto v. Bismarck in Preußen den sogenannten [Kulturkampf](#), der den Einfluss des politischen [Katholizismus](#) zurückdrängen sollte. Widerstände in den katholischen Bevölkerungsteilen und im Klerus, v. a. im Rheinland und in den ehemals polnischen Gebieten, aber zwangen Bismarck dazu, die Auseinandersetzung schließlich ergebnislos abzubrechen. In den mehrheitlich von Polen bewohnten östlichen Landesteilen Preußens (v. a. Provinz Posen) ging der Kulturkampf mit dem (ebenso erfolglosen) Versuch einer "Germanisierung" der nichtdeutschen (d. h. v. a. polnischen) Bevölkerung einher, der innerhalb dieser eine dauerhafte Aversion bzw. Feindseligkeit gegen Preußen bzw. gegen das Deutsche Reich erzeugte....

In den 1880er Jahren wurde unter Bismarck - neben der politischen Bekämpfung der ständig wachsenden Arbeiterbewegung und ihrer Partei, der SPD, v. a. durch das Sozialistengesetz (1878-1892) - eine gezielte staatliche Sozialpolitik betrieben, um so die im Zuge der Industrialisierung Preußens bzw. Deutschlands immer gravierender werdende "soziale Frage" (Massenarmut, Streiks, Klassenkampf) durch "soziale Fürsorge" unter Kontrolle zu bekommen. Der Staat errichtete Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherungen, Arbeitsschutz- und Gewerbeaufsichts-Behörden, usw., um somit ein Minimum an sozialer Sicherung für die abhängig arbeitende Bevölkerung zu schaffen.

Der Versuch, so der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung ihren politischen Einfluß in der Arbeiterschaft zu nehmen, gelang aus begreiflichen Gründen allerdings nicht:

Die fortdauernde politische Repression gegen Sozialdemokraten und Gewerkschafter (v. a. auch bei Streiks vor 1900) sowie die sehr niedrigen staatlichen Versicherungsleistungen vermochten die Arbeiter nicht von ihrer Bewegung zu trennen...

Auf Kaiser Wilhelm I. folgte im März 1888 der kranke [Friedrich III.](#), der nach einer Regierungszeit von nur 99 Tagen an Kehlkopfkrebs starb.

Im Juni dieses „[Dreikaiserjahres](#)“ bestieg [Wilhelm II.](#) 29-jährig den Thron des Deutschen Kaisers.

Er entließ aufgrund entgegengesetzter politischer Ansichten zur Innen- und Außenpolitik sowie zur Rolle des Kaisers 1890 Bismarck und bestimmte die Politik des Landes von da an weitgehend selbst.

Bismarcks (in der deutschen Öffentlichkeit zuerst überwiegend begrüßte) Entlassung durch Kaiser Wilhelm II 1890 erfolgte auf Grund persönlicher und politischer Unverträglichkeit beider. Innenpolitisch wollte Bismarck das gegen die Sozialdemokratie gerichtete Sozialistengesetz weiter verlängern, während Wilhelm II. es dagegen gänzlich aufheben und die Sozialdemokratie durch sozialpolitische Zugeständnisse an die Arbeiter (durch Regelungen zur Arbeitszeit) schwächen wollte; - außenpolitisch setzte Bismarck auf ein fortgesetztes Bündnis mit Russland, Wilhelm II. stattdessen auf ein alleiniges Bündnis mit Russlands Gegner im Balkan: Österreich. Bismarcks Nachfolger v.Caprivi verzichtete daher auf die Verlängerung des Rückversicherungsvertrags mit Russland, da dieser unnötig sei... Russland wandte sich in der Folgezeit Deutschlands Rivalen Frankreich politisch zu...

Bereits bei seiner Thronbesteigung 1888 äußerte sich Wilhelm II. über sein Verhältnis zu Bismarck: "Sechs Monate lasse ich den Alten gewähren, dann regiere ich selber." Wilhelm II. bevorzugte (seinen Worten nach) ein "persönliches Regiment" (ließ aber de facto auch nach Bismarck die Reichskanzler regieren).

So wie Bismarcks Entlassung in der Öffentlichkeit zuerst zumeist begrüßt wurde (nicht zuletzt auch aufgrund Bismarcks zunehmend "alters"starrerem und "eigensinnigen" Verhaltens), bildete sich in der Folgezeit jedoch auch rasch eine Verklärung Bismarcks als des großen "Eisernen Kanzlers" heraus (wovon nicht zuletzt auch die zahllosen Bismarck-Denkmäler, -Türme und -Straßen in den deutschen Städten zeugen).

Österreich und Preußen: 1. Hälfte des 20. Jh.

Österreich

Österreich 1900 bis 1918

Der Staat wurde (aufgrund des o.g. Völkerhaders gegeneinander und des Hinausstrebens v. a. der slawischen Völker aus dem Reich) im Wesentlichen von der k.k. Bürokratie und der k.k. Armee - beide notgedrungen übernational auf die Person des Monarchen eingeschworen - zusammengehalten.

Man konstatierte in politischen Kreisen, *so lange er noch lebt* (d. h. der greise Kaiser Franz Joseph I., 1910 bereits achtzig Jahre alt), werde es keine wesentlichen politischen Veränderungen geben, sah diese aber für die Regierungszeit seines Nachfolgers voraus bzw. hielt dann alles für möglich (*nach seinem Tode müsse man mit allem rechnen*).

1903 gab Serbien nach einem ungarischen Importstopp für serbisches Schweinefleisch (der Fleischexport war Haupteinnahmequelle der serbischen Landwirtschaft) seine bisherige offizielle politische Anlehnung an Österreich-Ungarn auf und begann nun mit der Unterstützung Russlands offen auf eine Abtrennung der südslawischen Gebiete der Doppelmonarchie hinzuwirken (es handelte sich um die slowenisch, kroatisch, serbisch und bosniakisch besiedelten Gebiete in beiden Reichshälften).

Das am 28. Juni 1914 vom serbischen Nationalisten [Gavrilo Princip](#) verübte **Attentat von Sarajevo** auf den Thronfolger [Erzherzog Franz Ferdinand](#), der Bosnien-Herzegowina (gezielt am serbischen Gedenktag der Niederlage der Serben gegen die Türken auf dem Amsfeld 1389...!) einen offiziellen Besuch abstattete, veränderte die Lage völlig:

Hatten einzelne Spitzenfunktionäre der Monarchie wie Generalstabschef [Franz Conrad von Hötzendorf](#) schon Jahre zuvor einen Krieg gegen Serbien befürwortet, so setzte sich nun in Wien und Budapest die so genannte *Kriegspartei* durch.

Ohne den Reichsrat (das Parlament) auch nur zu fragen, wurde dem Monarchen suggeriert, nun sei der Krieg gegen Serbien unausweichlich und eine Frage der Ehre der Monarchie. (Zuvor war Kaiser Franz Joseph I. nach dem Attentat noch wie üblich nach [Bad Ischl](#) auf die Sommerfrische gefahren; seinem Neffen Franz Ferdinand weinte er keine Träne nach, weil dieser nicht standesgemäß geheiratet hatte...)

Das mit Zustimmung Franz Josephs vom [k.u.k.](#) Außenminister [Leopold Berchtold](#) mit Rückendeckung des deutschen Kaisers an [Serbien](#) gestellte Ultimatum bewirkte jedoch umgehend die Aktivierung der europaweit bestehenden Bündnissysteme und Beistands-Verpflichtungen (einerseits: Österreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien, das Osmanische Reich sowie pro Forma bis Ende 1914 auch Italien; - und andererseits: Russland, Frankreich, Großbritannien, ab Anfang 1915 auch Italien) und führte zum Ersten Weltkrieg.

Der Erste Weltkrieg war für das habsburgische Österreich der "point of no return" oder Schlussstrich unter seiner Existenz.

Jedoch sind die beiden Haupt-Fehler der habsburgischen Politik schon 1854-56 im Verhalten gegenüber Russland im Krimkrieg (dem Vergraulen von Österreichs früherem treuen und schützenden Verbündeten Russland) sowie 1867 im (einseitigen) Ausgleich Österreichs allein mit Ungarn (und nicht auch mit den anderen Reichsteilen bzw. Völkern) begangen worden. D. h.: Eine nicht dauerhaft tragfähige dualistische österreichisch-ungarische Reichsstruktur - und eine Konkurrenz-Politik ausgerechnet gegenüber dem übermächtigen Russland im Balkan und Orient.

Österreich-Ungarn war vor allem im wirtschaftlichen Bereich noch weniger als Deutschland auf einen langen Krieg vorbereitet, weder industriell noch landwirtschaftlich.

Seine schwache politische und wirtschaftlich zerrissene Struktur machte es für den modernen Krieg äußerst verletzlich, da es weitaus weniger industrielle Ressourcen zur Verfügung hatte als jede andere Macht.

Aber auch die politischen Führer in Wien hatten (wie die in den anderen europäischen Hauptstädten) nur einen kurzen Konflikt erwartet, der die politischen Probleme bis zum Jahresende 1914 lösen würde, ohne dass die schwache politische und wirtschaftliche Struktur der Monarchie zum (höchst nachteiligen) Tragen käme.

Wie die deutsche Politik war auch die Österreich-Ungarns noch völlig in den veralteten Vorstellungen der [Kabinettskriege](#) vergangener Jahrhunderte verhaftet, die die Völker und Staatsgrenzen einfach nur hin und her verschob.

Der Erste Weltkrieg war für Österreich-Ungarn ein Desaster, da die veraltete [k.u.k. Armee](#) auf einen Krieg in dieser Größenordnung nicht vorbereitet war (und zwar weder in der Technik, noch in der Ausbildung und in der Mannschaftsstärke).

Besonders nach dem Kriegseintritt Italiens (1915) und Rumäniens (1916) war Österreich-Ungarn an einem großen Teil seiner Grenzen von Gegnern umgeben.

Die Eroberung des [Königreichs Serbien](#) (man hatte sich in Wien eine leichte Strafexpedition vorgestellt) gelang überhaupt nur mit deutscher und bulgarischer Unterstützung.

Im Krieg gegen Russland war Österreich lange unterlegen und musste den Großteil Galiziens räumen. Erst 1915 wurde Galizien mit deutscher Hilfe wieder besetzt. - Dasselbe galt auch für den Kriegsschauplatz in Rumänien, wo die Initiative von Anfang an bei den deutschen Truppen lag.

Italien stellte schon 1914 an Österreich-Ungarn die Forderung, sämtliche [italienischsprachigen](#) Gebiete der Donau-Monarchie (das [Trentino](#), [Triest](#), [Istrien](#) und Teile [Dalmatiens](#)) abzutreten. Österreich-Ungarn wollte aber (wenn überhaupt) allenfalls das Trentino ([Welschtirol](#)) abtreten. Deutschland erkannte die Gefahr, dass die Entente Italien deshalb in ihr Lager hinüberziehen könnte, und mahnte daher Österreich-Ungarn, diese Forderungen Italiens anzunehmen. Man erwog deutscherseits sogar, ein kleines Gebiet in Schlesien an Österreich abzutreten - als Kompensation für dessen Landabtretung an Italien...

Die Entente versprach im [Vertrag von London](#) Italien erheblich mehr territorialen Zugewinn: 1915 wechselte der ehemalige Bündnispartner Österreich-Ungarns (aus dem "Dreibund" von 1885) die Seiten (wie zuvor schon von deutscher Seite vorausgesehen) und begann in der Hoffnung, das [Risorgimento](#) abzuschließen und beide Küsten der [Adria](#) („mare nostro“ = „unser Meer“) beherrschen zu können, den Krieg gegen Österreich-Ungarn, - welches damit die vielleicht letzte Chance für ein Überleben der Habsburger-Monarchie verlor...

Im Krieg gegen Italien war Österreich zwar erfolgreicher und konnte in 12 [Isonzoschlachten](#) das Eindringen der italienischen Armee in die Monarchie verhindern und zuletzt selber tief ins [Friaul](#) vorzustößen.

Allerdings brach hier, infolge des Materialmangels und der Kriegsmüdigkeit von Armee und Monarchie, die Front Ende Oktober 1918 zusammen.

Die Versorgung der österreichischen Bevölkerung war speziell in den letzten Kriegsjahren sehr schlecht, und es kam im Reich zu großen Hungersnöten.

Im November 1916 starb Kaiser Franz Joseph I. und [Karl I.](#) wurde sein Nachfolger. Seine Chancen auf baldigen Friedensschluss und Erhalt der Doppelmonarchie waren gering.

Als der [Reichsrat](#), das österreichische Parlament, vom neuen Monarchen 1917 erstmals seit Frühjahr 1914 einberufen wurde, teilten die Abgeordneten der verschiedenen Nationalitäten mit, welche Absichten sie nach Kriegsende verfolgen würden. Der Erhalt des Gesamtstaates und der

Monarchie gehörte nicht dazu. Es war daher bereits 1917 klar erkennbar, dass das Habsburgische Österreich-Ungarn zerfallen würde. Denn:

Die Polen Galiziens suchten Anschluss an einen neu zu errichtenden Staat Polen, die Tschechen zielten auf die Errichtung eines eigenen Staates, die Südslawen (Jugoslawen) suchten ebenfalls Anschluss an einen zu errichtenden einheitlichen südslawischen Staat.

Kaiser Karl I. unternahm im Oktober 1918 einen Versuch, Österreich-Ungarn wenigstens als Föderation zu erhalten, und forderte die Nationalitäten in einem Manifest auf, ihre eigenen Nationalräte zu gründen, wobei seine Regierung quasi als Schiedsrichter für eine friedliche Neuordnung der Monarchie dienen sollte: *Österreich soll dem Willen seiner Völker gemäß zu einem Bundesstaat werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiet sein eigenes Gemeinwesen bildet.*

Die Nationalitäten nahmen die Einladung, Nationalräte einzurichten, zwar an, waren doch damit ihre bisher aus Sicht des Gesamtstaates separatistischen Planungen legalisiert. Von ihren Völkern nicht gewählte äußere Schiedsrichter ignorierten sie aber ebenso wie es ihre Abgeordneten im Reichsrat zuvor schon taten (s.o.): Sie beschlossen nämlich, eigene Staaten zu gründen, und hatten an einem monarchischen Bundesstaat kein Interesse!

Die provisorische Nationalversammlung von [Deutschösterreich](#) – bestehend aus den 1911 gewählten Reichsratsabgeordneten der deutschen Gebiete Österreichs – bestellte am 30. Oktober 1918 ihre eigene Regierung und notifizierte dies am 6. November dem US-Präsidenten [Woodrow Wilson](#); beim Kaiser stellte sich die deutschösterreichische Regierung jedoch nicht mehr vor.

Am 11. November 1918 entließ der Kaiser seine k.k. Regierung und verzichtete auf Anraten seiner letzten Minister und des deutschösterreichischen Staatsrates auf die Ausübung seiner Herrscherrolle bzw. der ihm zugeordneten Staatsgeschäfte.

Die Nationalversammlung rief am 12. November 1918 die Republik aus.

In Ungarn wurde ebenfalls im November 1918 die Republik ausgerufen. Aber nach der Niederschlagung der revolutionären (kommunistischen) Kräfte unter Bela Kun, die Ungarn in eine sozialistische Volksrepublik umwandeln wollten, wurde Ungarn von konservativ-rechtsradikalen Kräften unter dem früheren Admiral Miklós Horthy regiert, der ab Mitte/Ende der Dreißiger Jahre auch mit dem Dritten Reich paktierte.

Ungarn trug ab jetzt (bis zur Besetzung durch die deutsche Wehrmacht 1944) wieder den offiziellen Titel "Königreich Ungarn" - und Diktator Horthy bezeichnete sich fortan als "Reichsverweser".

Österreich 1918-1938/1945

Der Kaiser hatte allerdings nicht abgedankt. Der Staat Deutschösterreich stellte ihn daher vor die Alternative, formell abzudanken oder das Land zu verlassen. Im März 1919 verließ Ex-Kaiser Karl I. Deutschösterreich, im April 1919 wurde das [Habsburgergesetz](#) beschlossen.

Der im Ausland lebende *ehemalige Träger der Krone* wurde auf Dauer des Landes verwiesen, die anderen Mitglieder der Familie nur insoweit, als sie nicht auf die Zugehörigkeit zum Haus Habsburg mit seinen Herrschaftsansprüchen verzichteten und sich als Bürger der Republik bekannten. Das staatliche, aber in der Verwaltung des kaiserlichen Hofes gestandene (also Hof-) Vermögen wurde der staatlichen Verwaltung unterstellt. Die so genannten Privat- und Familienfonds des Hauses Habsburg, meist vom jeweiligen Oberhaupt des Hauses verwaltetes gemeinsames Familienvermögen, wurden enteignet und in Staatseigentum überführt. Lediglich persönliches Privateigentum blieb erhalten.

Ab 1960 unterschrieben viele Mitglieder des Hauses Habsburg-Lothringen die Verzichtserklärung. 1961 unterschrieb sie auch das Oberhaupt der Familie, der Kaisersohn [Otto \(v.\) Habsburg](#).

Nach Ende der Monarchie [Österreich-Ungarns](#) wurde vom Parlament [Deutschösterreichs](#) im April 1919 ferner die Aufhebung des Adels per Gesetz (sog. Adelsaufhebungs-Gesetz) beschlossen. Durch dieses **Gesetz über die Aufhebung des Adels, der weltlichen Ritter- und Damenorden und gewisser Titel und Würden**, wurden der Adel, seine Ehrenvorzüge sowie seine Titel und Würden aufgehoben.

Nach § 2 der Vollzugsanweisung gilt für alle österreichischen Staatsbürger als aufgehoben:

--> das Recht zur Führung des Adelszeichens „von“

--> das Recht zur Führung von Prädikaten, zu welchen auch die Ehrenbezeichnung [Edlers](#) sowie die Prädikate Erlaucht, Durchlaucht und Hoheit gezählt wurden;

--> das Recht zur Führung adliger Standestitel wie [Ritter](#), [Freiherr](#), [Graf](#), [Fürst](#), [Herzog](#).

Die provisorische Nationalversammlung beschloss für den „[Deutschösterreich](#)“ genannten Staat die Form der [demokratischen Republik](#). - Erster Staatskanzler der Republik wurde der Sozialdemokrat [Karl Renner](#)

Teile der Bevölkerung und die meisten Vertreter der Parteien waren jedoch der Auffassung, dieser Rest- bzw. Rumpfstaat – ohne die ungarische Agrarwirtschaft und die böhmische Industrie – sei allein nicht lebensfähig. Der Publizist [Hellmut Andics](#) drückte das später mit dem Buchtitel *Der Staat, den keiner wollte* aus.

Der angestrebte Zusammenschluss mit dem [Deutschen Reich](#) bzw. der Deutschen Republik wurde von den alliierten Siegermächten im [Vertrag von Saint-Germain](#) verboten. Gemäß dieses Vertrages wurde zugleich auch der Staatsname "Republik Österreich" vorgeschrieben bzw. festgelegt (also ausdrücklich "Österreich" ohne "deutsch"...)!

Als Bundeskanzler [Ignaz Seipel](#) mit dem [Völkerbund](#) eine Stützung des von der Inflation geschüttelten Staatshaushaltes vereinbarte, wurde das sog. [Anschlussverbot](#) bekräftigt.

1931 wurden Pläne Österreichs für eine [Zollunion](#) mit Deutschland unter Hinweis auf die Bestimmungen des Friedensvertrages ebenfalls auf politischen Druck Frankreichs verboten.

In [Salzburg](#) gab es 1919 Bestrebungen, sich an Deutschland anzuschließen, was jedoch von letzterem abgelehnt wurde. In [Tirol](#) gab es z. T. die Überlegung, sich Italien anzuschließen, um so die Einheit Tirols zu wahren.

Im alemannischen [Vorarlberg](#) bestand der Wunsch, sich der [Schweiz](#) anzuschließen, - und eine Volks- abstimmung (in Vorarlberg) brachte dieser Idee eine große Mehrheit. Die Schweizer Regierung legte aber auf diesen „Kanton Übrig“, der zudem die Balance zwischen protestantischen und katholischen Kantonen verändert hätte, keinen Wert.

Die Verträge von [St. Germain](#) 1919 mit [Österreich](#) und von [Trianon](#) 1920 mit [Ungarn](#) sahen vor, das seit Jahrhunderten deutsch besiedelte Westungarn an Österreich anzuschließen. Damit wurden ursprüngliche Überlegungen der Siegermächte des Ersten Weltkrieges, einen [slawischen Korridor](#) von der [Slowakei](#) nach [Slowenien](#) zu errichten, durch den die beiden Kriegsverlierer Österreich und Ungarn dauerhaft voneinander getrennt werden könnten, *ad acta* gelegt. Deutsch-Westungarn wurde 1921 als [Burgenland](#) das achte Bundesland der Republik Österreich, nachdem ungarische Freischärler vergeblich versucht hatten, dies zu verhindern (lediglich die Stadt Ödenburg bzw. Sopron verblieb bei Ungarn).

Die (nahezu nicht-industrielle!) Wirtschaft des neuen Staates lag aufgrund der Kriegsfolgen ([Reparationen](#), Gebietsverluste sowie neue Zollgrenzen) darnieder. Die daraus folgende [Hyperinflation](#) („galoppierende Inflation“) konnte erst durch eine [Währungsreform](#) mit Einführung des [Schilling](#) im März 1925 (statt der [Krone](#)) beendet werden; Voraussetzung hierfür war eine von Bundeskanzler [Ignaz Seipel](#) ausgehandelte Anleihe des Völkerbundes (s. o.).

Der folgende zaghafte wirtschaftliche Aufschwung ging mit der [Weltwirtschaftskrise](#) ab 1929 auch schon wieder zu Ende.

Der 1931 wegen der Konjunkturkrise drohende Zusammenbruch der [Creditanstalt](#), damals die größte Bank Mitteleuropas, erforderte das Eingreifen der Regierung; dies aber bedrohte die Währung...

1932 erhielt Österreich daher erneut eine Völkerbundanleihe (von 300 Millionen Schilling). Als Gegenleistung hierfür wurde bei der [Konferenz von Lausanne](#) das [Anschlussverbot](#) für die nächsten 20 Jahre bekräftigt (weiterhin kein Anschluss Österreichs an Deutschland erlaubt). - 1933 war etwa ein Drittel der Arbeitskräfte Österreichs arbeitslos.

In diesen Jahren führten die Wirtschaftskrise und politische Auseinandersetzungen Österreich immer tiefer in eine Krise.

Der links-sozialdemokratische [Austromarxismus](#) strebte das politisch-soziale Endziel einer *Diktatur des Proletariats* an und machte so den Konservativen Angst; allerdings wollte er dieses klassenkämpferische Ziel nur auf einem rein demokratischen bzw. parlamentarischen (sozialdemokratischen statt kommunistischen) Weg erreichen.

Auf der konservativen/rechten Seite des Parteienspektrums machte sich die Auffassung breit, die Demokratie sei zur Lösung der Probleme Österreichs überhaupt nicht geeignet. Italiens Faschismus unter Diktator bzw. Duce ("Führer") [Benito Mussolini](#) war dafür Vorbild.

Einer der konservativen Politiker, die diese Haltung vertraten, war Bundeskanzler [Engelbert Dollfuß](#). Als der Nationalrat (Parlament) nach Rücktritt seiner drei Präsidenten wegen einer Streitfrage um eine Abstimmung auseinanderging, verhinderte Kanzler Dollfuß im März 1933, auf Grund dieser Geschäftsordnungs-Krise, sein Wiederzusammentreten mit Polizeigewalt und verkündete die „[Selbstausschaltung des Parlaments](#)“. Eine von mehr als einer Million Menschen unterzeichnete Petition an den Bundespräsidenten [Miklas](#), für die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes zu sorgen, blieb jedoch erfolglos, obwohl Miklas die Verfassungswidrigkeit von Dollfuß' Vorgehen klar war.

1934 kam es zum [Juliputsch](#) von Anhängern der in Österreich seit 1933 verbotenen [NSDAP](#). Einigen dieser Putschisten gelang es am 25. Juli 1934, in das [Bundeskanzleramt](#) vorzudringen, wobei Dollfuß durch ein Attentat so schwer verletzt wurde, dass er kurz darauf, da ihm medizinische Hilfe verweigert wurde, im Amt verstarb. Der Putschversuch wurde innerhalb weniger Stunden niedergeschlagen. Neuer Bundeskanzler wurde [Kurt Schuschnigg](#).

Die Politik des Ständestaates unter Schuschnigg zielte darauf, Österreich als den „besseren deutschen Staat“ darzustellen. - Österreich war vor dem Anschluss an Nazideutschland in der Tat die bei weitem mildere Diktatur:

Zahlreiche von den Nazis verfolgte Menschen, vor allem Schauspieler und Schriftsteller, suchten 1934–1938 in Österreich Zuflucht.

Im äußeren Erscheinungsbild aber kopierte das Regime (dies wurde später häufig als *Konkurrenzfaschismus* bezeichnet) Elemente aus dem faschistischen Italien und aus dem nationalsozialistischen Deutschland: Aufmärsche mit Fahnenmeer, die Einheitsorganisation *Vaterländische Front*, das [Führerprinzip](#), das Verbot der Parteien.

Hatte [Hitler](#) beim Juliputsch 1934 noch den Unbeteiligten gespielt, weil Mussolini Österreich damals noch unabhängig erhalten wollte (und Hitler einen Konflikt mit Mussolini zudem noch scheute), so verstärkte sich der Druck des Dritten Reiches auf Österreich nach 1934 von Jahr zu Jahr:

Kanzler Schuschnigg wurde bei Treffen von Hitler eingeschüchtert und erpresst, "*nationale Minister*" in seine Regierung aufzunehmen.

Als Schuschnigg im März 1938 eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Österreichs ankündigte, erzwang [Hermann Göring](#) durch telefonische Drohungen von Bundespräsident Miklas die Einsetzung einer NS-Regierung.

Parallel hierzu fand der längst vorbereitete Einmarsch der deutschen Wehrmacht statt. Zu diesem Zeitpunkt hatten Österreichs Nazis in vielen Orten bereits die Macht ergriffen.

Im März 1938 erließ Adolf Hitler, von der Begeisterung seiner österreichischen Anhänger motiviert, das ursprünglich von ihm noch nicht für diesen Zeitpunkt vorgesehene Anschluss-Gesetz. Sofort begann der Terror gegen jüdische Österreicher, der auch in „[Arisierungen](#)“, das heißt dem Raub jüdischen Eigentums, seinen Ausdruck fand. Österreich wurde zunächst als „**Ostmark**“ und bald danach als „**Alpen- und Donaugau**“ bezeichnet, sein Landesname (und damit auch die Erinnerung an seine vormalige staatliche Selbständigkeit) verschwand(en) also bzw. wurde(n) öffentlich getilgt.

An der verbrecherischen Nazi-Politik beteiligten sich zahlreiche Österreicher mit großer Intensität, d. h. prominente Täter (wie u. a. [Adolf Eichmann](#)) waren Österreicher. Auch unter KZ-Aufsehern, SS-Männern und Gestapo-Agenten waren viele Österreicher.

Österreich seit 1945

Mit Kriegsende 1945, d. h. mit der Niederlage [Nazi-Deutschlands](#), wurde Österreich als unabhängiger Staat wiederhergestellt. Dies hatten die alliierten Siegermächte USA, Sowjetunion und Großbritannien 1943 in der [Moskauer Deklaration](#) angekündigt. Ende April trat eine provisorische Regierung mit dem Sozialdemokraten [Karl Renner](#) als Kanzler zusammen und proklamierte die Wiedererrichtung der Zweiten Republik. (Renner war somit nach 27 Jahren erneut Kanzler geworden.)

Bis 1955 war Österreich, wie auch Nachkriegs-Deutschland, in [Besatzungszonen](#) der vier Siegermächte aufgeteilt. Die größte Zone war die [sowjetische](#), zu der [Oberösterreich](#) nördlich der Donau ([Mühlviertel](#)), [Niederösterreich](#), das [Burgenland](#) und Teile [Wiens](#) gehörten.

Unter den Österreichern, sowohl der Bevölkerung als auch der Politik, war nach 1945 und bis weit in die folgenden Jahrzehnte hinein die Ansicht weit verbreitet, Österreich sei (so wie es schon in der Moskauer Deklaration 1943 selbst formuliert wurde) „erstes Opfer Hitlers“ gewesen, - wodurch die Mitschuld an Zweitem Weltkrieg und Naziverbrechen samt Holocaust heruntergespielt oder geleugnet wurde.

Mit Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrages im Mai 1955 durch die Bundesregierung und Vertretern der Siegermächte und formal hiervon unabhängigem (im Vertrag allerdings nicht verankerten!) Bekenntnis zur [Neutralität](#) samt Verpflichtung zum Verzicht auf jeglichen Anschluss an Deutschland erlangte die Republik wieder ihre volle [Souveränität](#) (Juli 1955).

Im Oktober 1955, nach dem Abzug der Besatzungssoldaten, erfolgte vom Nationalrat der Beschluss über die Immerwährende Neutralität Österreichs.

Bedingt durch die Neutralität Österreichs konnten sowohl mit den westlichen Ländern als auch mit den damaligen Ostblock-Ländern gute kulturelle und wirtschaftliche Bande geknüpft werden, was dem Land beim wirtschaftlichen Wiederaufbau noch lange half.

Preußen

Preußen 1900 bis 1918

Bis zur Abdankung Kaiser Wilhelms II. nach der Niederlage Deutschlands im 1. Weltkrieg sowie im Zuge der [Novemberrevolution](#) 1918 blieben die preußische und die Reichspolitik aufs engste miteinander verflochten, v. a. im Hinblick auf die Regierung: der Reichskanzler war zumeist auch preußischer Ministerpräsident.

Das Deutsche Reich entwickelte sich bis Anfang des 20. Jh. infolge der Industrialisierung und aufgrund des wissenschaftlich technischen Fortschritts zur zweitgrößten Welthandels- Nation nach Großbritannien, das es in der Industrieproduktion nach 1900 sogar überrundete. In der Wirtschaftsmacht Deutschlands (an der Preußen naturgemäß den größten Anteil hatte) sahen jedoch Großbritannien und Frankreich für sich eine ökonomische und politische Bedrohung.

Die deutsche Außenpolitik unter Kaiser Wilhelm II. betraf in ihren letztlich Konsequenzen auch Preußen als Teil des Deutschen Reiches in voller Schärfe.

Mit dem ehrgeizigen Programm des Flottenbaus bzw. der Aufrüstung der Deutschen Marine zu einer (nach Möglichkeit) mit der britischen Seemacht konkurrierenden "Hochseeflotte" provozierten der Kaiser und die Marineführung unter Großadmiral v. Tirpitz ebenso beharrlich und aggressiv die Regierung Großbritanniens, wie mit dem demonstrativen deutschen Auftreten im Nahen Osten (v. a.: Jerusalemreise des Kaisers, Bau der Bagdadbahn), der aber bereits das Objekt der (konkurrierenden) imperialistischen Interessen Großbritanniens und Russlands war.

Die von Bismarck mit Bedacht betriebene (und trotz gelegentlicher Reibungen funktionierende) politische Rückversicherung mit Russland wurde kurzerhand und ignorant als unnötig fallengelassen (und der noch von Bismarck mit Russland geschlossene Rückversicherungsvertrag einfach nicht mehr verlängert, s. o.) - zugunsten einer ausschließlichen Bindung an das marode Österreich-Ungarn, das wiederum auf Grund seiner Konkurrenz mit Russland auf dem Balkan mit diesem in einen immer schärferen Gegensatz bzw. in völlige Feindschaft geriet...

Nach 1900 entstand die als Entente bezeichnete Allianz zwischen Frankreich, Großbritannien (1904) und Russland (1907), die den zumeist aggressiv geäußerten "Weltmacht"-Interessen des Deutschen Reiches ("Wir fordern auch einen Platz an der Sonne") entgegentreten sollte. In der Folgezeit fand ein sich stets steigerndes Wettrüsten sämtlicher Gegnerstaaten statt, - und ein deutscher (preußischer) General a. D. veröffentlichte 1912 ein Buch über die "Unvermeidbarkeit" des von Deutschland bald zu führenden Krieges für die deutsche "Weltmachtstellung". (Friedrich v. Bernhardi, Deutschland und der nächste Krieg.)

Als 1914 der [Erste Weltkrieg](#) durch Deutschlands starre Rückendeckung für Österreich-Ungarns überzogene Haltung gegenüber dem mit ihm verfeindeten Serbien ausgelöst wurde (denn nach dem Attentat eines südslawischen Nationalisten auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo im Juli 1914 und einem darauffolgenden für Serbien demütigenden österreichischen Ultimatum - österreichische Polizei sollte auf serbischem Territorium ungehindert nach dem Attentäter und dessen Hintermännern suchen können - sollte Serbien kurzerhand von Österreichs Armee besetzt und ausgeschaltet werden), war das Deutsche Reich sofort in einen Mehrfrontenkrieg mit Frankreich, Großbritannien und Russland verwickelt (denn trotz weitgehender Annahme des österreichischen Ultimatus durch Serbien griff Österreich es in einer "Strafaktion" militärisch an...).

In der Folgezeit löste der Weltkrieg in Deutschland (und so auch in Preußen) nicht zuletzt aufgrund der britischen Hungerblockade in der Nordsee erhebliche Versorgungsprobleme für Bevölkerung und Wirtschaft aus:

es kam zu Versorgungsengpässen bei Nahrungsmitteln und sonstigen Wirtschaftsgütern - und in Folge dessen ab 1915/16 wiederholt zu Hunger-Unruhen sowie ab 1917 zu Massenstreiks und Demonstrationen gegen den Krieg und für die Demokratie.

Der deutsche Versuch, die Hungerblockade 1917 durch den unbeschränkten U-Boot-Krieg zu durchbrechen, führte zur Kriegserklärung der Großbritannien politisch verbundenen USA an Deutschland - und damit auch zur Beschleunigung der deutschen Kriegsniederlage an der Westfront (in Nord-Frankreich) 1918.

Ende des Krieges scheiterte der deutsche ("wilhelminische") Imperialismus am Gegendruck der ökonomisch und militärisch überlegenen gegnerischen Koalition der westlichen Entente-Mächte USA, Großbritannien und Frankreich.

Das Deutsche Kaiserreich und seine Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und das Osmanische Reich hatten (trotz des deutschen Sieges über Russland 1917) den Weltkrieg verloren.

Preußen 1918-1947

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und nach der deutschen [Novemberrevolution](#) von 1918 dankte Wilhelm II. als Deutscher Kaiser und König von Preußen ab. Damit endete auch die [Reunion](#) Preußens mit dem Deutschen Reich, wie sie seit Bismarcks Zeit bestanden hatte. Das Land wurde als eigenständiger [Freistaat](#) innerhalb des Reichsverbands proklamiert und erhielt 1920 eine demokratische Verfassung.

Dass Preußen nach dem Sturz der Monarchie überhaupt erhalten blieb, verstand sich jedoch keineswegs von selbst:

Es gab Befürworter einer Auflösung Preußens in seine einzelnen Provinzen, - unter ihnen auch der "Vater der Reichsverfassung" der Weimarer Republik, Hugo Preuß, und der Kölner Oberbürgermeister (und prinzipielle rheinisch-katholische Preußen-Gegner) Konrad Adenauer. Aber die Gegner einer Zerstückelung Preußens, darunter die Sozialdemokraten (u. a. Preußens langjähriger Ministerpräsident Otto Braun), konnten ein stichhaltiges Argument ins Feld führen: Preußens Zerschlagung würde weiterreichenden französischen und polnischen Annexionswünschen sehr gelegen kommen und die Gefahr des Separatismus (insbesondere im Rheinland) begünstigen.

Separatistische Aktivitäten zwecks Errichtung einer "Rheinischen Republik" als vom Deutschen Reich völlig abgetrennten Satellitenstaates Frankreichs fanden zwischen 1919 und 1923 gehäuft statt, blieben jedoch trotz teilweise (offener wie verdeckter) Unterstützung durch die französische und belgische Besatzungsmacht erfolglos.

Die wiederholten separatistischen Putschversuche in zahlreichen Städten des Rheinlandes und der Pfalz scheiterten am Widerstand der Bevölkerung gegen die Repressalien und Gewalttätigkeiten sowie Geldeintreibungen der Separatisten.

Aber auch ein zur selben Zeit u. a. von Konrad Adenauer verfochtener Ansatz zur Errichtung einer "Westdeutschen Republik" als integraler Bestandteil des Deutschen Reiches (bzw. als neues Land des Reiches) blieb erfolglos, weil er sowohl in Paris (mangels einer Trennung von Deutschland) als auch in Berlin (wegen der Herauslösung aus dem Land Preußen) abgelehnt wurde.

Somit blieb der mit Abstand größte Teilstaat des damaligen Deutschland weiterhin erhalten - und mit ihm die preußische Hegemonie im zur Republik gewordenen Deutschen Reich.

Die im [Versailler Vertrag](#) von 1919 festgelegten Gebietsabtretungen Deutschlands betrafen – bis auf das nach dem Deutsch-Französischen Krieg gebildete [Reichsland Elsass-Lothringen](#) und eher unbedeutende Teile der bayerischen Rheinpfalz – nur preußisches Territorium, d. h. Preußen hatte unter den deutschen Ländern für den verlorenen Weltkrieg letztlich allein aufzukommen: [Eupen-Malmedy](#) ging an Belgien, [Nordschleswig](#) zurück an Dänemark, das sog. [Hultschiner Ländchen](#) an die Tschechoslowakei. Große Teile der Gebiete, die Preußen im Rahmen der drei Teilungen Polens am Ende des 18. Jh. erhalten hatte (d. h. die [Provinz Posen](#)), sowie [Ost-Oberschlesien](#) gingen an Polen. [Danzig](#) wurde Freie Stadt unter Verwaltung des Völkerbunds in Genf - und das [Memelland](#) kam unter Alliierte Verwaltung (die aber 1923 dessen Annexion durch Litauen seelenruhig/wohlwollend zusah).

Wie schon vor den Teilungen Polens am Ende des 18. Jh. hatte Ostpreußen ab jetzt aufgrund der Abtretung [Westpreußens](#) keine Landverbindung mehr mit dem restlichen Deutschen Reich und konnte daher nur noch per Schiff (Linie "[Seedienst Ostpreußen](#)"), auf dem Luftweg oder per Bahn (in aus Zollgründen plombierten Eisenbahnwaggons) durch den [Polnischen Korridor](#) erreicht werden.

Auch das nun für 15 Jahre vom Völkerbund verwaltete [Saargebiet](#) wurde überwiegend aus preußischen Gebietsteilen gebildet; es war bis 1935 von Preußen/Deutschland abgetrennt.

Die Jahre des Freistaates Preußen in der Weimarer Republik waren mit Abstand das Beste in der Geschichte dieses Landes, - sie wurden aber bezeichnenderweise nie zum Bestandteil des (konservativ gefärbten) Preußen-Mythos, - der vielmehr stets nur gewisse Monarchen (v. a. "Fridericus Rex"), Militärs (v. a. Ziethen, Blücher, Moltke) und Politiker (v. a. den "Eisernen Kanzler" Bismarck) zu überhöhen pflegt(e).

Preußen wurde vor 1933 zumeist von einer [Koalition aus Sozialdemokraten, katholischer Zentrumsparterie und liberaler DDP](#) regiert, welche sich zugleich auch als [demokratisches Bollwerk gegen Kommunisten und Nazi-Faschisten](#) verstand.

Daneben existierte aber das reaktionäre/militaristische Preußen weiter fort, das in der politischen Krise in Deutschland Anfang der Dreissiger Jahre offen zu Tage trat, indem ehemalige Offiziere und nationalistische Parteien (v. a. Hugenburgs DNVP) einen autoritären Staat zu errichten suchten (v. a. Papen und Schleicher 1932 im Zusammenspiel mit dem Reichspräsidenten v. Hindenburg) - und damit letztlich der NS-Diktatur den Weg bereiteten.

1919-1932 regierten in Preußen Regierungen der [Weimarer Koalition](#) ([SPD](#), [Zentrum](#), [DDP](#)), 1921-1925 um die [DVP](#) erweitert. - Anders als in einigen anderen Ländern des Reichs war die Mehrheit der demokratischen Parteien bei Wahlen in Preußen bis 1932 nicht gefährdet. Der von 1920 bis 1932 fast ununterbrochen regierende Ostpreuße [Otto Braun](#), der bis heute als einer der fähigsten [sozialdemokratischen](#) Politiker der [Weimarer Republik](#) gilt (und zu seiner Zeit auch als "[roter Zar von Preußen](#)" bezeichnet wurde), führte zusammen mit seinem Innenminister [Carl Severing](#) u. a. das sog. [Konstruktive Misstrauensvotum](#) ein, das die Abwahl eines Ministerpräsidenten nur noch dann zuließ, wenn zugleich dessen Nachfolger gewählt werden konnte. (Damit konnte die Preußische Landesregierung solange weiter im Amt bleiben, wie sich im Landtag keine Mehrheit derjenigen Oppositionsparteien bildete, die wirklich miteinander zusammenarbeiten wollten.)

Die konsequente **Besetzung des Beamten- und insbesondere Polizeiapparats mit Demokraten** gehörte zu den **vorrangigsten Zielen der Regierung Braun**.

Denn die Beamtenschaft war in der Kaiserzeit sozialisiert, rekrutiert und ausgebildet worden - und stand daher der Republik im allgemeinen sehr fern.

Nach dem nationalistischen [Kapp-Putsch](#) 1920 ergriff die Regierung (anders als in vielen anderen Ländern des Reiches) konsequent [Disziplinarmaßnahmen](#) gegen illoyale Beamte:

Fast alle Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte und Polizeipräsidenten wurden von Braun und Preußens Innenminister Severing ausgewechselt.

Inbesondere Preußens Polizei galt nach ihrer Reorganisation als wichtiger Garant der Weimarer Republik. Am Ende war sie etwa 50.000 Mann stark, überwiegend republikanisch gesinnt und teilweise paramilitärisch ausgebildet. Auch in der Zeit der Straßenkämpfe, die Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre häufig wurden, wusste sie sich zu behaupten.

Da es **jedoch** kaum Anhänger der Demokratie gab, die bereits eine Beamtenausbildung oder gar längere Erfahrung im Amt hatten, konnten die geplanten **Umbesetzungen nur langsam und teilweise durchgeführt** werden; - daher musste die Landesregierung viele kaisertreue Beamte weiterhin im Amt belassen.

Vor allem konservative und bürgerlich-liberale Parteien lehnten eine „politisch“ motivierte Neubesetzung von Beamtenposten vehement ab, obwohl DDP und DVP überdurchschnittlich viele Stellen in den Leitungs-gremien der Verwaltung zugesprochen bekamen. - Und der Wiedereintritt der DVP in die Landesregierung scheiterte sogar mehrmals hauptsächlich an dieser Frage.

Aber in Preußens Justiz wurde kaum etwas getan, um die Ausbildung einer republikanischen Gesinnung gerade auch in den oberen Rängen der Justizbürokratie zu fördern. (Was in der Polizei weitgehend gelang, scheiterte vollends in der Justiz...) Die Richter standen der neuen demokratischen Ordnung meist skeptisch bis offen ablehnend gegenüber - und trauerten der vergangenen Monarchie nach. - Beispielsweise wurden linksorientierte politische Straftäter ungleich häufiger und schärfer bestraft als rechtsorientierte.

Somit ergab sich folgender innerer Gegensatz im Staatsgefüge Preußens:

- demokratische Koalitionsregierung
- überwiegend republikanisch orientierte Polizei
- nur teilweise reformierte Verwaltung
- weit überwiegend monarchistisch-reaktionäre Justiz

Preußens Ministerpräsident Otto **Braun** hatte anfangs ein gutes Verhältnis zum 1925 gewählten (überaus konservativen) Reichspräsidenten **Hindenburg**.

Der Ministerpräsident war einer der wenigen Männer, die Hindenburg auf Augenhöhe zu begegnen pflegten: Weder war er gedanklich im "Alten System" des Kaiserreichs allzusehr verfangen, um neben dem verehrten Helden und gefeierten Weltkriegsveteranen nicht auch den „politisch naiven“ (Braun) Menschen zu sehen, noch litt er an dem in der damaligen Sozialdemokratie weit verbreiteten Minderwertigkeits-Komplex des sozialen Aufsteigers gegenüber Vertretern der alten Machteliten.

Jedoch spätestens nach dem von Otto Braun bewirkten Verbot der aggressiv nationalistischen Organisation Stahlhelm im Rheinland im Oktober 1929 – Hindenburg war Ehrenmitglied des Verbandes und nahm das Verbot daher persönlich – war jegliche Vertrauensebene zwischen ihnen zerstört; und der Reichspräsident war in der Folgezeit bereit, sich politisch hinter den sog. Preußenschlag von 1932 zu stellen.

Gegen Ende der Weimarer Republik versuchte Braun, offensiv gegen die Nationalsozialisten vorzugehen und setzte zusammen mit Preußens Polizei und den Innenministern Severing und Grzesinski das reichsweite Verbot der SA durch.

Der preußische Staatsschutz arbeitete vergleichsweise zielorientiert und erfolgreich gegen die NSDAP, allerdings waren seine Befugnisse begrenzt.

Nach dem Scheitern der Großen Koalition im Reich 1930 (wegen der Auswirkungen der Wirtschaftskrise ab 1929) unterstützte die SPD im Reichstag weitgehend die Regierung des Zentrums politiklers Brüning, vor allem damit die Zentrumspartei in Preußen weiterhin Otto Braun

unterstützte und somit die preußische Polizei weiterhin unter der Befehlsgewalt von Demokraten stand.

Die **Landtagswahl im April 1932** brachte aber für die bisherige Koalition keine Mehrheit mehr zustande und gab stattdessen den radikalen Parteien **KPD** und **NSDAP** **zusammen mehr Mandate als allen übrigen Parteien** zusammengenommen.

Im Parlament kam somit keine regierungsfähige Koalition mehr zustande, darum blieb die vorherige Koalitions-Regierung als „geschäftsführende“ im Amt (s. o.: Konstruktives Misstrauensvotum).

Das aber gab dem neuen Reichskanzler Franz von Papen (Brünings Nachfolger 1932) die Gelegenheit zum „Preußenschlag“, - und damit zur Entmachtung der den Nationalisten und Rechtskonservativen verhassten Landesregierung Braun:

Mit diesem "**Preußenschlag**" (auch **Preußenputsch** genannt) wurde am 20. Juli 1932 die geschäftsführende, aber nicht mehr durch eine eigene parlamentarische Mehrheit gestützte, Regierung des Landes Preußen durch einen Reichskommissar ersetzt.

So ging die Staatsgewalt im größten Land des Deutschen Reiches auf die Reichsregierung über, und die föderalistische und republikanische Verfassung der Weimarer Republik wurde nun geschwächt und die spätere Zentralisierung ("Gleichschaltung") des Reiches unter Nazi-"Führer" Adolf Hitler entscheidend erleichtert.

Mit diesem Staatsstreich setzte die Reichsregierung unter v.Papen per Verordnung die preußische Landesregierung unter dem Vorwand ab, sie habe die Kontrolle über die öffentliche Ordnung in Preußen verloren (dies habe - so die Reichsregierung - der "Altonaer Blutsonntag" vom Juli 1932 gezeigt, bei dem es zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Nazis und Kommunisten kam, die die Polizei jedoch nicht unter Kontrolle bekommen habe; hierbei wurden insgesamt 18 Personen erschossen).

Vom Großteil des Staatsapparates begrüßt, übernahm v.Papen als Reichskommissar selbst die Macht im Freistaat Preußen.

Im Deutschen Reich war damit die wichtigste demokratische Landesregierung entmachtet...! Der "Preußenschlag" hat somit die nur ein halbes Jahr später stattfindende Machtübernahme Adolf Hitlers entscheidend erleichtert, da ihm so von Anfang an sämtliche Machtmittel der preußischen Regierung (Verwaltungs- und Polizei-Apparat) zur Verfügung standen.

Nach Ernennung Hitlers zum Reichskanzler wurde Hermann Göring *Reichskommissar für das preußische Innenministerium*.

Wenige Wochen später, im März 1933, fand der sogenannte Tag von Potsdam statt. Dabei wurde der am 5. März neugewählte Reichstag in Anwesenheit des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg symbolträchtig in der Potsdamer Garnisonkirche eröffnet, der Grabstätte der preußischen Könige.

Diese propagandistische Veranstaltung, in der Hitler und die NSDAP „*die Vermählung des alten Preußen mit dem jungen Deutschland*“ feierten, sollte preußisch-monarchistische und deutschnationale Kreise für den "nationalsozialistischen Staat" gewinnen und damit auch die Konservativen im Reichstag zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz bewegen, die schon zwei Tage später anstand.

Im nationalsozialistischen Einheitsstaat wurden seit 1933 Preußen wie auch alle übrigen deutschen Länder gleichgeschaltet. Das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs (1934) und das Reichsstatthaltergesetz (1935) lösten die Länder zwar nicht formell auf, beraubten sie aber dennoch ihrer Eigenständigkeit:

Die Landesregierungen wurden von Reichsstatthaltern kontrolliert, die vom Reichskanzler ernannt wurden. - Parallel dazu erlangte die Einteilung des Reichsgebietes in sog. (Partei-) Gaue zunehmend Bedeutung, deren Gauleiter wiederum vom *Führer und Reichskanzler* ernannt wurden, der zugleich Parteichef der NSDAP war.

Reichsstatthalter für Preußen wurde formell Adolf Hitler selbst. Seine Funktionen wurden von Hermann Göring als preußischem Ministerpräsidenten ausgeübt.

Von seinen Anhängern ließ sich der Naziführer Adolf Hitler (ein österreichischer Katholik bis zu seinem Selbstmord 1945) als "echten Preußen" feiern; die Nazis bezeichneten sogar Friedrich den Großen als "ersten Nationalsozialisten auf dem Königsthron".

Die Nazi-Propaganda hat von Preußen und seiner Geschichte nur ein interessengeleitetes, verzerrtes Bild geliefert:

So wurde der "Soldatenkönig" für seine militärische Konsolidierung des Staates gepriesen - aber sein ausgeprägter christlicher Pietismus ignoriert;

so wurde Friedrich der Große als siegreicher Feldherr gefeiert - aber zugleich seine ausgeprägte Vorliebe für die französische Sprache als "Sprache der Zivilisierten" mitsamt seiner Geringschätzung der deutschen Sprache und Literatur ebenso unterschlagen wie sein Anteil an der Aufklärung in Preußen.

Zwei Phasen der preußischen Geschichte waren bevorzugte Objekte der Nazi-Propaganda, da sie sich besonders gut zur Bildung politischer Legenden eigneten:

der Siebenjährige Krieg von 1756-63 und die antinapoleonischen Befreiungskriege von 1813-15, in denen es jedes Mal um die Existenz des preußischen Staates bzw. um seine drohende - und heldenhaft abgewehrte - Vernichtung ging.

Profitiert hat Hitler von Preußen auf jeden Fall in einer Hinsicht:

Es dauerte jahrelang (von 1938 bis 1944), ehe die (meist adligen preußischen) Wehrmachts-Offiziere in größerer Anzahl ihren gegenüber der Staatsführung untertänigen Ehrbegriff aufgaben und den Diktator zu töten versuchten.

Dass am Attentat(sversuch) vom 20. Juli 1944 so viele Offiziere aus altpreußischem Adel beteiligt waren, kann nämlich auch nicht ungeschehen machen, dass sie (oder all zu viele von ihnen) zuvor jahrelang bei den Nazis und ihren politischen Verbrechen bereitwillig und teils auch eifrig mitgemacht hatten, -v. a. viele in den Dreissiger Jahren noch junge oder jüngere preußische Adlige.

Viele jüngere preußische Adlige waren ganz im Gegensatz zu ihren älteren und meist eher deutschnational gesinnten Standesgenossen um/nach 1933 gerade nicht der Ansicht, dass es Hitler in ihrem (gleichwohl reaktionären Sinne) zu "zähmen" gelte (wie es führenden Konservativen und Deutschnationalen zunächst noch durchaus vorschwebte).

Vielmehr hatten sich zahlreiche junge preußische Adlige schon längst der NSDAP, der SA oder der SS angeschlossen, denn in der Nazi-Ideologie gab es allzuvielen, was sie direkt anzog: das "Antibürgerliche", das "Führerprinzip", den "glühenden Nationalismus", sowie die offene Feindschaft gegen Liberalismus, Marxismus (Sozialdemokratie/Kommunisten), Demokratie und "Judentum".

Fast alle bekannten preußischen Adelsfamilien waren schon vor 1933 in der NSDAP usw. vertreten, und sie stellten insbesondere eine Vielzahl höherer SA- und SS-Führer (z. B. ein Sohn Kaiser Wilhelms II., Prinz August Wilhelm, genannt "AuWi"; ein Friedrich Christian Prinz zu Schaumburg-Lippe war sowohl SS-Obersturmbannführer und Adjutant von Propagandaminister Joseph Goebbels):

1938 gehörten 8 % der Standartenführer, 14 % der Brigadeführer, 9 % der Gruppenführer und 18 % der Obergruppenführer der SS zum (preußischen) Adel.

Die (v. a. preußisch geführte) deutsche Wehrmacht war dem Naziführer Hitler für ihre Aufwertung durch die revancheorientierte Aufrüstungspolitik ab 1933 derart dankbar, dass die Offiziere ihm sogar die Ermordung zweier ihrer Generäle (Kurt v. Schleicher und Ferdinand v. Bredow) im Zusammenhang mit dem sog. Röhm-Putsch vom Juni 1934 nachsah.

Eine insgeheime militärische "Opposition" gegen Hitler formierte sich erst im Sommer 1938

während der "Sudetenkrise", als vorübergehend die Gefahr eines Krieges mit Großbritannien und Frankreich zu bestehen schien. Schon 1939 bei der Vorbereitung des Überfalls auf Polen war hiervon jedoch nichts mehr zu spüren gewesen.

Die z.gr.T. preußisch-adlige Wehrmachtsführung war ab 1939 aktiv und federführend an Kriegsverbrechen und Völkermord beteiligt, v. a. in Polen und in der Sowjetunion:

--> so forderte z. B. Generalfeldmarschall Walter v. Reichenau 1941 von dem deutschen "Soldaten im Ostraum", "Träger einer unerbittlichen völkischen Idee" zu sein und "für die Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum volles Verständnis (zu) haben";

--> und General Erich v. Manstein formulierte 1941 ähnlich: "Für die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors, muss der Soldat Verständnis aufbringen"

Man propagierte "den alten Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus." (General Erich Hoepner 1941 zum Überfall auf die Sowjetunion)

Die Verschwörung des 20. Juli 1944 war kein Aufstand des (preußischen) Adels gegen Hitler, sondern die Aktion einer über die Naziverbrechen schließlich doch entsetzten und empörten Minderheit des preußischen Adels sowie von Vertretern anderer (politischer/kirchlicher) Gruppen aus der deutschen Bevölkerung.

Ohne diesen Widerstand vom 20. Juli aber wäre das Urteil der Nachwelt über das nach 1945 untergegangene bzw. von den Alliierten aufgelöste Preußen ausschließlich negativ gewesen, - mit Berücksichtigung des "20. Juli" indes ist es zwiespältig...

Mit dem Ende der [nationalsozialistischen Herrschaft](#) 1945, der Aufteilung [Deutschlands](#) in [Besatzungszonen](#) und der faktischen Abtretung [aller Gebiete](#) östlich von [Oder](#) und [Lausitzer Neiße](#), die unter polnische und sowjetische [Verwaltung](#) gestellt wurden, hörte Preußen 1945 [de facto](#) endgültig auf zu bestehen.

De jure (quasi nur noch als Name) existierte es jedoch bis zu seiner offiziellen Auflösung im Februar 1947 mit seinen Provinzen neben den neu gegründeten Ländern fort.

Diese Provinzen wurden aus dem Land Preußen herausgelöst, um neue Länder zu bilden.

„Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört. Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Sicherheit der Völker und erfüllt von dem Wunsche, die weitere Wiederherstellung des politischen Lebens in Deutschland auf demokratischer Grundlage zu sichern, erlässt der Kontrollrat das folgende Gesetz: Artikel 1. Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst.“ (Gesetz Nr.46 des Alliierten Kontrollrats vom 25. Febr. 1947)

Mit dem [Kontrollratsgesetz Nr. 46](#) beschloss der Alliierte Kontrollrat im Februar 1947 formell die Auflösung des verbliebenen preußischen Staates, mit der Begründung, er sei „Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland“ und so für den Ersten und den Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen.

Die Begründung des Kontrollratsbeschlusses verkannte die rechtsstaatlichen Traditionen des Landes ebenso wie die Tatsache, dass es in der [Weimarer Republik](#) bis zum „Preußenschlag“ ein Bollwerk der [Demokratie](#) gewesen war, und auch die Rolle preußischer Adliger (z. B. [Stauffenberg, v. Witzleben, u. a.](#)) im Widerstand gegen die Hitler-Diktatur. Sie sah nur das reaktionäre Preußen, das es zu bekämpfen bzw. auszuschalten galt.

Zum Zeitpunkt der Auflösung Preußens 1947 waren in den drei westdeutschen Besatzungszonen bereits flächendeckend Länder gebildet worden. Durch die Auflösung Preußens erhielten ebenso

auch in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) die bis dahin noch nicht formell ausgegliederten (ehemals preußischen) Provinzen Sachsen(-Anhalt) und Brandenburg den Status von Ländern.

Die westlichen Besatzungszonen zogen Nutzen daraus, dass es auf ihrem Gebiet letztlich so gut wie keinen Rittergutsbesitz gab. Das Fehlen feudaler Relikte ist durchaus einer der Gründe dafür, dass "Bonn" nicht (auch noch) "Weimar" wurde und die zweite deutsche Demokratie nicht mit noch mehr inneren Problemen belastet wurde, als sie es nach 1949 ohnehin schon war (nämlich v. a.: ehemalige aktive Nazis in leitenden Stellungen von Staat und Wirtschaft bis in die 70er Jahre hinein, Repression gegen Kommunisten und Linksradikale, usw.)

In den östlichen Besatzungszonen (SBZ) wurde der (preußische) Feudaladel 1946 durch ein Bodenreform-Gesetz enteignet (unter der [mit Blick auf jahrhundertlang dauernde gutsherrlich-feudale Machtverhältnisse durchaus nachvollziehbaren!] Losung "Herrenzeit aus" wurden die Rittergüter zunächst zerschlagen und unter der Landbevölkerung aufgeteilt - bevor sie zu "Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften" (LPG) zusammengefasst wurden).

Die Umerziehungspolitik (re-education) der westlichen Besatzungsmächte zielte darauf ab, Preußen als "militaristisches politisches Konstrukt" aus der Gedankenwelt der Deutschen zu eliminieren, - und sie knüpfte in diesem kollektiven Verdrängungsprozess äußerst erfolgreich an in der deutschen Bevölkerung insbesondere des katholischen (und teils separatistischen) Rheinlandes sowie auch Süd(west)deutschlands (v. a. Bayerns) seit dem 19. Jh. vorhandene massive antipreussische Antipathie an, welche in der Folgezeit dann auch von führenden westdeutschen Politikern (v.a. Adenauer) rhetorisch bedient wurde.

Die sowjetische Besatzungsmacht verhielt sich zum Thema Preußen weitaus bedeckter, da in den Jahren 1945-49 ihr Interesse an einem deutschen Gesamtstaat lag, der (der Tradition Preußens in der 1. Hälfte des 19. Jh. folgend) sich außenpolitisch in seiner "Neutralität" äußerst eng an die Sicherheitsinteressen Russlands bzw. der Sowjetunion anlehnte, - ähnlich wie z. B. Finnland in den Jahrzehnten nach 1945 (daher auch der - von Konservativen gegen linke Politik gerne verwendete - polemische Begriff der "Finnlandisierung" in den politischen Debatten der frühen BRD bis in die 70er Jahre hinein...).

Preußisches Erbe in Deutschland

Trotz politischer Auflösung des preußischen Staates im Jahre 1947 blieb viel Preußisches bis heute v. a. in Politik, Alltag und Kultur sowie sogar in Namensbezeichnungen erhalten. In den folgenden, beispielhaft aufgeführten Bereichen wird die noch heute prägende Stellung Preußens in Deutschland (oder Preußens "Aufgegangen-Sein" in Deutschland?) deutlich:

Bund:

--> [Berlin](#) als Hauptstadt des Staates Preußen ist 1871 zur [Reichshauptstadt](#) des [Deutschen Reiches](#) und in dieser Tradition 1990 auch zur [Bundeshauptstadt](#) des wiedervereinigten Deutschlands geworden.

--> Mehrere Bundesinstitutionen kamen in Gebäuden früherer preußischer Einrichtungen unter, etwa der [Bundesrat](#) im [Preußischen Herrenhaus](#).

--> Die preußische Kriegsauszeichnung des [Eisernen Kreuzes](#) ist (in modifizierter Form) das Symbol der [Bundeswehr](#).

Länder:

--> Das preußische Regierungs- und Verwaltungsmodell war maßgeblich für eine Vielzahl politischer Institutionen auf Landesebene wie: Ministerpräsident, Regierungsbezirk, Landrat, Kreis, Amt, usw.

Kultur:

- > Die [Stiftung Preußischer Kulturbesitz](#) umfasst einen der größten und universellsten kulturellen Sammlungskomplexe der Welt.
- > Die [Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg](#) (SPSG) verwaltet über 20 Schlösser und Gärten aus preußischer Zeit sowie weite Teile des Weltkulturerbes Potsdamer Schlösserlandschaft und das [Schloss Charlottenburg](#).
- > Die [Stiftung Preußische Seehandlung](#) vergibt Stipendien für Schriftsteller (aus Osteuropa), unterstützt Forschungsprojekte und Buchveröffentlichungen, gibt Ankaufhilfen für Berliner Museen und verleiht jährlich den Berliner Theaterpreis.

Ortsnamen:

- > Stadt [Preußisch Oldendorf](#) im [Kreis Minden-Lübbecke](#)
- > Ortschaft [Preußisch Ströhen](#) (Stadtteil der Stadt [Rahden](#)) im [Kreis Minden-Lübbecke](#)
- > [Bahnhof Preußen](#) in Lünen bei Dortmund

Kurzes Nachwort zum Staat Preußen

Dem Staat Preußen nachzutruern oder ihn nostalgisch zu verklären, verbietet sich auf Grund der düsteren Seiten seiner Geschichte.

Preußen ohne Wenn und Aber zu verdammen, verbietet sich auf Grund der konstruktiven Seiten seiner Geschichte.

Was daher bleibt, ist ein in sich gegensätzliches Urteil über einen in sich widersprüchlichen Staat, der historisch in Deutschland "aufgegangen" ist und mit seinem Untergang zugleich sein Deutschland prägendes Erbe hinterlassen hat, - und der einen kritischen und differenzierten Umgang mit ihm durchaus verdient hat.

Literatur

Österreich

Alexander Demandt (Hg.): Das Ende der Weltreiche - von den Persern bis zur Sowjetunion, Hamburg, 2007

> darin S. 81 ff: Martin Schulze-Wessel, Der Niedergang der Donaumonarchie

Der Spiegel - Geschichte, Nr. 1/2010, Habsburg

Wikipedia: Artikel "Österreich", Stand März 2010

Preußen

Christopher Clark: Preußen - Aufstieg und Niedergang 1600-1947, München 2007.

Spiegel Special - Geschichte, Nr. 3/2007: Preußen, der kriegerische Reformstaat.

Tom Buk Swienty: Slagtebænk Dybbøl: 18. april 1864, Kopenhagen 2008.

Wikipedia: Artikel "Preußen", Stand März 2010